

ANZEIGE



New Mitsubishi Outlander PHEV

Der meistverkaufte Plug-in-Hybrid
in ganz Europa

Warum die Umwelt frohlockt

Energieeffizienter und nachhaltiger Antrieb

Revolutionärer 4x4-Antrieb

Permanenter elektrischer Allradantrieb



NACHHALTIGKEIT BRAUCHEN WIR NICHT SCHÖNZUREDEN

Der Mitsubishi Outlander PHEV ist Vorreiter und Bestseller: der erste Plug-in-Hybrid-SUV der Welt und der meistverkaufte Plug-in-Hybrid in Europa. Er ist die perfekte Kombination aus nachhaltiger Mobilität und hoher Alltagstauglichkeit. Dazu kommen die klassischen Vorteile eines SUVs mit effizienten Motoren und intelligentem Allradkonzept. Sie fahren mit ihm bis zu 54 km rein elektrisch. All dies macht ihn zum perfekten, nachhaltig-eleganten Familien-SUV.

In der Brust des Outlander PHEV schlagen drei Herzen. Und alle für eine Idee, nämlich erneuerbare Energien klug zu nutzen und zugleich das Fahrvergnügen zu maximieren. Dafür bietet er neben dem elektrischen Allradantrieb eine Antriebskombination aus einem 2.4-MIVEC-Benzinmotor und zwei Elektromotoren. Die modernen Sicherheitstechnologien sorgen für besten Schutz: serienmässig mit Spurhalte-Assistent, Auffahr-Notbremsassistent, Fehlbeschleunigungsschutz, Fussgängererkennung, City-Notbrems-Assistent uvm.

Mehr Informationen unter
mitsubishi-motors.ch

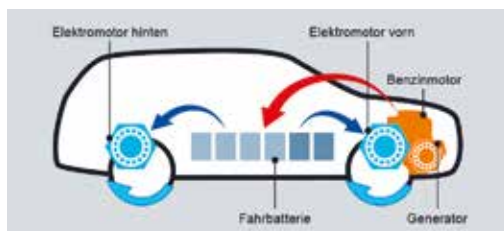
ELEKTRISCHES FAHREN

Zwei elektrische Motoren (vorne 82 PS, hinten 95 PS) und eine leistungsfähige Batterie sorgen dafür, dass Sie Alltagsfahrten rein elektrisch absolvieren können – bis zu 54 Kilometer weit.



HYBRID FAHREN

Im Hybrid-Modus erhalten die Elektromotoren Unterstützung vom 135 PS starken Benzinmotor. Diese Kombination hat Power und schont die Umwelt.



PERMANENTER 4x4-ANTRIEB

Auf den ausgeklügelten Allradantrieb müssen Sie selbst bei rein elektrischen Fahrten nicht verzichten. Sie behalten so selbst bei schwierigen Verhältnissen die Kontrolle.



AUFLADEN AN DER STECKDOSE

Das Aufladen geht denkbar einfach, denn es reicht eine normale, separat abgesicherte Haushaltssteckdose. Jeder Outlander PHEV wird dafür serienmässig mit einem 5 m langen Ladekabel ausgeliefert. Der Ladevorgang einer komplett entleerten Fahrbatterie dauert ca. 5 Stunden (230 V/10 A).

SCHNELLADUNG

Natürlich können Sie auch öffentliche Ladestationen oder Schnellladesäulen nutzen. Bei einer Schnellladung über CHAdeMO-Standard ist der Outlander PHEV in ca. 25 Minuten bis zu 80% aufgeladen.



**MITSUBISHI
MOTORS**

Drive your Ambition

Humor: Die letzte Männerbastion fällt

Nummer 37 – 13. September 2018 – 86. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN

**10 Jahre
UBS-Rettung**
Oswald Grübel im
grossen Gespräch



Ausweitung der Kampfzone

Linke Zensur und Verleumdung im Netz.

Von Philipp Gut und Roman Zeller

Die überempfindliche Frau

Hilfe, ich ertrage meine Freundin nicht mehr.

Von Antje Joel

Steve Bannons Pläne für Europa

Angriff auf die Merkel-Macron-Linie. *Von Urs Gehriger*

The Breitling Cinema Squad
Charlize Theron
Brad Pitt
Adam Driver



AIR

LAND

NAVITIMER 8

SEA



BREITLING
1884

#SQUADONAMISSION

BREITLING BOUTIQUE
GENEVA • LAUSANNE • ZERMATT
ZURICH

Nachdem er in der letzten Ausgabe das Opfer der Messerstecherei am Zürcher Bellevue zu Wort kommen liess, legt Reporter Philipp Gut nach. In dieser Nummer schildern Freunde des 18-jährigen Palästinensers, wie sie Jagd auf einen jungen Dominikaner machten, in dem sie den Haupttäter vermuten. Der Mann wurde am Mittwoch letzter Woche festgenommen und in Untersuchungshaft gesetzt. Der Krimi geht in die nächste Runde. **Seite 13**



Schlachtplan für Europa: Steve Bannon.

Seit Monaten lobbyiert Steve Bannon diskret bei Europas rechtskonservativen Politikern für einen kontinentalen Schulterchluss. Nächsten Mai will Trumps ehemaliger Chefstrategie mit der Populisten-Koalition «The Movement» ins EU-Parlament einziehen und dort die Macron-Merkel-Politik blockieren. Im edlen «Gritti Palace» zu Venedig, direkt neben dem Dogenpalast, weihte Bannon Urs Gehrig in seinen Schlachtplan für Europa ein. «Bis im März 2019 wird die Kampagne auf Hochtouren laufen, mit der Intensität eines amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfs.» **Seite 42**

Unsere Autorin Antje Joel hat eine Freundin, die sie kaum mehr erträgt – weil diese in ihrer überempfindlichen Art nichts mehr erträgt. Schon gemeinsam essen gehen ist wahnsinnig anstrengend. Da werden Erbsen gezählt, gegen welche die Freundin angeblich intolerant sei. Aber was hat es überhaupt mit all den neuen Intoleranzen auf sich? Allergisch ist man ja nicht. Bestenfalls «zwickt einen was, und man muss furzen!», analysiert Joel den Zeitgeist, der generell immer intoleranter wird – wobei es um

viel mehr geht, als die Art zu essen: Wir leben in einer unerträglichen Gesellschaft der Überempfindlichen. **Seite 18**

Das Internet ist mit dem Versprechen angetreten, die freie Rede zu entfesseln. Viele Nutzer des Netzgiganten Facebook erleben nun aber, dass ihre Beiträge oder Konten gesperrt werden. Derzeit macht der Fall einer SVP-Kantonspolitikerin aus dem Aargau Schlagzeilen. Ihre Seite wurde gelöscht, obwohl sie weder Personen beleidigt noch sonst wie danebengehauen hätte. Für unsere Titelgeschichte haben Philipp Gut und Roman Zeller recherchiert. Zutage kam ein gutorganisiertes Netzwerk linker Gruppen, die als willige «Melder» – sprich: Denunzianten – missliebige Stimmen im Verein mit den Facebook-Zensoren mundtot machen wollen. Für sie kommt «Hass» immer nur von den anderen. **Seite 28**

Er war der Überflieger beim letzten Schweizer «Tatort» aus Luzern: Der 85-jährige Hauptdarsteller Hans Hollmann brillierte in seiner Rolle als reicher Mäzen mit zweifelhafter Vergangenheit. Kaum einem Zuschauer dürfte bewusst gewesen sein, dass es sich bei diesem Schauspieler um eine herausragende Persönlichkeit des deutschsprachigen Theaters handelte. In den sechziger und siebziger Jahren sorgte er als Regisseur und Direktor am Theater Basel für zahlreiche Skandale – und für noch mehr Glanzpunkte. Hollmann arbeitete mit Grössen wie Friedrich Dürrenmatt, Elias Canetti und Elfriede Jelinek zusammen. Wie denkt er über das Theater heute? Rico Bandle hat den grossen Regisseur zu Hause in Basel besucht. **Seite 56**

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR HANDWERKERSTELLEN

Mit www.workerjobs.ch die
besten Mitarbeiter finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.workerjobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 334.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion: Michael Bahnerth, Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter: Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Andreas Honegger, Peter Holenstein, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Linus Reichlin, Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin, David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Sacha Verna (*New York*), Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Julia Dunlop (*Weltwoche daily*), Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Karin Erdmann
Bildredaktion: Martin Kappler, Sebastian Scholz (*Assistent*)
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Sandra Noser, Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojaij-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Digital-Marketing: Julia Dunlop (*Leitung*)
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

«Meine Partys sind
heute meist
Kindergeburtstage.»

Älter werden fängt früher an, als man meint.

ubs.com/vorsorge

Schweiz, Deutschland

Warum sind uns Bombenkrieg,
Völkermord und Totalzerstörung
bis jetzt erspart geblieben?

Von Roger Köppel

Die Tatsache, dass wir in der Schweiz in einer Art Paradies leben, wurde mir indirekt dadurch bewusst, dass das Thema Politik in meiner Kindheit und bei meinen Eltern nicht die geringste Rolle spielte. Wenn am Mittag- oder Abendtisch nie über schweizerische Politik geredet wird, ist das ein sicherer Beleg dafür, dass das Thema einfach zu wenig brisant, zu wenig drängend ist. Nur dort, wo die Politik alles in allem gut läuft, wo es keine größeren politischen Probleme gibt, können es sich die Leute leisten, freiwillig nicht über Politik zu reden.

Es gab allerdings durchaus ein prägendes politisches Thema in meiner Kindheit, ein Thema, das immer wieder besprochen, nacherzählt und leidenschaftlich vertieft wurde: die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, den meine Grosseltern, meine Mutter, meine Tante und mein Onkel persönlich als Auslandschweizer in der ostpreussischen Hafenstadt Königsberg und dann als Flüchtlinge auf dem Weg in ihre ursprüngliche Heimat miterlebten.

Unser Grossvater erzählte oft vom Russlandfeldzug, vom Tod seines siebzehnjährigen Stiefsohns an der Ostfront, von den deutschen Verbrechen, von den Verheerungen des Luftkriegs, vom brennenden Königsberg, von den Phosphorbomben, die sogar den Fluss in ein Flammenmeer verwandelten, von der Flucht, von den Läusen, den Tieffliegern und davon, wie es ist, wenn die eigene Existenz zusammenstürzt und eine Familie alles verliert und gezwungen ist, alles wieder aufzubauen. Und immer wieder die Frage: Warum nur konnte es in Deutschland so weit kommen?

Als ich viel später in Berlin arbeitete, wurde mir die Gegenwart der Vergangenheit täglich bewusst. Es gibt keine Häuserzeile, keinen Platz, keine grosse Strasse in Berlin, auf der die Brüche der Geschichte nicht sofort erkennbar sind. Alte Häuser stehen neben Glaspalästen, historische Bauten neben der Schuhschachtelarchitektur der Nachkriegszeit. Es gibt Ruinen- und seltsame Leerflächen. Dort, wo Hitler seine monumentale «Staatskanzlei» in Marmor hatte, steht heute ein Plattenbau mit Wohnungen und dem China-Restaurant «Peking Ente».

Kürzlich fuhr ich vom Sempachersee nach Meierskappel am Zugersee. Es war eine Fahrt durchs Paradies. Wunderschöne Landschaften, zauberhafte Dörfer, jahrhundertealte unver-

sehrte Bauernhäuser. Aber auch in unseren grösseren Städten erkennt man mühelos, wie organisch und äusserlich harmonisch die Schweiz durch die Jahrhunderte gekommen ist. Keine Bombenkriege, keine Invasionen, keine Enteignungen, kein Völkermord, keine Totalzerstörung. Wir sind verschont geblieben. Ich vermute, 99,99 Prozent der Weltbevölkerung würden alles stehen- und liegenlassen, um sofort an diesen herrlichen Flecken Schweiz zu ziehen.

Viele Schweizer, so mein Eindruck, nehmen die Schweiz für selbstverständlich, für gottgegeben. Sie ist es nicht. Klar, wir hatten auch Glück. Deutschland ist gross, wir sind klein. Deutschland ist geopolitisch exponiert, wir waren durch die Berge geschützt. Der Hauptgrund aber, dass Deutschland von der Weltgeschichte immer wieder wie von einem Bulldozer überrollt wurde und die Schweiz nicht, ist die Politik, ist das Staatsmodell. Wir sind seit Jahrhunderten eine Demokratie, Deutschland ist es erst seit ein paar Jahrzehnten.

Die Tragik Deutschlands ist die Tragik seines politischen Systems. Die Deutschen haben es zugelassen, oft unter Zwang, dass sich die Staatsmacht in ganz wenigen Händen konzentrierte. Kleine Eliten, Aristokraten, Kaiser, die verbrecherische Clique um einen fanatischen Diktator, der sich für überschlaue und für erleuchtet hielt, trafen weitreichende Entscheidungen mit verheerenden Konsequenzen. Deutschland ist das tragische Beispiel dafür, was passieren kann, wenn die Macht nicht mehr kontrolliert wird, wenn die Macht die Demokratie ausschaltet.

Die Schweiz ist eine uralte, Deutschland ist eine noch sehr junge Demokratie. Das merkt man. Der obrigkeitliche Kommandostil wirkt nach. Kanzlerin Merkel regiert «alternativlos». Politiker und Medien pflegen eine moralisie-

rende Herrenreiter-Attitüde gegen Andersdenkende, die auf den Strassen gegen die aus ihrer Sicht schädliche Politik demonstrieren. Wie in einer Bananenrepublik oder in einer Diktatur werden Oppositionelle von oben überwacht, zu Rechtsextremen, also zu Staatsfeinden erklärt, die ausserhalb der demokratischen Ordnung stehen. Nicht einmal der Bundespräsident redet noch mit ihnen. Die Eliten greifen zur Nazi-keule, weil sie mit ihrem Latein am Ende sind.

Vielleicht ist es Überforderung, vielleicht ist es böser Wille, Machtgier und Machterhalt um jeden Preis. Auf jeden Fall zeigt die obrigkeitli-



Tragik eines politischen Systems: Berlin.

che Politik in Deutschland Auflösungserscheinungen. Die Autorität der Kanzlerin muss sehr stark angeschlagen sein, wenn ihr Polizisten, Staatsanwälte und Verfassungsschützer bei der Beurteilung der jüngsten Volksaufstände so offen widersprechen, wie sie es in der letzten Woche getan haben. Das hätten sie sich vor fünf Jahren noch nicht getraut.

Ein prominenter westdeutscher Journalist sagte mir kürzlich, die Leute im Osten, in Sachsen würden sich eben nach einem «starken Führer» sehnen. Diese Überheblichkeit ist typisch, aber der Journalist liegt falsch. Gerade die Ostdeutschen, die unter zwei Diktaturen litten, sehnen sich nach mehr Freiheit, nach einer richtigen Demokratie. Die Verfechter des Obrigkeitsstaats sitzen heute nicht im Osten, sie sitzen im Westen.

Wir sollten uns in der Schweiz nicht einbilden, wir seien etwas Besseres. Machtgier und politische Arroganz gibt es auch bei uns. Auch wir haben Politiker, die das Volk schlechtreden. Auch wir haben eine Linke, die ihre Kritiker als rechtsextrem verleumdet. Die meisten Parteien in Bern sind bereit, die direkte Demokratie, den Föderalismus und die bewaffnete Neutralität preiszugeben. Sie wollen europäisches Recht übernehmen und die Schweiz fremden Richtern unterstellen. Die Schweiz ist nicht frei von jener Elitenarroganz, die in Deutschland die Leute auf die Strasse treibt.

Was tun? Wählen, abstimmen, die Politik der Demokratie-Aushöhlung stoppen! Der Schweiz ist das Schicksal Deutschlands erspart geblieben, weil die Schweizer die Macht nicht an den Staat und an die Politik abgegeben haben. Sorgen wir dafür, dass dies so bleibt.

Eines unserer
Ziele: Dass
Patienten schnell
wieder gehen.

Fusschirurgie. Eines der Fachgebiete
in Ihrer Privatklinik für Chirurgie
und individuellen Service. pyramide.ch



Spitze für Sie





Gnadenlos unverschämt: Ali Wong. Seite 60



Brüsseler Fussfesseln: Griechenland. Seite 22



«Jeder Privatmann weiss, dass man nur Geld verdienen kann, wenn man Risiken eingeht.»

Oswald Grübel: Seite 36

Titelgeschichte

- 28 **Ausweitung der Kampfzone**
Die Lust am Verpetzen und Verbieten
- 30 **Gleiches Recht für alle**
Facebook und die Meinungsfreiheit

Kommentare & Analysen

- 7 **Editorial**
- 11 **Kommentar**
Frechste aller Gewerkschaften
- 12 **Sport** Rentnerstall
- 12 **Justiz** Übertriebener Opferkult
- 13 **Eilmeldung**
Araber fangen Dominikaner
- 14 **Kopf der Woche** Reinhard Schulze:
Ideologe schlichten Zuschnitts
- 22 **Essay der Woche**
Das Genom der griechischen Krise
- 26 **Mörgeli** Gefallener Boulevard-Engel
- 26 **Bodenmann** Landwirtschaft:
Zucker statt Peitsche
- 27 **Medien**
Ihr-könnt-mich-mal-Prinzip
- 27 **Die Deutschen** Herzversagen

Inland

- 32 **Muss Pierre Maudets Kopf rollen?**
Essay von Pierre Ruetschi
- 34 **Rebellion gegen das Bundesgericht**
Parlament gegen Lausanner Richter
- 35 **Scheinmehrheit der Rechten**
Zwist bei der «Steuervorlage 17»
- 40 **Airbnb** In der Schweiz regt sich
Widerstand von links

Ausland

- 41 **Unvollständige Beweisaufnahme**
Gegenrede von Maurice Thiriet
- 42 **Bannon fasst Fuss in Europa**
Begegnung in Venedig
- 44 **Inside Washington O. ist zurück**
- 46 **Von der Zecke gebissen** Noch immer
brodelt es in Deutschland
- 47 **Wir Ostdeutschen und die Demokratie**
Widerspruch von Andreas Bochmann
- 48 **Brief aus Berlin** Thilo Sarrazin über
die Wirklichkeitsflucht der Medien
- 49 **Trump – das endlose Melodrama**
Selbstzerfleischung der Demokraten
- 50 **Gespalten und verfeindet**
Schweden nach den Wahlen
- 51 **Schweden**
Spekulationen über Wahlbetrug

Wirtschaft & Wissenschaft

- 39 **Afrika** China engagiert sich mit
Kredit und Investitionen
- 52 **Zweiter Weltkrieg** Paraguaysche
Pässe für Juden in der Schweiz
- 64 **Mysterien der Weltgeschichte**
Der afrikanische Kannibale

Kultur & Gesellschaft

- 18 **Die überempfindliche Frau**
Intoleranter Zeitgeist und Menschen,
die sich gegenseitig nicht ertragen
- 24 **Auf die Kuh gekommen** Neuer
Trend: Kampfkühe statt Rennpferde
- 54 **Ikone der Woche** Serena Williams
- 59 **Tom Jacobi** Mark van Huisseling
^trifft den Fotokünstler
- 60 **Zeitalter der Komikerinnen**
Die Männerbastion fällt
- 61 **Martin Walser** Unter Freunden

Interviews

- 36 **Oswald Grübel** Der ehemalige
UBS-Chef Banker über die Lehren
aus der Finanzkrise 2008
- 56 **Hans Hollmann**
Die Regie-Legende über seine
sechzig Jahre am Theater

Rubriken

- 11 **Im Auge** Jimmy Bennett
- 16 **Personenkontrolle**
- 17 **Nachruf** Beat Richner
- 45 **Auf einen Drink mit...**
Vesna Zalokar, 43, Körperdouble
- 62 **Die Bibel** Aus Glauben gerecht
- 62 **Kino** «Gundermann»
- 63 **Knorrs Liste**
- 63 **Jazz** Dexter Gordon Quartet
- 65 **Fragen Sie Dr. M.**
- 65 **Gewinner der Woche** Vetropack
- 66 **Thiel** Einwanderung
- 66 **Namen** Nur ein Fetzen Papier
- 66 **Fast verliebt** In der Blick-Falle
- 67 **Unten** durch Entzug
- 68 **Wein**
Sanftes Walten der Schwerkraft
- 68 **Salz & Pfeffer**
Heimat des Soul Food
- 69 **Auto**
Mercedes-AMG S 63 Cabriolet
- 70 **Darf man das?/** Leserbrief

Baloise session

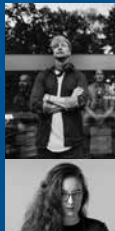
19. OKT. – 6. NOV. 2018



SUNRISE AVENUE ■ VERONICA FUSARO

FREITAG, 19. OKTOBER, 20 UHR

CHF 170/150/130



OPENING NIGHT

Packende Stimmen, herzerwärmende Stimmungen. Wenn die finnischen Chartstürmer Sunrise Avenue auf die charakteristische Schweizer Pop-Queen Veronica Fusaro treffen, wird es ein Abend mit grossen Emotionen. Ein farbenfrohes Pop-Feuerverwerk zum Start der BALOISE SESSION 2018!

JOHN LEGEND ■ ALINA AMURI

SAMSTAG, 20. OKTOBER, 20 UHR

CHF 170/150/130



AN EVENING WITH ...

John Legend eroberte mit den souligen Liebesliedern «All Of Me» und «Love Me Now» die Charts und verkaufte weltweit Millionen von Platten. In Basel spielt und singt der 10-fache Grammy-Gewinner und Oscar-Preisträger exklusiv alleine, nur solo am Piano – pur und unverfälscht. Die warmherzige Zürcher Soul-Lady Alina Amuri leitet den Abend ein.

JOHN LEGEND ■ NICOLE BERNEGGER

SONNTAG, 21. OKTOBER, 20 UHR

CHF 170/150/130



AN EVENING WITH ...

John Legend – ein Weltstar, der musikalisch so vielseitig ist, dass er in Basel locker zwei Abende bestreiten kann. Solo am Piano. Erfahrung hat er genug: In seiner Jugend begleitete er als Bandmusiker und Sänger viele grosse Stars auf Tour. Basels Soul-Diva Nicole Bernegger heisst ihm die Bühne ein.

BEN HARPER & THE INNOCENT CRIMINALS ■ JIMMY CLIFF

DONNERSTAG, 25. OKTOBER, 20 UHR

CHF 120/100/80



CROSSOVER NIGHT

Der eine sah Bob Marley erstmals live, als ihn sein Vater zum Konzert mitnahm. Der andere machte mit Marley den Reggae zur Weltmusik. Beide treffen sich an der BALOISE SESSION: Ben Harper, der grosse Crossover-Gitarrist und Multi-Instrumentalist mit seiner Band The Innocent Criminals und Jimmy Cliff, die Legende aus Jamaika.

LO & LEDUC ■ CLUESO

FREITAG, 26. OKTOBER, 20 UHR

CHF 100/80/60



HIP-HOP-POP

Hip-Hop hat viele Gesichter. Besonders sympathische und intelligente Wortakrobaten besuchen uns im BALOISE SESSION-Haus. Verschmitzt, funky und lyrisch sind Lo & Leduc aus Bern. Poetisch und tief sinnig agiert Clueso aus dem deutschen Erfurt.

GEORGE EZRA ■ JACK SAVORETTI

SAMSTAG, 27. OKTOBER, 20 UHR

CHF 120/100/80



SONGPOETS

Gefühlvoll und ohne Kitsch: Aus England kommen zwei Songwriter, die mit einfachen, aber berührenden Liedern und packenden Stimmen die Herzen der Fans erobern. George Ezra aus der Hafenstadt Bristol und Jack Savoretti, Multikulti-Kid aus London und Lugano, liefern sich ein Poeten-Duell.

BUDDY GUY ■ BETH HART

DIENSTAG, 30. OKTOBER, 20 UHR

CHF 130/110/90



PURE BLUES

Der Blues erzählt vom Leben, von seinen Schwierigkeiten und Schönheiten. Der Gitarrist und Shouter Buddy Guy und die Sängerin Beth Hart kennen das Leben und sie singen davon: eindringlich, hart, rau. Ihre Geschichten gehen unter die Haut, sie berühren und sind doch schön zu hören!

TRIBALISTAS ■ MARIA GADÚ

FREITAG, 2. NOVEMBER, 20 UHR

CHF 100/80/60



COPA DO BRAZIL

Brasilianische Popmusik, das meint eigenständige Stimmen, instrumentales Handwerk und luftige Noblesse im Ausdruck. Die Altmeister der Música Popular Brasileira, die Tribalistas, verfügen mit Leichtigkeit über diese Qualitäten und die junge Maria Gadú setzt ihre jugendliche Unbekümmertheit dazu: unwiderstehlich!

MS. LAURYN HILL ■ MARIUS BEAR

MONTAG, 5. NOVEMBER, 20 UHR

CHF 130/110/90



ICONIC NIGHT

Ms. Lauryn Hill aus East Orange, New Jersey, ist wahrlich eine Ikone. Als Sängerin von «The Fugees» und Solo mit dem Album «The Miseducation Of Lauryn Hill» sorgte sie für Furore. Eingeleitet wird der Abend von Marius Bear, einem bärenstarken, hochtalentierten Liederschmied aus dem schönen Appenzell.

WALKING ON CARS ■ LP

DIENSTAG, 6. NOVEMBER, 20 UHR

CHF 100/80/60



INDIE CHARTBREAKERS

Hier regiert der frische Wind, junge unverbrauchte, kreative Musik ist angesagt. Walking On Cars bringen uns eine raue Gitarrenbrise von der irischen Westküste. Vorher surft die geniale Songwriterin LP aus New York mit «Lost On You» elegant auf den Lebensstürmen des Atlantiks.

Basler
Versicherungen

Basler
Kantonalbank

NOVARTIS

DUFRY

M
.CH

cornècard

iwb

BALOISESESSION.CH
#baloisesession

ORT: EVENT HALLE MESSE BASEL
TICKETS: BALOISESESSION.CH ODER TICKETCORNER.CH
TEL. 0900 800 800 (CHF 1.19/MIN.)

SRF

SCHWEIZER
ILLUSTRIERTE

Basler Zeitung



«Piano Entertainment»: Chris & Mike im «Riverside» Live-Spektakel im Doppelpack

Seit 25 Jahren begeistern Chris & Mike mit ihren rasanten Boogie-Woogie-Shows das Publikum im In- und Ausland. Erleben Sie das Piano-Duo an einem ganz besonderen Ort: im schönen «Riverside» Seminar- und Eventhotel auf dem Areal einer ehemaligen Spinnerei in Glattfelden.

Wenn die Brüder Chris & Mike in die 176 Tasten hauen, bleibt niemand ruhig sitzen. Mit ihrer ausgeklügelten Technik, Spezialinstrumenten und ihrer grenzenlosen Spielfreude gehören die Zürcher Oberländer zu den Meistern ihres Genres. Eines der beiden Gesichter wird Ihnen möglicherweise bekannt vorkommen: Christoph «Chris» Keller moderierte von 1996 bis 2000 beim Schweizer Fernsehen die Sendung «TAF».

Seit einem Vierteljahrhundert haben sich die beiden Tastenakrobaten ihrer musikalischen Leidenschaft verschrieben. Mit ihrer Show «Piano Entertainment» zeigen sie, warum der Boogie-Woogie seit seinem ersten grossen Boom im Chicago der 1920er Jahre nichts von seiner Popularität eingebüsst hat.

Auf höchstem Niveau ist auch das Rahmenprogramm: In der Pause wird Ihnen ein 3-Gang-Menü serviert. Für den krönenden Abschluss

sorgt beim exklusiven Arrangement für *Weltwoche*-Abonnenten die Übernachtung in einem der neuen Lodge-Zimmer des Hotels «Riverside» im urchigen Alpenchic-Stil. Nach einer erholsamen Nacht in der Oase an der Glatt starten Sie beschwingt mit einem reichhaltigen Frühstück in den neuen Tag.



Platin-Club-Spezialangebot

«Piano Entertainment»
Chris & Mike im Hotel «Riverside», Glattfelden

Datum:

10. November 2018, 18.30 Uhr

Programm:

- 18.30 Uhr: Türöffnung
- 19.15 Uhr: Opening Chris & Mike
- 19.30 Uhr: 3-Gang-Dinner inkl. Mineralwasser, Bier, Wein, Kaffee
- 21.00 Uhr: Musikshow Chris & Mike
Inkl. Übernachtung im Lodge-Zimmer mit Frühstück

Spezialangebot:

Fr. 239.– pro Person (statt Fr. 289.–)

Buchung:

Reservieren Sie Ihren Platz unter
Tel. 043 500 92 92 – bitte Kennwort «Weltwoche»
angeben.

Veranstalter:

«Riverside» Seminar- und Eventhotel
Spinnerei Lettenstrasse
8192 Glattfelden
www.riverside.ch

www.weltwoche.ch/platinclub

Frechste aller Gewerkschaften

Von Christoph Mörgele — Der neuste Forderungskatalog der Bundesbeamten ist dreist. Diese sind heute schon überprivilegiert.



«Weltmeister der Effizienz»: Gewerkschafterin Gysi.

Nationalrätin Barbara Gysi (SP) macht selten von sich reden. Gegenwärtig bringt sich die unauffällige Sozialpädagogin immerhin als Nachfolgerin von Paul Rechsteiner an der Spitze des Gewerkschaftsbundes ins Gespräch. Oder als Präsidentin der Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB), die kürzlich einen fetten Forderungskatalog präsentiert hat – und zwar unter Verweis auf den angeblich «glänzenden» Zustand der öffentlichen Finanzen. Als ob diese Eigentum der Beamten wären und sie jederzeit das Recht hätten, über die Bundeskasse herzufallen.

Den besten Verbündeten beim Transport ihrer Jammerbotschaften haben die Bundesbeamten im Schweizer Fernsehen. Da heisst es dann jeweils in atemlos-empörtem Mitgefühl: «Personalverband schlägt Alarm: Die Bundesangestellten sind am Anschlag.» Oder: «Auf Rosen gebettete Bundesbeamte – ein Trugschluss?» Dabei müssten die Steuerzahler wissen, dass das hiesige Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum seit Jahren stagniert, während die Kosten der öffentlichen Verwaltung pro Kopf Jahr für Jahr um 2 bis 3 Prozent zunehmen. Seit 2000 hat der Bund pro Arbeitstag eine neue Stelle geschaffen. Die 38 700 Bundesbeamten verdienen im Durchschnitt 125 000 Franken – Reinigungspersonal, Sekretärinnen und Kasernengärtner inbegriffen. Bundesbern bezahlt besser als der Finanz-

platz Zürich im Durchschnitt. Wobei der Staat immer wieder die massive Lohnkonkurrenz der privaten Wirtschaft ins Feld führt. Dabei sind konkurrierende Löhne von Privatfirmen in der Bundeshauptstadt so gut wie inexistent.

Aufopferung für die öffentliche Sache

Nun sei es aber «höchste Zeit, in eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu investieren». Der dann folgende Investitionskatalog des Beamtenverbandes macht glauben, die Angestellten unseres Landes hätten sich bislang für Gottes Lohn für die öffentliche Sache aufgeopfert. Sie verlangen für die Betreuung von kranken Angehörigen einen bezahlten Urlaub von bis zu vier Monaten (heute drei Tage). Zum bereits gewährten Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub sollen die Mamis (heute vier Gratismonate) und Papis (heute zwei Gratiswochen) zwei zusätzliche Monate anhängen können. Auch wird gefordert, die geplagten Beamten sollten am Jahresende einen Negativsaldo von fünfzig Stunden auf das neue Jahr übertragen dürfen. Nach Belieben müsse es ihnen gestattet sein, auf ein 60-Prozent-Pensum zu reduzieren oder zu einem Vollpensum zurückzukehren. Längere Abwesenheiten vom Arbeitsplatz oder Mutterschaftsabsenzen müssen nach dem Willen der Beamtengewerkschaft durch befristete Ersatzstellen ausgeglichen werden. Und selbstverständlich soll die Arbeit zu Hause generell ermöglicht und der Arbeitsweg zur Arbeitszeit angerechnet werden. Man wundert sich nur, dass die gewerkschaftlich organisierten Bundesbeamten nicht gleich 100 Prozent Ferien auf Kosten der Steuerzahler einfordern.

Der dreiste Forderungskatalog macht fast die Privilegien der Bundesbeamten vergessen. Dies gilt nicht nur für die sechzehn Wochen Mutterschafts- wie die zwei Wochen Vaterschaftsurlaub, die ausserhalb der Bundesbüros nicht vorgesehen sind. Grosszügig bis zur Schmerzgrenze ist der Bund punkto Flexibilisierung des Beschäftigungsgrades, unbezahlten Urlaubs, zusätzlicher Arbeitskräfte bei Ausfall, Anerkennung des Arbeitsweges, SBB-Abonnements, Ferienregelungen und Pensionskasse. SP-Nationalrat Corrado Pardini kommentierte die aktuellen Forderungen in *20 Minuten* als berechtigt – die hiesigen Verwaltungsangestellten seien «Weltmeister der Effizienz». Die 385 Leserkommentare beurteilten dies anders und verliehen Pardini auch einen Weltmeistertitel. Nämlich den des unfreiwilligen Humors.

Hinterhältiges Herz



Jimmy Bennett, Hauptdarsteller.

Sie hat ihn verführt. Er war erst 17. Daraus hat er ihr einen Strick gedreht. Nein, sagt sie, da war kein Sex. Aber sie hat ihm vorsorglich – sie sagt «fürsorglich» – rund 200 000 Dollar bezahlt, gefordert hatte er 380 000. Schweigegeld? Letzte Variante: Sie behauptet, er habe sie vergewaltigt. Was war zwischen Asia Argento, mittlerweile 42 und renommierte Filmemacherin, und Jimmy Bennett, 22, dem Ex-Kinderstar, damals vor fünf Jahren? Anthony Bourdain, der berühmte Koch und Asias Lebensgefährte, der sich am vergangenen 8. Juni in der Dusche aufhängte, hatte Privatdetektive auf Jimmy angesetzt.

Er ist jetzt wieder Hauptdarsteller. Jimmy Bennett entzückte das Kinopublikum als kleiner Bengel, und Asia Argento spielte seine Mutter im Erfolgsfilm «The Heart Is Deceitful Above All Things» (Das Herz ist eine hinterlistige Person). Er war sieben und verdiente rasch zwei Millionen, die seine Mutter Marty und sein Stiefvater Frank Pestarino längst verpulverten. Auf Jimmys Konto blieben 300 000 Dollar. Als er 18 war, waren auch die weg. Die Mutter warf ihn hinaus, als drogensüchtigen Nichtsnutz, und liess ihm nicht mal seinen Hund. Sein Ex-Girlfriend Rachel Fox, bekannt als Kayla in «Desperate Housewives», verklagte ihn wegen Stalking und weil er Nacktfotos von ihr ins Netz gestellt hatte. Jimmy schlug sich durch mit Musikvideos und kleinen Rollen in Hollywood. Seine Mom und der Stiefvater gingen bankrott mit ihrer Crêperie, der Stiefvater überredete ihn zu einem Comic-Movie, das auf der Liste der schlechtesten Filme landete und einen Schuldenberg anhäufte.

Dann, nach zehn Jahren, «das Erdbeben», wie er twitterte: Jimmy und Asia trafen sich wieder in einem Hotel in Marina del Rey. Bilder lügen nicht, aber sie beweisen auch nichts: ein Selfie zeigt die beiden eng umschlungen. Sie schrieben sich noch ein Jahr lang, wie sehr sie sich vermissten. Eine Fabel wie aus Boccaccios mittelalterlichem «Decamerone», nur wird sie, leider, von heutigen Anwälten und moralischen Anklägern geschrieben. Peter Hartmann

Rentnerstall

Von Michael Bahnerth —
Formel-1-Pilot Kimi Räikkönen
wechselt zu Sauber.



Weniger Geld, mehr Ruhe: Räikkönen.

Sauber heisst ja nicht mehr nur Sauber, sondern seit dieser Saison «Alfa Romeo Sauber F1 Team», was aber das Auto nicht wirklich beschleunigt. Der Rennstall aus Hinwil fährt dem hinteren Teil des Feldes meist hinterher und ist zweitletzter bei der Konstrukteurswertung. Man mag einwenden, dass das gar nicht schlecht ist, weil Sauber letztes Jahr Letzter war. Aber wer Rennen gewinnen will, sollte keinen Sauber C37 pilotieren. Die Rennwagen von Sauber waren schon immer etwas für Rookies oder für Rentner, die vom Gasgeben nicht loskommen. Der Rookie Charles Leclerc, ein Monegasse, der im Grunde schneller ist als der Sauber, übernimmt nun ab nächster Saison das Ferrari-Cockpit von Rentner Räikkönen, einem Finnen, der einst vor zwanzig Jahren als Rookie bei Sauber begann und schnell dem Rennstall davonfuhr und 2007 Weltmeister wurde.

Der Wechsel ist eine gute Nachricht für Ferrari, eine noch bessere für Sauber und eine vorzügliche für Kimi Räikkönen. Ferrari bekommt den schnellsten jüngsten Mann im Feld, Sauber den schnellsten ältesten, und Räikkönen, der schweigende *iceman*, bekommt zwar weniger Geld, dafür aber seine Ruhe. Kimi redet nicht gerne, was wohl daher rührt, dass Finnland sowieso das schweigsamste Land der Welt ist, in dem Männer nur mehr Geräusche machen als das Rauschen der Bäume, wenn sie im Rauschzustand sind. Kimis Lieblingsantwort gegenüber Journalisten ist: «I donn kähr.» Das ist auch die einzig richtige Einstellung, wenn man zu Sauber wechselt. «Kimi», wird man nächste Saison im Boxenfunk hören, «du bist drittletzter.» Dann wird er entweder sagen, was er immer sagt in solchen Situationen: «Don't fuck me up with this» oder «I donn kähr.» Und dann ist Sauber wenigstens beim Boxenfunk ganz vorne.

Übertriebener Opferkult

Von Katharina Fontana — Der Gerichtshof für Menschenrechte soll die Schweiz wegen rassistischer Polizeiarbeit verurteilen, fordern linke Aktivisten. Und das wegen einer Bagatelle.

Seit geraumer Zeit schon klagen Organisationen wie die Allianz gegen Racial Profiling, dass die Polizei rassistisch motivierte Personenkontrollen durchführe und die Polizeikorps von strukturellem Rassismus durchsetzt seien. Nun haben die linken Aktivisten den aus ihrer Sicht idealen Fall gefunden, der den Druck auf die hiesigen Behörden erhöhen soll. Es geht um einen Schweiz-Kenianer, der 2015 im Hauptbahnhof Zürich angehalten wurde und sich weigerte, seinen Ausweis zu zeigen. Der Mann wurde daraufhin vom Bezirksgericht mit 100 Franken gebüsst, das Urteil wurde 2017 vom Zürcher Obergericht und dieses Jahr vom Bundesgericht bestätigt. Wie die Allianz gegen Racial Profiling kürzlich bekanntgab, will der Gebüsste nun beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg gegen die Schweiz klagen.

Der dunkelhäutige Mann behauptet, der Polizist habe ihn lediglich wegen seiner Hautfarbe und seines Geschlechts kontrolliert. Der Beamte bestreitet das: Der Mann habe seinen Blick von ihm abgewendet, weshalb er ihn wegen Verdachts auf illegalen Aufenthalt habe kontrollieren wollen. Wie der Strassburger Gerichtshof den Fall dereinst beurteilen wird – sofern er die Klage überhaupt für zulässig erklärt –, ist offen. Grundsätzlich reagieren internationale Menschenrechtsorgane höchst sensibel, wenn sie es mit Diskriminierungsvorwürfen zu tun haben. Die völkerrechtliche Tendenz geht heute dahin, Racial Profiling extensiv zu interpretieren. So wird polizeiliches Handeln teils bereits dann als unzulässig angesehen, wenn die Herkunft der angehaltenen Person nur einer von mehreren Faktoren – neben beispielsweise dem Abwenden des Blicks – für die Kontrolle darstellt. Auch wird mitunter gefordert, dass eine Polizeikontrolle stets als rechtswidrig anzusehen sei, wenn die Hautfarbe der angehaltenen Person eine Rolle gespielt haben könnte und die Polizei nicht den Gegenbeweis führen könne.

Es liegt auf der Hand, dass eine vernünftige präventive Polizeiarbeit unter diesen Voraussetzungen kaum mehr möglich wäre. Wenn jeder Ausländer, der kontrolliert wird, sich umgehend als Rassismusopfer inszenieren kann, wäre er letztlich aufgrund seiner Herkunft vor der Polizei geschützt. Am Schluss darf ein Beamter dann nur noch die blonde Businessfrau oder den ergrauten Wanderer um den Ausweis bitten, aber nicht mehr den jungen dunkelhäutigen Mann. Eine solche Einschränkung

ist absurd. Die Polizei muss ihre Kräfte dort einsetzen, wo sie aller Erfahrung nach auch etwas findet – will sie illegale Aufenthalter aufspüren, muss sie Fremde kontrollieren. Dies zu erschweren, dürfte denn auch genau das sein, was die verschiedenen Menschenrechtsorganisationen mit der Hysterie um angeblich rassistische Polizeikontrollen insgeheim bezwecken.

Ritzen der Privatsphäre

Auch sollte man die Relationen wahren. Es geht nicht darum, dass fremdländisch aussehende Personen regelmässig auf den Polizeiposten mitgenommen würden, sondern es handelt sich um eine kurze Personenkontrolle in der Öffentlichkeit. Für Dunkelhäutige, die vielleicht mehr als andere ihren Ausweis zücken müssen, mag das nervig sein, ein Ärgernis, gar ein Grund zum Ausrufen. Doch eine Menschenrechtsverletzung? Kann man sich wirklich schon als Opfer einer Menschenrechtsverletzung fühlen, wenn man einem Polizisten den Ausweis präsentieren muss? Die Diskussion rund um die Polizeikontrollen zeigt einmal mehr, wie sehr die Menschenrechte heute überstrapaziert werden. Bereits eine Bagatelle, ein oberflächliches Ritzen der Privatsphäre sorgt für Empörung und treibt die Leute vor den Strassburger Gerichtshof. Nach dieser Auffassung kann man letztlich alles und jedes unter die Menschenrechte subsumieren. Und jeder darf sich als Opfer fühlen.



Erschwerte präventive Polizeiarbeit.



Verfolgungsjagd auf Snapchat: Flüchtling Bashar (M.) und seine Freunde.



«Wiso hesch Screenshot gemacht?»: mutmasslicher Täter (r.).

Eilmeldung

Araber fangen Dominikaner

Von Philipp Gut — Die Freunde von Messerstecher-Opfer Bashar haben nach eigenen Angaben einen tatverdächtigen Dominikaner aufgespürt und der Polizei übergeben. Der Krimi im Migrantenmilieu geht weiter.

Die *Weltwoche*-Recherche über die Hintergründe der Krawallnacht am Zürcher Bellevue («Mit dem Messer im Rücken fragte er sie nach ihrer Handynummer», *Weltwoche* Nr. 36/18) hat ein grosses Echo ausgelöst – aber die Geschichte ist noch nicht zu Ende erzählt. Kaum war die Tinte trocken, haben sich die Ereignisse überstürzt. Ein 19-jähriger Dominikaner ist festgenommen worden. Er sitzt in Untersuchungshaft. Der junge Mann wird verdächtigt, am 18. August an der Seepromenade beim Bellevue den 18-jährigen palästinensischen Flüchtling Bashar mit mehreren Messerstichen lebensgefährlich verletzt zu haben.

Detektivische Talente

Der tatverdächtige Dominikaner wurde nicht etwa von der Polizei gestellt, sondern von Bashars arabischen Freunden, wie diese gegenüber der *Weltwoche* berichten. Der Kopf der Gruppe ist Anas, zwanzig, ein syrischer Kurde, der 2014 via Libyen und die Mittelmeerroute in die Schweiz kam. Deutsch hat er in der Berufsintegrationsschule und von Kollegen gelernt. Eine Lehrstelle hat er nicht gefunden, er arbeitet im Stundenlohn bei einer Transportfirma. In der Freizeit rappt er; es sei sein Traum, einmal ein eigenes Album herauszugeben. Mit Türstehern, Sicherheitsleuten und der Polizei sei er verschiedentlich in Clinch geraten, so Anas.

Der etwas jüngere Ghandour ist gemeinsam mit Messerstecher-Opfer Bashar vor rund zweieinhalb Jahren aus Syrien per Flugzeug in die Schweiz gereist. Seither sind sie Freunde. Auch Ghandour wurde in der Krawallnacht am Bellevue mit einem Messer verletzt («Das

Blut floss wie Wasser»), am Arm trägt er eine Narbe mit vielen Stichen. Ghandour hat das 10. Schuljahr absolviert und sucht nun einen Job. Was für eine Lehre er machen könnte, weiss er nicht.

Detektivische Talente haben die Jungs aber zweifellos. Zusammen mit einem dritten Freund, dem Libyer Abdu, der selber am Hals verletzt wurde, machten sie Jagd auf den mutmasslichen Täter. Gemäss ihrer Darstellung lief das so: Am Tag nach der Messerattacke ging das Trio zurück an die Seepromenade. In der Nähe des Tatorts trafen sie zwei Bekannte – einen Italiener und einen Südamerikaner –, von denen sie vermuteten, dass sie den mutmasslichen Täter kennen. Tatsächlich gelang

Die jugendlichen Jäger konnten den Gesuchten zeitweise orten und sehen, wo er sich befindet.

es Anas und seinen Kollegen, in den Besitz der Handynummer des Dominikaners zu kommen, der nun in U-Haft sitzt. Anas addete ihn auf Snapchat. Dabei erwiesen die modernen sozialen Medien ihren kriminologischen Nutzen: Die Jäger konnten den Gesuchten zeitweise orten und sehen, wo er sich befindet. Einmal machte Anas einen Screenshot einer Fotografie, die den Tatverdächtigen gemeinsam mit einem Kollegen zeigt. Der Dominikaner merkte, dass Anas ein Bild von ihm kopierte, und trat mit ihm in Chat-Kontakt. Auszüge dieses Schriftwechsels konnte die *Weltwoche* einsehen. Der Dominikaner: «Wiso hesch Screenshot gemacht? Ich weiss wer du bist du

bruda.» Darauf Anas: «Gut. Es ist bald der Tag das wir uns treffen...»

Zum Showdown kam es dann am Mittwochabend letzter Woche am Bahnhof Stadelhofen, durch einen Zufall, wie Anas und seine Mitstreiter sagen. Anas fuhr eine Rolltreppe zu den Geleisen hoch, als der Dominikaner ihm unverhofft auf der hinunterführenden Treppe mit einem Kollegen entgegenkam. Anas sprang nach eigener Darstellung über die Trennfläche in der Mitte zu den beiden hin und sprach sie an: «Kommt, wenn ihr Männer seid.» Der mutmassliche Messerstecher habe seinem Kollegen etwas ins Ohr geflüstert, sie hätten gehen wollen. Anas verwickelte sie in der Bahnhofunterführung in Diskussionen, damit sie nicht abhauten. Dann erschienen seine Kollegen auf dem Schauplatz des Geschehens: Ghandour, Abdu und andere, insgesamt rund zehn Leute. Sie hielten den Dominikaner und seinen Kollegen fest. Die Bahnhofsuhr zeigte gegen 22 Uhr.

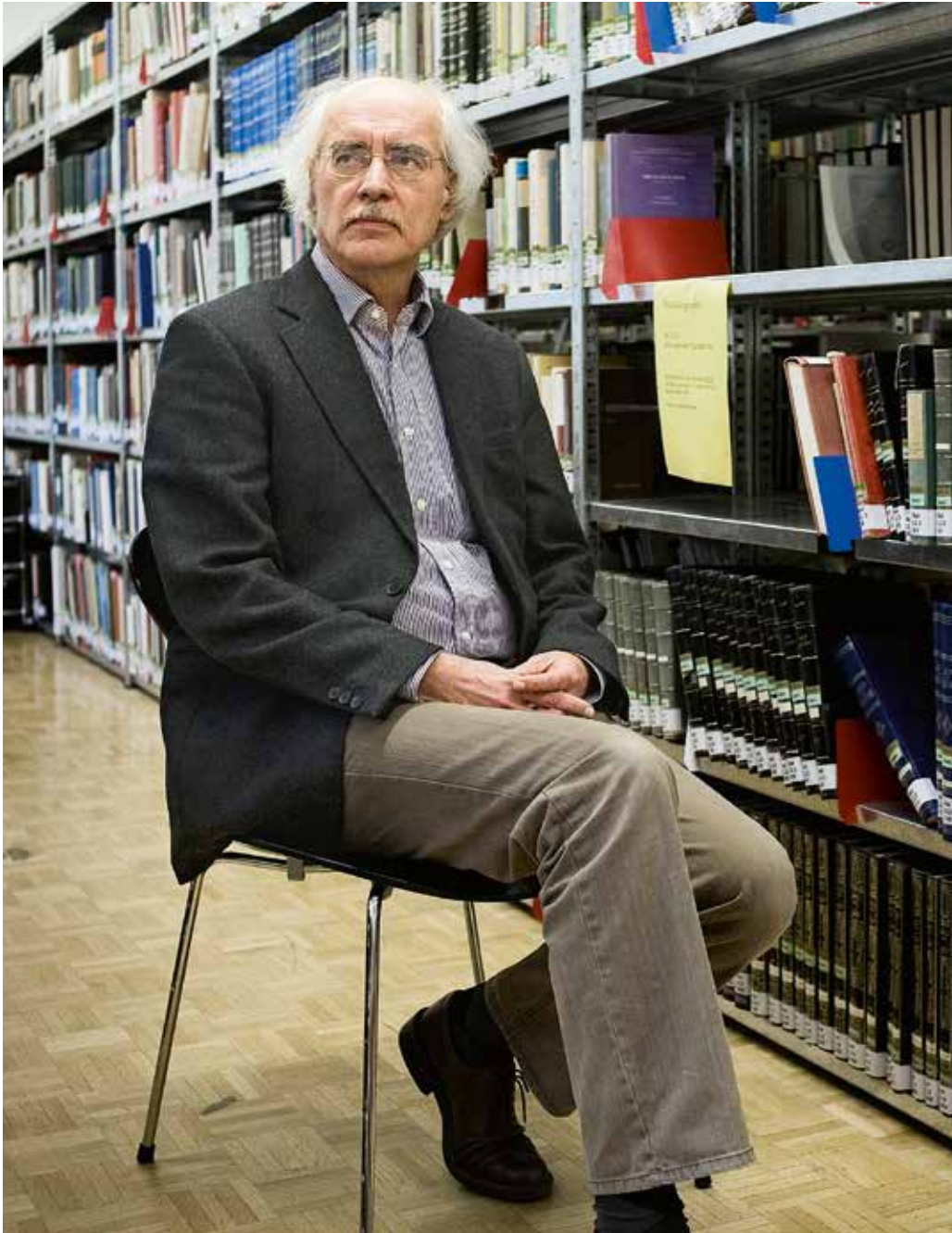
Securitas-Leute wurden auf die Keilerei aufmerksam. Schliesslich wurde die Polizei gerufen. Der Dominikaner und sein Kumpel seien in Handschellen abgeführt worden. Anas, Ghandour, Abdu sowie weitere Zeugen wurden auf die Wache der Kriminalpolizei gebracht und befragt. Stadt- und Kantonspolizei dürfen nach eigenen Angaben nichts mehr zu dem Fall sagen, da ihn die Staatsanwaltschaft übernommen hat. Die zuständige Staatsanwältin war bis Redaktionsschluss nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

«Man stirbt nur einmal»

Gut zwei Wochen lang hatte Anas den Dominikaner auf Snapchat verfolgt, jetzt ist er am Ziel, und der Dominikaner ist als Verdächtiger verhaftet. Warum er das überhaupt getan hat? «Wenn jemand mit mir hängt [Jugendsprache für: herumlungern, gemeinsam Zeit verbringen], wird er mein Bruder», sagt Anas mit Blick auf Messerstecher-Opfer Bashar. Angst habe er dabei nicht gehabt: «Ich habe schon viel erlebt. Man stirbt nur einmal.»

Ideologe schlichten Zuschnitts

Von Christoph Mörgeli — Der Islamwissenschaftler Reinhard Schulze sieht den Islamismus als «Spiegelbild der rechten, reaktionären Bewegungen im Westen». Wie ein Mittelalter-Studienfach von Politologie und Politik gekapert wurde. Schulzes Fachkollegen widersprechen ihm.



«Kraus falsche» Auslegung: Islamwissenschaftler Schulze.

Jawohl, bestätigte Reinhard Schulze kürzlich der *Wochenzeitung*: Der Islamismus sei «das Spiegelbild der rechten, reaktionären Bewegungen, die sich derzeit auch im Westen erneut ausbreiten». Die Gesellschaften in Jordanien, der Türkei oder Ägypten seien «jenen von Deutschland, Frankreich oder der Schweiz derart ähnlich, dass in ihnen dieselben politischen Strömungen zu beobachten seien». Denn es gelte «hier wie dort die alte soziologische Erkenntnis, dass rund ein Drit-

tel der Bevölkerung anfällig für rechtsreaktionäre Ideen» sei.

Was der kürzlich emeritierte, aber immer noch öffentlich besoldete Professor für Islamwissenschaft und Neuere Orientalische Philologie an der Universität Bern damit sagen will: Im Grunde gibt es zwischen dem islamischen und dem abendländisch-christlichen Kulturraum keinen Unterschied. Während sich die einen dem Scharia-Recht unterwerfen, zur Tötung Andersgläubiger aufrufen und mitunter Mas-

senterroranschläge veranstalten, wählen die andern AfD, Le Pen oder SVP. Schliesslich sind hier wie dort ein Drittel der Menschen anfällig für «rechtsreaktionäre Ideen».

Schulze erkennt also einerseits ein Drittel von Islamisten, die mit Gewalt Allahs Gottesstaat errichten wollen und die Demokratie, die Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter bekämpfen. Und dieses Drittel innerhalb der muslimischen Gemeinschaft setzt er eins zu eins um in den westlichen Parlamentarismus und dessen seit der Französischen Revolution geltendes Links-rechts-Spektrum. Den Anhängern des Islamismus entspräche nach Professor Schulzes schlichtem Weltbild jenes Drittel, das in Westeuropa liberalkonservative bis rechtsbürgerliche Volksparteien wählt.

Da stellen sich jenen, die den geistigen Produzenten solchen Unsinn bezahlen müssen, schon einige Fragen. Zumal es sich einen Professor handelt, der von sich behauptet: «Meine Aufgabe als Islamwissenschaftler besteht darin, eben gerade kein politisches Urteil zu vermitteln.» Warum wird der Urheber von solchen Aussagen hierzulande in Radio, Fernsehen und Zeitungen als dauerpräsenster Experte befragt? Welche Art Wissenschaft und Wissenschaftler leistet sich die Universität Bern mit diesem Professor Reinhard Schulze? Wie beurteilen renommierte Fachkollegen seinen diesbezüglichen Forschungsansatz? Und warum fördern staatliche Institutionen seine auffallend unkritisch islamfreundlichen Interpretationen in beinahe devoter Hingabe?

Schulze selber präzisiert gegenüber der *Weltwoche*: «Ein heute sowohl in Europa wie in der nahöstlichen Welt wichtiges Milieu ist jenes, das sich eine wertkonservative, auf Law and Order ausgerichtete, paternalistisch geprägte, vielfach antiliberal urteilende und vielfach durch ein Gefühl «negativer Privilegiertheit» (Max Weber) bestimmte Vorstellungswelt teilt.»

«Linkes Bewusstsein gerettet»

Der 1953 in Deutschland geborene Reinhard Schulze verschlang schon beim Studium in Bonn «kritische linke Autoren», die ihm gegenüber dogmatischen Maoisten helfen sollten, sein «linkes Bewusstsein zu retten». In seiner Habilitationsschrift suchte er in islamischen Schriften nach einer «Aufklärung» unter Betonung der menschlichen Vernunft – und wurde prompt fündig. Wenn sich diese nicht so richtig durchsetzte, lag die Schuld am westlichen Kolonialismus und Imperialismus.

Deretwegen hätten sich die Muslime eine neue islamische Identität zurechtgezimmert, die durchaus ein Teil der Moderne bilde.

Doch Schulzes Behauptung, es finde sich im Islam eine mit dem Westen vergleichbare Aufklärung, wurde von führenden Islamwissenschaftlern längst verworfen. Der Utrechter Bernd Radtke wies dem selbstbewussten Kollegen («Ich spreche ein Hocharabisch mit einem syrisch-ägyptischen Dialekteinschlag») mangelnde sprachwissenschaftliche Kompetenz und ein falsches Verständnis von Wörtern nach. Gottfried Hagen (Michigan) und Tilman Seidensticker (Jena) beurteilten die Existenz einer islamischen Aufklärung als unhaltbare «Hypothese». Am schärfsten ins Gericht mit Reinhard Schulze geht der renommierte Göttinger Islamwissenschaftler und Mohammed-Biograf Tilman Nagel. Schulzes Aufklärungsthese beruhe auf der «krass falschen» Auslegung einiger aus dem Zusammenhang gerissener Sätze oder Verszeilen von Autoren des 18. Jahrhunderts.

Auch Schulzes Hauptwerk – eine Geschichte des Islam im 20. Jahrhundert – widmete Professor Nagel einen vernichtenden Verriss. Der Wahlberner biete ein «beklemmendes Beispiel» des Mangels an Grundlagen, der die Geschichtsschreibung schwer belaste und dazu führe, «dass an der Stelle gesicherten, aus den einschlägigen Quellen ermittelten Wissens ideologische Versatzstücke schlichtesten Zuschnitts zur Grundlage weitreichender Deutungen gewählt werden». Schulzes unwissenschaftlich-verschwommene Vorstellungen, Verkürzungen und Schachzüge erlaubten es, «in der zurzeit geforderten politisch korrekten Manier den so genannten islamischen Fundamentalismus als die giftige Frucht allein des kolonialen Griffs europäischer Mächte nach der islamischen Welt zu deuten».

Nicht zuletzt unter universitärem Personal wie Schulze wurde das Fach Islamwissenschaft

in wenigen Jahrzehnten massiv umgepflügt, vor allem aber personell aufgeblasen. Handelte es sich früher um einen Teil der Mittelaltergeschichte, geht es heute fast vollständig nur noch um das 20. Jahrhundert. Gelehrt wird in Bern wie an vielen westeuropäischen Hochschulen hauptsächlich eine Politologie für den arabischen Raum und die Türkei – was gerade

«Ich spreche ein Hocharabisch mit einem syrisch-ägyptischen Dialekteinschlag.»

für die islamische Kultur, die sich so umfassend auf die Vergangenheit bezieht, eine Fehlentwicklung darstellt.

Schulze entgegnet: «Es handelt sich um einen typisch deutschen Vorwurf.» Der Fokus des Fachs habe sich keineswegs ganz zur Moderne verschoben. Heute führe die Bündelung von Sprachwissenschaften, Soziologie und Geschichte zu neuen Erkenntnissen.

Direkt dem Rektor unterstellt

1987 wurde Reinhard Schulze Professor in Bochum, wo Mitte der sechziger Jahre als Frucht der SPD-Bildungsoffensive im Bundesland Rheinland-Pfalz eine «Reformuniversität» gegründet worden war. 1992 erhielt er einen Ruf an die Universität Bamberg, um dann von 1995 bis 2018 den Lehrstuhl in Bern zu besetzen. Schulzes Publikationsliste enthält Aufsätze in ansehnlicher Zahl, wobei sich die fünf Bücher für ein Lebenswerk eher bescheiden ausnehmen. In der Berner Universitätshierarchie stieg er in einige wichtige Ämter auf: Schulze wurde Planungschef seiner philosophisch-historischen Fakultät, Vizedekan und schliesslich Dekan. 2010 zog er sich überraschend als Kandidat für das Amt des Vizerektors für den Bereich Forschung zurück.

Heute wirkt der gefragte Experte als Direktor des beratenden Forums Islam und Naher Osten (Fino) der Universität Bern, mit dem er sich eine Bedeutung über die Pensionierung hinaus sichern konnte. Dieses ganz auf seine Person ausgerichtete, dem Rektor unmittelbar unterstellte Forum «richtet sich insbesondere an öffentliche Institutionen und Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sowie an schweizerische Medien und andere relevante öffentliche und zivilgesellschaftliche Einrichtungen».

Zu Reinhard Schulzes publizistischen Intimgegnern gehört Frank A. Meyer, der im *Sonntagsblick* die Frage aufwarf, ob nicht der Islam als Ganzes, nicht bloss dessen islamistische Ausprägung, Ursache für Krieg und Massaker sei. Schulze lehnt auch die Schweizer Islamkennerin Saïda Keller-Messahli ab, deren kritische Ansätze er als «populistische Enthüllungstechniken» ablehnt. Der Professor ärgerte sich über Keller-Messahlis Vorwurf, er stehe muslimischen Verbandsfunktionären nahe oder würde diese «protegiere».

Sicher ist, dass Schulze tüchtig in der Tagespolitik mitmischte, wenn er die Vertreter der islamischen Dachverbände stärker in die Diskussionen um die Bedingungen einer öffentlich-rechtlichen Anerkennung islamischer Religionsgemeinschaften einbinden will. Auch fällt auf, dass Schulze erstaunlich unkritisch über die Vorstellungswelten von Tariq Ramadan publiziert hat. Der Islamwissenschaftler vermag zudem die Tatsache nicht zu entkräften, dass er zwei Vertreter des fundamentalistischen Islamischen Zentralrats (IZRS) an seinem Institut «akademisch grossgezogen» hat. Und dass er 2014 an einer teilweise von der saudischen Regierung bezahlten Konferenz in Oxford teilgenommen hat. Doch was dem bürgerlichen Pierre Maudet in Genf schadet, muss dem linken Reinhard Schulze in Bern noch lange nicht schaden.


ZENITH
SWISS WATCH MANUFACTURE SINCE 1865

DEFY EL PRIMERO 21

ZENITH, THE FUTURE OF SWISS WATCHMAKING

www.zenith-watches.com



Personenkontrolle

Eder, Hegglin, Graber, Müller, Föhn, Kuprecht, Guhl, Giezendanner, Füglistaler, Meyer, Grünenfelder, Markwalder, Plassnik, Thiam, Müller, Kleiner

Joachim Eder, Allianzschmied, ist es gelungen, über die Parteigrenzen hinweg die gesamte Korona seiner Ständeratskollegen aus den Kantonen Zug (neben Eder Peter Hegglin), Luzern (Konrad Graber, Damian Müller) und Schwyz (Peter Föhn, Alex Kuprecht) hinter eine Interpellation zu scharen. Im Nachgang zu Recherchen der *Weltwoche* über die undurchsichtige Politik der SBB bei Berechnungen des Zuglärms («Die im Dunkeln sieht man nicht – aber man hört sie», Nr. 33/18) und zum wissenschaftlich überholten Schienenbonus («Züge sind lärmiger als Autos», Nr. 34/18) will Eder vom Bundesrat unter anderem wissen, was er zu unternehmen gedenke, um die Transparenz der Methodik und Grundlagen der Lärmberechnung beim Eisenbahnverkehr zu verbessern. Falls es zutrefte, dass die Fahrgeschwindigkeiten und Verkehrsdaten tatsächlich nicht korrekt sind, solle der Bundesrat Massnahmen ergreifen, um diesen Missstand «zügig zu beseitigen». (gut)

Bernhard Guhl, Freund geregelter Verhältnisse, ist im Nationalrat aufgelaufen. Die Mehrheit der Grossen Kammer will nichts von Guhls Idee wissen, Ordnung bei den parlamentarischen Vorstössen zu schaffen. Der Aargauer BDP-Nationalrat hatte verlangt, die Vorstösse entweder zu kontingentieren oder mehr Sitzungszeit einzuplanen, damit sie innerhalb eines Jahres behandelt werden können. Guhl kann sich damit trösten, dass das Parlament bereits seit rund einem Vierteljahrhundert erfolglos darüber diskutiert, wie man den haufenweisen eingereichten Anliegen Herr werden und den Ideenreichtum der Ratsmitglieder eindämmen kann. Der BDP-Vertreter selber zählt im Übrigen nicht zu den Hauptverursachern der Vorstossflut: Mit 66 Vorstössen während sieben Jahren als Nationalrat ist er fast schon bescheiden. (fon)

Ulrich Giezendanner, Opfer der SBB, redete im Nationalrat Freund und Feind schwindelig. Der SVP-Nationalrat hielt ein flammendes Plädoyer gegen die Bundesbahnen, welche die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene behindern. So hat der Fuhrhalter aus dem Aargau in St. Gallen Winkel vor einiger Zeit ein Verladeterminale gebaut und betreibt dieses mit Erfolg. «Wir könnten aber noch mehr verladen, wenn es kein Unternehmen namens SBB gäbe», polterte Giezendanner.



Gemeinsam: Avenir-Suisse-Direktor Grünenfelder.



«Ohne Politik»: Geri Müller.



«Grosses Privileg»: Aktivistin Kleiner.



Premiere: CS-Chef Thiam.

ner. An sein Grundstück in St. Gallen grenzt nämlich ein Gleis der Bundesbahnen. Giezendanner wollte dieses pachten. Aber die SBB winkten ab. Sie planen darauf den Bau von Mehrfamilienhäusern. Und als sich der Chef des Bundesamtes für Verkehr, Peter Füglistaler, bei SBB-Chef Andreas Meyer für ihn einsetzte, haben die SBB kurzen Prozess gemacht: «Sie haben die Schienen herausgerissen, damit wir nicht verlagern können», schimpfte Giezendanner im Rat. Das sei die Verlagerungspolitik in der Realität. (hmo)

Peter Grünenfelder, Denkfabrikant, ist mit Nationalrätin Christa Markwalder (FDP) liiert. Gemeinsame Auftritte des Paares gibt es allerdings kaum, zumindest in der Schweiz. Umso erstaunter waren die Passagiere eines Fluges Zürich–Wien am Wochenende: Grünenfelder und Markwalder reisten gemeinsam! Der Avenir-Suisse-Direktor hat familiäre Verbindungen nach Österreich und ist Träger des dortigen «Grossen Goldenen Ehrenzeichens mit dem Stern». Zudem gilt er als Vertrauensmann der österreichischen Botschafterin in Bern, Ursula Plassnik, die mit Attacken auf die Schweizer Eigenständigkeit gegenüber der EU Furore macht («Trittst im Schneckenloch daher»). Einen politischen Hintergrund hatte das Wochenende in Wien aber nicht, wie Markwalder versichert: «Es handelte sich um eine rein private Reise anlässlich einer Geburtstagsfeierlichkeit ohne jegliche Treffen mit österreichischen Beamten oder Politikern.» (fsc)

Tidjane Thiam, Bürger der Elfenbeinküste, lässt durch die Kommunikationsabteilung der Credit Suisse eine persönliche Stellungnahme verbreiten – eine Premiere in seiner bisherigen Amtszeit als CEO der Grossbank: In dem aufwendig formulierten Schreiben lässt Thiam dementieren, dass er bei den Wahlen 2020 für das Amt des Staatspräsidenten kandidiere. Gleichzeitig beschreibt der Manager aber so wortreich seine Verdienste um das Land, dass sich das Dementi beinahe wie eine Bewerbung um höchste politische Weihen liest. (fsc)

Geri Müller, Textilverweigerer, plauderte mit dem *Badener Tagblatt* aus dem Nähkästchen. Er sei «als Berater tätig», langweilig sei ihm «ohne Politik» nicht, und an ein Comeback in die Politmanege hätte er «noch keine Gedanken» verschwendet. *Schampar* harmlos, streifte der ehemalige Stadtmann Badens nicht ganz zuletzt noch seine Kleidervorlieben. Nach der Nackt-Selfie-Affäre von 2014 überrascht dabei aber kaum, dass er die Freizügigkeit zelebriert: Selbstbestimmung sei: «keine Krawatte zu tragen». Ein Glück, bleibt diesmal nur die Krawatte auf der Strecke. (zr)

Flavia Kleiner, Mysterium, hatte einen Auftritt am sogenannten Networking-Tag der Fachhochschule St. Gallen. «Es ist ein grosses Privileg, dass Bürgerinnen in der Schweiz Recht setzen können», sprach die Frontfrau der linken Kampagnenorganisation Operation Libero vor ihrem Publikum. Wer dies als Plädoyer für die Selbstbestimmungsinitiative auffasste, wurde aber rasch enttäuscht: Die Initiative, welche dem Schweizer Bürger Vorrang vor auswärtigen Richtern einräumen möchte, brandmarkt die Operation Libero als «gefährlich». Kleiners Lippenbekenntnisse zur direkten Demokratie folgen dem Muster: «Wasch mich, aber mach mich nicht nass.» (fsc)

Nachruf

Beat Richner (1947–2018) — Es gibt wenige Figuren, die über alle politischen und religiösen Lager hinweg die Menschen für eine Sache begeistern können. Der Kinderarzt Beat Richner, verortet irgendwo zwischen Henry Dunant und Albert Schweitzer, gehörte in diese Kategorie. Das ist insofern speziell, als er zeitlebens aneckte. Die fünf Spitäler, die Richner im zerstörten Kambodscha aufbaute, kollidierten mit der gängigen Dritte-Welt-Doktrin. Man warf ihm Luxusmedizin vor, chaotische Finanzen und Selbstherrlichkeit. Richner blieb stur auf Kurs. Der Erfolg gab ihm Recht. Mit einem Jahresbudget von bloss 42 Millionen Franken behandelten – notabene nach schweizerischem Medizinstandard – die Kantha-Bopha-Spitäler in 25 Jahren 18 Millionen Kinder, denen sonst kaum jemand geholfen hätte.

Tatsächlich war Richner ein hoch politischer Mensch. Er brachte dies erstmals im August 1969 richtig zur Geltung, als der damalige Medizinstudent im Zürcher Fraumünster ein Jahr nach dem Sowjeteinmarsch in Prag eine Brandrede gegen den



Lebte die Ideale: Kinderarzt Richner.

Kommunismus und für die individuelle Freiheit hielt. Als Antithese zur staatlich aufoktroierten Solidarität plädierte er für eine «Force humanitaire», die auf private Initiative

baut. Bei den «Progressiven», die an der Uni den Ton angaben, löste sein Plädoyer einen Sturm der Empörung aus. Richner wurde darauf aus dem Studentenrat gemobbt. Es beeindruckte ihn nicht.

Stärker als hunderttausend Worte

Beat Richner war ein enger Freund unserer Familie. Sein Engagement habe ich von klein auf aus der Nähe miterlebt, er hat meine Einstellung zur Entwicklungshilfe geprägt. Dabei spielte er lieber Cello, als über Politik zu reden. Doch genau das gab ihm die Kraft, alle Widrigkeiten zu überwinden: Richner predigte seine Ideale nicht, er lebte sie und orientierte sich stets an dem, was ist (und nicht an dem, was sein sollte). Er war ein Mann der Tat, der allerdings genau wusste, was er tat. Das verschaffte ihm Respekt jenseits aller ideologischen Gräben.

Anfang 2017 erkrankte Beat Richner und verlor zusehends jede Erinnerung. Der leise Abgang passt zum Lebenswerk dieses Mannes, der sich selber nie in den Mittelpunkt stellte. Was er hinterlässt, ist stärker als hunderttausend Worte. *Alex Baur*

Läderach's Life

Schon über 40 000 Unternehmen vertrauen Swiss Life bei der beruflichen Vorsorge.

Unsere Rezepte sind zwar nicht so süss wie jene von Läderach Chocolatier Suisse, aber genauso vielfältig. Denn wir bieten Unternehmen das volle BVG-Sortiment: von der Vollversicherung mit einer 100%-Garantie bis hin zu verschiedenen Lösungen in der Teilautonomie. Auch in Zukunft. Wählen Sie, was zu Ihrer Firma passt, und ermöglichen Sie sich und Ihren Mitarbeitenden eine sichere und selbstbestimmte Zukunft. [swisslife.ch/business](https://www.swisslife.ch/business)

SwissLife 

Die überempfindliche Frau

Von Antje Joel — Hypersensibilität ist in. Wer heute kein Leiden vorweisen kann, muss schon ein Mann sein oder wenigstens ein grober Mensch. Das Ergebnis: ein zutiefst intoleranter Zeitgeist und Menschen, die sich gegenseitig nicht ertragen.



Können Sie mir die Pommes fettfrei frittieren?

Meine Freundin ist eine Erbsenzählerin. Nicht etwa nur im übertragenen Sinne. Sondern, viel schlimmer, auch tatsächlich. Neulich zum Beispiel sassen wir im Restaurant, und sie rief die Kellnerin zu sich und klagte: «Ich habe doch ausdrücklich um den Gemüsereis ohne die Erbsen gebeten. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich unter Erbsenintoleranz leide! Und nun sehen Sie...», und sie schob mit der Gabel den Reis auf ihrem Teller auseinander und begann zu zählen, «...hier sind immer noch eine, zwei, drei, vier – ganze fünf Erbsen!». Oh, Scham! Ich wäre gern im Erdboden versunken.

Ich meine, «Erbsenintoleranz», was soll das sein? So etwas wie eine «Erbsenallergie für Arme»? Für Leute, die gern Mitglied im Klub der Allergiker wären, am besten gleich richtig, mit immer mal wieder Notarzt, Blaulicht und Tatütata. Is' aber nich'. Alles, was der Körper zustande bringt, ist ein bisschen Magengrummeln und – bestenfalls – Gefurze. Verflucht! Man kann also nicht direkt behaupten, man habe eine Allergie. Aber schon, irgendwie. Man ist immerhin schon mal intolerant. Verdrückt man die versehentlich noch im Gemüsereis versteckten fünf Erbsen, muss vielleicht noch nicht der Notarzt kommen. Aber es zwickt einen was, und man muss furzen! Das ist besser als gar kein Leiden!

Sensible Seelen

Tut mir leid! Ich habe vergessen, diesem Text eine Warnung voranzustellen: «Achtung! Dieser Text enthält Überlegungen, die den einen oder anderen Leser verstören oder verletzen könnten.» Ich meine: Die Menschen wollen immer leichter verstört und verletzt sein. Warnungen dieser Art sind darum beispielsweise längst für jeden noch so alltägli-

Wir werden immer dünnhäutiger und gleichzeitig immer dickfelliger.

chen Filminhalt gang und gäbe. Die BBC warnte ihre Zuschauer kürzlich vor einem Naturfilm, in dem – Schockschwerenot, wie soll man damit leben?! – ein paar Löwen eine Antilope fressen. Warnungen dieser Art werden gewiss bald auch über Zeitungstexten obligatorisch sein. Ich greife dem hier gern vor, wenn auch zwei Absätze zu spät. Immer im Dienst der sensiblen Seelen.

Man liest, wie Soziologen und Pädagogen über die «Generation der Schneeflocken» spekulieren: Junge Leute, um die Jahrtausendwende geboren, die in ihrer Kindheit von den Eltern zu wichtig genommen, zu behütet worden seien. Und die darum zu einer dünnhäutigen Armee von Nervensägen herangewachsen seien. Da denke ich: Schön wär's! Wenn diese Entwicklung nur eine Generation von Menschen beträfe. Tatsächlich scheinen wir durch die Bank von dieser neuen Mega-Empfindlichkeit befallen. Dies gepaart mit dem Anspruch, dass bitte jeder mit uns zu leiden hat und – wichtiger noch – sich mit uns über das widerfahrene Unrecht empören muss. In einem Supermarkt hielt neulich ein Angestellter eine Mutter an, die mit ihrem autistischen Kind und dessen offiziellem Begleithund den Markt betreten hatte. «Tut mir leid», sagte der Mann, «Hunde sind hier nicht erlaubt.» Die Mutter wusste es besser. Der Supermarktangestellte hielt an seiner (irrigen) Meinung fest: «Begleithunde sind keine Ausnahme!» Mutter, Kind und der Hund mussten den Markt verlassen. Zwei Tage später stand's gross in der Zeitung. Und auch, dass der Marktleiter im Besonderen und die Supermarktkette als Ganzes sich bereits aufrichtig bei den Betroffenen für ihren Fehler entschuldigt hatten. Komplet mit Warengutschein und Teddy. Die Mutter lehnte empört ab und drohte Klage an. Ich nehme an, ihre Chancen auf eine geldwerte Genugtuung stehen nicht schlecht. Und ist es jetzt falsch von mir, zu denken: Mensch, komm auf den Teppich! Da hat einer einen Fehler gemacht. Es tut ihm leid. Er hat sich entschuldigt. Das ist mehr, als die meisten von uns mittlerweile zustande bringen.

Wir werden immer dünnhäutiger und gleichzeitig immer dickfelliger. Wie geht das zusammen? Sieht so aus, als müssten wir, er-

satzweise, für den ganz grossen Scheiss in der Welt, der uns offenbar schon lange kaltlässt oder auch nur hilflos macht, jetzt um jeden Pipifax einen Hermann machen.

Begehrtswert empfindlich

Jeder Fünfte leidet mittlerweile an «Hyper-sensibilität», zwanzig Prozent der Bevölkerung. Es werden immer mehr, sagen Psychologen. Liegt's vielleicht daran, dass sich ein paar der Anzeichen (oft in Frageform wiedergegeben) lesen wie eine «Liste von Symptomen, die jeder gern hätte»?

1. Hast du ein reichhaltiges, komplexes Innenleben?
2. Berühren dich Musik und andere Künste tief?
3. Bist du sehr gewissenhaft?
4. Hast du ein feines Gespür für Musik, Kunstwerke, Einrichtung?

Ich musste diese gesteigerte Bereitschaft zur Sensibilität bereits mehrfach am eigenen Leib erfahren, nicht nur an der Seite der erbsenzählenden K. Hier zwei Beispiele, wie ich in jüngster Vergangenheit Mitmenschen unwillentlich verstört und verletzt habe: A) Indem ich einer Dame auf Ebay-Kleinanzeigen zwanzig Euro weniger als den von ihr geforderten Verkaufspreis bot. Die Anbieterin schrieb zurück: «Sie haben mich massiv beleidigt! Vergessen Sie's, Sie dürfen jetzt GAR NICHTS mehr von mir kaufen!» B) Als beim Picknick im Park der Hund einer fremden Dame über mein Sandwich schleckte und ich zu dem Hund sagte: «He!», und ihn zur Seite schob. «Schlagen Sie meinen Hund nicht!», schrie die Dame. «Ich habe ihn nicht geschlagen. Ich habe ihn weggeschoben», sagte ich überrascht. «Dann schieben Sie ihn nicht weg!», zischte die Dame. «Er hat an

meinem Sandwich geschleckt!» – «Hat er's gefressen?» Hatte er nicht. «Na, also!», blaffte die Dame. Um ein Haar hätte ich mich bei ihrem Hund entschuldigt.

K. hat sich mittlerweile auf ihre Erbsenintoleranz hin testen lassen. Wo und von wem genau, damit rückt sie nicht heraus. Auf mein interessiertes Immer-mal-wieder-Nachbohren schnappt sie: «Kannst du es jetzt bitte lassen!» Es ist ja auch wirklich nicht wichtig. «Nahrungsmittel-Intoleranz-Tests» werden mittlerweile von jeder Drogerie und jedem seriösen Internet-Jahrmarktbuden-Besitzer angeboten. Was allein zählt, ist: K. «reagiert!» «Und nicht nur auf Erbsen!», sagt sie stolz. Auch auf Brot, Kuchen, Pommes und ein paar andere alltägliche Dinge, von denen ich die meisten vergessen habe. Gluten gehört auf jeden Fall dazu. Gluten «macht was» mit K. Was, kann sie nicht genau sagen. «Nein, es ist nicht akut lebensbedrohlich», knurrt K. und rollt, entnervt von meiner Fragerei, mit den Augen. «Du leidest also nicht an Zöliakie?», frage ich. «An was?», fragt K.

Probleme der Gluten-Abstinenzler

Die Zöliakie ist eine echte Allergie und eine Autoimmunerkrankung des Magen-Darm-Traktes, ausgelöst durch eine Glutenunverträglichkeit. Sie geht oft einher mit einer weitgehenden Zerstörung der Zellen der Dünndarmschleimhaut. Symptome sind unter anderem Durchfall, Erbrechen, Gewichtsverlust, Appetitlosigkeit, Müdigkeit und Depression. Kinder mit Zöliakie gedeihen schlecht. Unbehandelt kann die Zöliakie zu Darm- und Lymphdrüsenkrebs führen. Ihre Ursachen sind derzeit nicht behandelbar, nur die Symptome: und zwar ausschliesslich mit glutenfreier Ernährung. Etwa 1 Prozent der Bevölkerung leidet an Zöliakie. >>>



**VAPING
MADE
EASY.**

Logic Pro: die clevere E-Zigarette mit austauschbaren Kapseln.

Verfügbar bei kiosk, avec, Press & Books und weiteren.

logicvapes.com



18+ Dieses Produkt enthält Nikotin.



It's that simple.

Wer nicht an ihr leidet, dem bringt die glutenfreie Ernährung keinen nachweisbaren Vorteil. Im Gegenteil: Wissenschaftler konnten im Blut der Gluten-Abstinenzler höhere Schwermetallwerte nachweisen. Als Hauptgrund vermuteten die Forscher den (ersatzweise) erhöhten Fischkonsum. Und den geringeren Protein- und Schwefelanteil einer glutenfreien Diät. Denn schwefelhaltige Aminosäuren sind wiederum nötig, um Schwermetalle zu binden. Und die Verwendung von glutenfreiem Shampoo ist nicht mal für die an Zöliakie Erkrankten vonnöten: Forscher konnten beweisen, dass, ausser über offene Wunden, die Haut kein Gluten aufnehmen kann.

Auch die Männer

Dieser Faktenschnickschnack natürlich nur am Rande. Und nicht ohne allfällige Warnung, Sie wissen schon: «Diese Forschungsergebnisse könnten einige Leser verstören oder verletzen. Oder auch nur verärgern.»

Seit ihrem Test meidet K. also umständlich Brot, Kuchen, Erbsen, Pommes, die paar anderen Dinge und, versteht sich von selbst, Gluten. Ins Café bringt sie jeweils ihr eigenes Fläschchen mit Sojamilch mit, und wenn sie es, was vorkommt, vergessen hat und sie die Kellnerin nach Sojamilch für ihren Kaffee fragen muss und die Kellnerin verständnislos den Kopf schüttelt, dann runzelt K. die Stirn und knurrt laut: «Was ist denn das für ein Café!» Beim Studium der Speisekarte zitiert K. die Kellnerin zu sich und fragt bei jedem einzelnen Gericht: «Enthält es Brot? Oder Kuchen? Können Sie mir die Pommes fettfrei frittieren?» Und den Gemüsereis mit den

Wäre ich ein Mann, der sich mit K. auf ein Date verirrt hat, ich würde schnell weit weg laufen.

jungen Erbsen hätte sie gern ohne die Erbsen! Die Kellnerin schaut dann jeweils so, dass ich aufstehen und sie in den Arm nehmen möchte. Und vielleicht tue ich das ja eines Tages auch. Und dann sind wir dicke Freundinnen, die Kellnerin und ich. Und K. kann sehen, wo sie bleibt.

Ausnahmen von ihrer strikten Ausschlussdiät macht K. nur, wenn sie wirklich sehr, sehr hungrig ist. Und auch dann nur unter grösstem persönlichem Opfer. «Dafür werde ich morgen bitter bezahlen!», klagt K., wenn sie, vom Hunger gedrungen, vor der Riesenportion Pommes frites oder dem Stück Sahnetorte sitzt. Die meisten Restaurants suchen wir ausschliesslich auf, weil K. sehr hungrig ist. So schrecklich hungrig, dass sie nicht eine Minute länger warten kann. Es ist bei 99,9 Prozent unserer Treffen der erste Satz, den K. sagt: «Ich bin sooo huu-

ungrig!» Und dann müssen wir essen gehen. Sofort und gleich! Und die 0,01 Restprozent räume ich ihr hier nur ein, um ihr nicht komplett unrecht zu tun. Das macht man so, als nachsichtiger Mensch. Verdient, hat sie diese 0,01 Prozent natürlich nicht. Manchmal denke ich bei unseren Treffen etwas ganz und gar Unerhörtes, nämlich: Wäre ich ein Mann, der sich mit K. auf ein Date verirrt hat, ich würde so schnell und so weit laufen, wie meine Beine mich bitte, bitte tragen! Aber das ist natürlich Quatsch. Weil: Psychologische Studien haben ergeben, dass Männer ebenso oft ebenso empfindlich sind wie die Frauen. Sie gäben es nur nicht ebenso gerne zu.

Natürlich kann K. nichts für den Terror, den sie in den Restaurants und in meinem Kopf verbreitet. Sie hat nicht nur diese schwere Nahrungsmittelintoleranz. Sie muss auch darauf achten, regelmässig zu essen. «Sonst kriege ich Probleme.» Ich glaube, eigentlich meint sie: «Sonst kriegst du, sonst kriegt ihr alle Probleme!» Beides ist für von Intoleranz Betroffene schwer zu trennen. Einmal erzählte ich K. in so einem Moment von einem Ferienerlebnis in meiner Jugend, zwei Wochen in einer Jugendherberge im deutschen Norden. Ich war zwölf und hatte keine Lust auf den Abwaschdienst. Ich dachte: Verflucht, ich brauche eine Allergie! Aber welche? Die Schüsseln, Teller, Kannen waren alle aus Metall. Das Besteck und die Töpfe sowieso. Damit essen wollte ich. Nur sie eben nicht nach dem Essen abwaschen (und abtrocknen) müssen. Also sagte ich damals: «Ich bin allergisch auf nasses Metall!» Und jetzt, zu K.: «Ich finde es bis heute unfassbar, dass mir dieser Coup gelang.» Sie sprach dann erst mal nicht mehr mit mir. Bis wir das nächste Restaurant erreicht hatten.

Mit Allergien spast man nicht. Ich nehme an, darum bekam ich schliesslich wirklich eine. Spät, mit 45, aber immerhin. Mit Atemnot, Notarzt, dem ganzen Anaphylaktischer-Schock-Gerede. Das erste Mal: nach einer banalen Medikamenteneinnahme. Das zweite Mal: nach der Einnahme eines verwandten Medikaments. Die Apothekerin hatte zuvor versichert: «Mit dem kann Ihnen nichts passieren.» Später entschuldigte sie sich, ordentlich erschrocken. Sie hatte einen Fehler gemacht. Kann passieren.

Adrenalin für Wichtigtuer

Einmal glaubte ich auch, ich hätte eine Cashewnuss-Allergie. Fing an, wie alle Allergien anfangen, so oder ähnlich: Mir juckten und tränten die Augen, mein Herz raste und geriet ein paarmal ins Stolpern, meine Nase schwoll zu, das Atmen fiel schwer, und ich krächzte mit Tom Waits' Stimme. Die Adrenalin-Notfallspritze, die ich für den Fall der Fälle auf hochärztlichen Rat seit dem Medi-

kamentenvorfall immer und überall bei mir tragen soll, und die ich darum regelmässig zu Hause und überall vergesse, lag weit weg, im Bad. Und ich fürchtete auch, wenn ich jetzt losliefe, um sie zu holen und sie mir in den Muskel zu rammen, wäre das möglicherweise nur eine Überreaktion auf die Überreaktionen meines Immunsystems. Nur ein weiteres Glied in einer Kette von Lächerlichkeiten.

Mit Allergien spast man nicht. Ich nehme an, darum bekam ich schliesslich wirklich eine.

Fügte ich es ihr hinzu, wäre ich nicht nur ein Teil des Problems. Ich arbeitete ihm auch noch aktiv zu. Immerhin: Zeit, das alles zu überdenken, hatte ich noch! Womöglich hätte ich sogar noch laufen können.

Ich sackte also gegen die Küchenwand und tat, was sich – so steht es auf den T-Shirts – im Fall eines plötzlichen Anfalls von Arbeitswut empfiehlt zu tun: reglos abwarten, bis die Attacke vorüber ist. Und weil auch im Grunde meines Herzens vielleicht nicht nur ein Pragmatiker, sondern auch ein hypersensibler Dramatiker haust, sah ich mit rasselndem Atem und rasendem Herzen aus dem Fenster, auf das Sommergrün und meine grasenden Pferde, und dachte: «Das also ist das Letzte, was du von der Welt siehst! Wie schön.» Und dann dauerte es nicht mehr lange, und der Anfall war vorbei. Kann man auch mal auf T-Shirts drucken: «Adrenalin ist für Wichtigtuer!» Aber natürlich kann man daraus nichts ableiten. Höchstens manchmal.

«Enthält 16 Prozent Cashews!»

Natürlich verzichtete ich von diesem Tag an auf Cashews. Und auf alles, was Cashews enthielt. Oder enthalten könnte. Das fiel mir nicht leicht. Aber ich empfand auch so ein kleines Gefühl der Erhabenheit, wenn ich beim Bestellen im Asia-Restaurant jetzt mit dringlicher Stimme und Blick auf meine Begleiterin sagen konnte: «Bitte machen Sie keine Cashews ins Essen! Sonst sterbe ich!» Ich starb nicht. Meine ganzen zwei Cashew-abstinenten Jahre nicht. Ich starb auch nicht, als ich neulich mal wieder Basilikumpesto auf Mozzarella ass. Ich sass Pesto schmausend am Küchentisch, als meine Tochter laut die Zutatenliste auf der Verpackung las: «Enthält 16 Prozent Cashews!» Und, was soll ich sagen, da war nichts. Kein Herzrasen. Keine Atemnot. Ganz ohne Adrenalin.

«Das ist die Strafe dafür, dass du dich über mich lustig machst!», rief die Erbsenzählerin erfreut. Ich dachte: Woran und worunter auch immer sie leidet, hochsensibel ist sie auf keinen Fall.



Die andere Sicht

Roger Köppel im Gespräch mit Kurt Fluri über die brisanten Themen des Monats

Donnerstag, 20. September 2018

Ort: Landhaus, Landhausquai 4, 4500 Solothurn

Beginn: 19.00 Uhr, Türöffnung: 18.00 Uhr

Anmeldung bis 18. September erforderlich an:

ontheroad.fluri@weltwoche.ch

Sie erhalten als Einlass-Ticket eine Bestätigung per E-Mail
(beschränkte Teilnehmerzahl).



Bankkredite gab es schneller als einen Parkplatz in der Innenstadt: Müssiggang im Athener Stadtteil Plaka.

Essay der Woche

Das Genom der griechischen Krise

Von Michael Bahnerth — Nach zehn Jahren am Tropf und Gängelband der EU ist Griechenland in die Freiheit entlassen worden. Regierungschef Alexis Tsipras verkündet das Ende einer modernen Odyssee. Die Tragödie geht weiter.

Wenn die Nacht sich über Athen legt dieser Tage, wenn um den Omonia-Platz, den Platz der Einheit und der letzten Zuflucht für Verlierer, Verlorene und Versager, die Rollläden der Arme-Leute-Geschäfte heruntergelassen sind, die Polizei sich in Stellung bringt, die Dealer das Licht der Süchtigen werden, wenn Prostituierte sich für 15 Euro aus Sicherheitsgründen vor dem Polizeiposten feilbieten, wenn gestrandete Migranten in Hauseingängen ein Nachtlager suchen und sich mit den griechischen Obdachlosen um die besten Plätze keilen, wenn es zu den ersten Messerstechereien kommt, bescheinen tausend Scheinwerfer die Akropolis über den Dächern der Stadt und lassen sie scheinen, als ob Griechenland noch immer das Heimatland der Götter und der Helden wäre.

Wenn man Griechenland von weitem betrachtet – von oben oder wie die Wohlhabenden von der Jacht aus –, erinnert es an vielen Orten immer noch an den Versuch eines Gottes, sonnenbeschiedene Anmut zu schaffen. Es war lange eine fruchtbare Erde für die Hände und das Hirn der Menschen, die sie sich untertan machten, und sie vollbrachten Unvergessliches, aber wahrscheinlich war es so, dass Ab-

fall auch damals in der Antike schon stank und ein ramponierter Thrakier vielleicht oder von Dionysos Heimgesuchte in den Gassen penneten und an Hausmauern pinkelten.

Erfolgreiche Albaner

Die Akropolis tagsüber ist nicht schön. Wenn die Sonne auf sie niederbrennt, sieht sie so ramponiert aus wie die abgehängten Quartiere an den Stadträndern von Athen oder Thessaloniki, wo die Krise des Landes zu Hause ist, die Migranten, die Neonazis, die Hoffnungslosen, der Schmutz, die Supermärkte mit den Regalen der verbilligten, weil abgelaufenen Waren. Die griechische Krise war immer eine, die in den Städten zu Hause war und nur in abgeschwächter Form die Inseln heimsuchte. Tagsüber ist die Akropolis wie ein Patient, der eine Prothese nach der andern braucht, um nicht einzuknicken. Der Patient Griechenland wurde jetzt vor gut drei Wochen nach acht Jahren als halbwegs geheilt, aber mit unsicherer Prognose aus dem EU-IWF-Spital entlassen, einem Spital, das für viele Griechen die Krankenstation eines Gefängnisses war.

Der griechische Staat darf seit dem 20. August wieder ein wenig frei sein, aber es ist eine

Freiheit mit Brüsseler Fussfesseln. Sein Weg zurück in eine Souveränität mit gelockerter Vormundschaft und hin zum Stolz ist keiner mit Siebenmeilenstiefeln. Es ist einer auf wackligen Beinen, die sich nur noch erinnern können, wie leicht das Gehen einst ging. Es gibt zwar kleine Anzeichen der Besserung. Die Geburtenrate steigt leicht, jene der Selbstmorde geht zurück, und die Griechen essen wieder häufiger in Restaurants und sind wieder grossspuriger. Die letzte Kredittranche von 15 Milliarden Euro hat das Land als Abschiedsgeschenk von den einstigen Kolonisatoren, wie einige Griechen das Konstrukt der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds nannten, erhalten, plus ein wenig Aufschub, was das Begleichen der Zinsen und das teilweise Rückzahlen der insgesamt 270 Milliarden Euro-Kredite anbelangt. Aber bis 2060 wird die Urmutter Europas mit Rückzahlungen beschäftigt sein; Griechenlands Weg in die Anständigkeit wohlgeordneter und fleissiger Staaten erscheint weniger wie ein langsamer Heilungsprozess als wie eine unendliche Agonie. Und dann kann man ja immer noch jederzeit über seine eigenen Füße stolpern.

Die heute lebenden Generationen von Griechen kommen einem gelegentlich vor, als ob sie sich immer noch ausruhen von den monumentalen Errungenschaften ihrer Ahnen. So in der Art: «Wir haben die Zivilisation erfunden. Also gebt uns Geld, und lasst uns in Ruhe.» Kein anderes Volk in Europa verbringt so viel Zeit in den Cafés, und ein Grieche betrachtet es als Grundrecht, zweimal täglich eine Stunde lang ungestört einen Kaffee zu trinken, zu palavern und alles besser zu wissen. Das war ja schon immer so, und als die EU zwischen 2000 und 2010 Geld in den gierigen griechischen Schlund stopfte, ging das auch prima, weil die Griechen für ein bisschen Kohle die Albaner die harte Arbeit machen liessen. Inzwischen sind die Albaner sehr erfolgreich und die Griechen ein wenig sauer auf sie.

Letzter Tag der Party

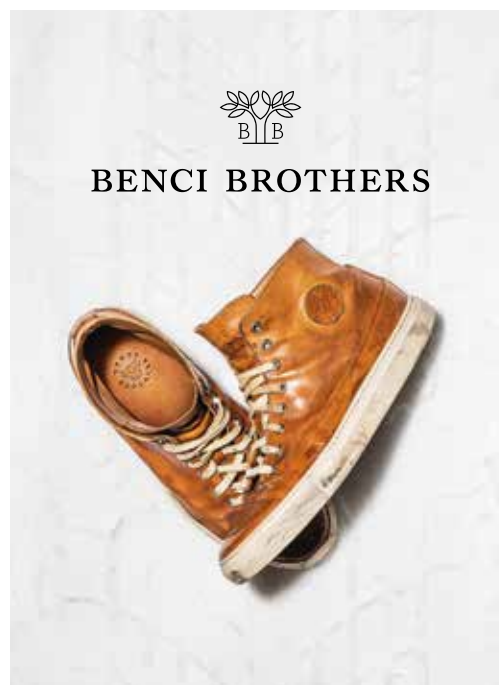
Die letzte Zuflucht der Tagediebe ist inzwischen dazu verpflichtet und verdammt worden, das Unmögliche zu schaffen. In den nächsten 42 Jahren muss das Land Primärüberschüsse erzielen, also unabhängig von neuer Kreditaufnahme und Zinszahlungen mehr einnehmen als ausgeben. Es ist eine weltfremde Bewährungsauflage der EU: Noch keinem Staat ist so was je gelungen, und gelänge es Griechenland, diesem Land mit grossartigem Hang zur Verschwendung, würde es Finanzgeschichte schreiben. Aber wie soll das gehen, wenn einem das Herkules-Gen schon vor langer Zeit verkümmert ist?

Am 23. April 2010, einem Freitag, war Griechenland am Anfang seines Endes. Auf der Insel Kastelorizo sagte der damalige Premier Papandreou, dass Griechenland bankrott sei. Per sofort. Die meisten Griechen bekamen das nicht per sofort mit. Griechenland feierte damals eine inoffizielle Viertageswoche, und am Freitag verliessen die Griechen am späten Vormittag das Haus, stiegen in ein geleastes, mindestens solides Auto der Mittelklasse, steckten mehrere Kreditkarten ein, fuhren dorthin, wo es etwas zu kaufen gab, luden das Auto voll und dachten, das sei alles normal.

Sie wussten noch nicht, dass sie den letzten Tag einer zehn Jahre dauernden Party feierten, in denen Männer so getan hatten, als ob sie Onassis wären und Frauen Jackie O., in denen Beamte mit ein bisschen Hirn, Bauern mit Schläue und Tavernenbesitzer mit Talent schon längst einen EU-Sonderfonds in Anspruch genommen und mit ein paar Trickereien genug Geld bekommen hatten, um sich zu 100 Prozent etwa ein Hotel finanzieren zu lassen. Wer zur Bank ging und einen Kredit wollte, bekam diesen schneller als in Athens Innenstadt einen Parkplatz, und weil man Autos leasen konnte, bei denen die erste Rate erst zwei Jahre nach Unterschrift fällig wurde, legten sich griechische Männer in ihrem Wahn, grösser zu sein als ein durchschnittlicher Halbgott von früher, am liebsten Porsche Cayenne zu.

Als die Griechen zur Kenntnis nehmen mussten, dass ein Leben auf Pump irgendwann jeden pleite macht, wurden sie wütend. Auf alles ausser sich selbst. Auf Schäuble, auf Merkel, auf Europa, auf die USA und vor allem auf die eigene Regierung der Nia Dimokratia unter Antonis Samaras, die ihnen alles eingebracht hatte. Die Griechen dachten noch, das mit der Rettung sei so sanft wie ein Sommerwind in der Ägäis, und taten ein bisschen was, um den Schein zu wahren. Die Verwaltung ging etwa mit grossem Tamtam daran, Swimmingpools zu versteuern, nur wusste die Verwaltung nicht, wie viele Pools es überhaupt gab. Die Armee flog dann mit ihren Helikoptern über das Land und zählte, was die meisten Griechen mit einer Arschbombe in ihr Bassin quittierten, das sie fortan mit einem militärischen Tarnnetz unsichtbar machten.

Als Europa immer unerbittlicher wurde und sämtliche griechischen Konten und wesentli-



chen Kontore führte und es der Mittelschicht an den Kragen ging – das war zu der Zeit, als man etwa in Krankenhäusern für saubere Laken oder zeitnahe Röntgen selbst bezahlen musste –, gingen sie mit ihrer Wut auf die Strasse und wählten jenen Linken, der ihnen zwar nicht ein Leben mit goldenem Löffel versprach, aber doch, dass es stets und immer mindestens Tsatsiki für alle geben würde: Sie wählten Alexis Tspiras und seine Linkspartei Syriza. Die Reichen hatten da längst ihr Geld in Sicherheit gebracht.

Am 20. August 2018, einem Dienstag, acht Jahre nach dem Ende der Party und, nur nebenbei, vier Monate nach dem grossangelegten Novartis-Bestechungsskandal, als Tsipras auf Ithaka vom Ende der modernen griechischen Odyssee sprach und von einem Tag der Erlösung, war das Land immer noch am Beginn sei-

nes Endes und Tsipras längst auch nur ein Politiker, der nicht hält, was er verspricht, während die Griechen dafür die Zeche zahlen mussten. Sie hatten sich widerwillig damit abgefunden, dass man seine Existenz in Europa generell mit Arbeit erwirtschaftet, dass eine halbe Stunde Kaffeetrinken zweimal am Tag genügen muss, dass man nicht nach zwanzig Dienstjahren in den Ruhestand kann, dass auch kleine Autos ans Ziel führen, dass man keine Rolex braucht, um zu wissen, wie spät es ist, und die zweitteuerste Ray Ban auch gegen die Sonne hilft.

Die Regierung Tsipras hatte nach dem Sommeramtamt 2015, als Varoufakis einige Mechanismen der EU blossstellte und erfolglos einen Schuldenschnitt forderte, ein paar zusätzliche Geldeinnahmequellen geschaffen. Nicht freiwillig, sondern auf Druck der EU.

Eine war beispielsweise, dass in Tavernen Kontrollen eingeführt wurden, damit weniger Leute schwarz beschäftigt würden. Es gab rückwirkende Grundstückssteuern und eine Verordnung, dass auf Tavernentischen Olivenöl nur noch in Fläschchen mit verschliessbarem Deckel stehen dürfe. Und für alles gab es plötzlich Kassenzettel, und was den meisten Griechen am meisten aufstiess, war, dass alles tatsächlich kontrolliert wurde, Verstösse mit hohen Bussen belegt wurden, anstatt wie früher mit einem kleinen Fakelaki, einem Umschlag mit Geld drin, moderat aus der Welt geschafft zu werden.

Melange aus Alexis Zorbas und Bundesrat

Am vergangenen Samstag sprach Tsipras wieder, diesmal in Thessaloniki, es war seine jährliche Rede an die Nation, die erste pragmatische, seit Griechenland in die Halbfreiheit entlassen worden war. Sie war eine Melange aus Alexis Zorbas und einem Schweizer Bundesrat mit vorauseilendem Gehorsam. Man habe 24 Milliarden Euro auf der Seite, von daher alles kein Problem. So versprach er allen das, was sie hören wollten. Dem Volk die üblichen höheren Löhne und Renten und niedrigere Steuern, und Europa, dass er entschlossen sei, das mit den Gläubigern Vereinbarte einzuhalten. Die Arbeitslosigkeit solle fallen, die griechische Wirtschaft, die nicht viel mehr ist als Tourismus und Reedereibusiness, seit die profitablen Zweige wie Häfen, Flughäfen, Telekommunikationsunternehmen und Baugewerbe den Chinesen oder den Deutschen gehören, wachse um 2,5 Prozent, und das sei ein Wert, den nur Griechen könnten. Draussen demonstrierten Gewerkschaften trotzdem oder vorsorglich gegen die Sparpolitik, und ein paar Nationalisten forderten brachial den Namen «Mazedonien» zurück.

Da ist, so scheint es, nur das Licht der Ägäis, das in Griechenland scheint, und jenes der Akropolis nachts. Griechen können keine Konten führen, das stimmt, aber sie können leben und überleben auch. Das ist unbezahlbar.

Auf die Kuh gekommen

Von Hubert Mooser — Was haben Swiss-Life-Präsident Rolf Dörig, Autoimporteur Walter Frey und der Bankier Thomas Matter gemeinsam? Sie halten sich Kampfkühe wie andere Rennpferde.

Mit ihm fing alles an: Toni Brunner, langjähriger Präsident der SVP Schweiz, Nationalrat aus dem Toggenburg. Er hätte Bundesrat werden können, aber Brunner pflegte eine andere Passion: Eringerkühe aus dem Wallis. Die Rasse verdankt ihren Namen einem südlichen Seitental bei Sitten, dem Eringertal (Val d'Hérens). Die Tiere sehen mit ihren breiten Schädeln gefährlicher aus, als sie tatsächlich sind.

Gegenüber Menschen seien sie zahm, sagen die Züchter. Was Eringerkühe allerdings nicht ausstehen können, sind andere Eringerkühe. Jeweils im Frühsommer auf der Alp kämpfen sie ihre Rangordnung aus.

Auf diese Kuhrasse fährt Toni Brunner seit einigen Jahren ab. Und wie. Seine erste Eringer, «Taifun», kaufte er vom Oberwalliser Züchter Oswald Andres aus Ergisch, im Oberwallis erste Adresse für Spitzentiere. Das zweite Tier, «Venise», aus dem Stall des Gemeindepräsidenten von Raron, Reinhard Imboden, schenkte ihm alt Bundesrat Christoph Blocher, als Brunner 2016 als Parteichef zurücktrat. Beide Tiere haben bei Kuhkämpfen Rangierungen erreicht – worauf Brunner besonders stolz ist.

Brunner weibelt

Wo immer man ihm seither über den Weg lief, ob in der Wandelhalle des Bundeshauses während der Sessionen oder auf der Strasse zwischen zwei Terminen, stets zückte er sein Handy und präsentierte die Bilder seiner Kampfkühe. Und es ging nicht lange, bis sich andere SVP-Politiker von Brunners Eringer-Begeisterung anstecken liessen. Inzwischen hat er fast die halbe SVP-Fraktion des



Zum Geburtstag: Nationalrätin Sollberger.

Bundesparlamentes zum Kauf eines Tieres überredet – allen voran Fraktionschef Thomas Aeschi, der sonst mit Kuhhändeln nicht viel anfangen kann. Schon gar nicht mit jenen, die im politischen Alltag üblich sind, etwa bei der Beratung zur «Steuervorlage 17».

Damit diese umstrittene Vorlage mehrheitsfähig wird, will man die Mindereinnahmen, welche die öffentliche Hand wegen der Steuerreform erwartet, durch Mehreinnahmen in der gleichen Höhe zuhanden der AHV kompensieren. Aeschi bekämpft die Verknüpfung dieser zwei sachfremden Geschäfte, die in Bern als Kuhhandel für Furore sorgte. Privat hat der Zuger Unternehmensberater aber seit frühen Kindertagen ein Herz für Kühe. Er wollte als Primarschüler Bauer werden. Es blieb ein Kindertraum, Aeschi studierte Wirtschaft. Aber als ihm Brunner während einer Session bei einem Bier eröffnete, er sei dabei, in der Ostschweiz einen Zuchtverband für die Eringerrasse aufzubauen, ob er nicht mitmachen wolle, war Aeschi Feuer und Flamme. «Wir reisten zusammen ins Wallis, besuchten

Und was sagt man im Wallis dazu, dass sich «Üsserschiizer» ein Stück Walliser Kultur aneignen?

drei Züchter.» Danach war Aeschi stolzer Besitzer einer Eringerkuh mit dem Namen «Lulu».

Inzwischen besitzt Aeschi eine andere Kuh, «Nebraska», nachdem sich «Lulu» nicht nach Wunsch entwickelt hat. Zuerst gebar sie zwei Stierkälber, die als Rindsfilet auf dem Teller von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher endeten, danach wollte die Kuh partout nicht mehr trächtig werden, worauf sie das gleiche Schicksal ereilte wie die beiden Stierkälber.

Das Mitgliederverzeichnis des Verbandes Ostschweizer Freunde der Eringerrasse liest sich inzwischen wie ein Who is who der SVP. Eine Kampfkuh halten neben Brunner und Aeschi alt Bundesrat Christoph Blocher («Syrah»), Bankier Thomas Matter («Nevada»), Nationalrat Franz Grüter («Sissi»), der Präsident des Hauseigentümerverbandes Schweiz, Hans Egloff («Vicky»), der Aargauer Nationalrat Andreas Glarner («Viktoria») sowie Nationalrätin und Malermeisterin Sandra Sollberger («Mistral»). Wie kam die Baselbieter Nationalrätin zu ihrem Eringer? Die



Besonderer Stolz: Politiker Brunner mit

kraftvollen Kühe hätten sie immer schon fasziniert. «Weil ich vielleicht selber auch eine kleine Kampfkuh bin», gesteht sie mit einem Lächeln auf den Stockzähnen. Und dann bekam sie zu ihrem 43. Geburtstag von ihrer Familie prompt ein Eringerkalb geschenkt. Auch der Zürcher Nationalrat Alfred Heer gehört dem erlauchten Kreis an, als Sponsor von «Veielllette». Er sei bloss so etwas wie die Altersversicherung dieser Kuh, meint Heer. Er finanziere das Futter, damit sie noch ein paar Jahre leben dürfe und nicht ins Schlachthaus müsse.

Ureigenste Schweizer Kuhrasse

Dann sind da auch noch ein paar hochkarätige Unternehmer und Wirtschaftskapitäne, die der SVP nahestehen: der Verwaltungsratspräsident der Swiss-Life-Gruppe, Rolf Dörig, oder der Autoimporteur Walter Frey, das frühere Mitglied der Roche-Konzernleitung, Gottlieb A. Keller, sowie der Liechtensteiner Grossunternehmer Kaspar Hilti. Sie alle haben die Betreuung der Tiere dem gelernten Landwirt Toni Brunner anvertraut, der diese zur Sömmerung auf der Alp Guschg in Liechtenstein und der Alp Tschorr im Wallis untergebracht hat. Und was sagt man im Wallis dazu,



Eringerkuh «Taifun» und Freundin Esther Friedli.

dass sich «Üsserschwizzer» ein Stück Walliser Kultur aneignen?

«Das ist beste Werbung für diese Rinder- rasse und für den Kanton Wallis», sagt der kantonale Landwirtschaftsminister Christophe Darbellay, der sonst mit der SVP auf Kriegsfuss steht. Das sehen aber nicht alle so. Als Brunner vor drei Jahren «Taifun» erwarb und mit der Kuh vor den Parlamentswahlen 2015 bei einem Stechfest in Visperterminen

Heute, da überall Fernsehkameras lauern, gibt man sich etwas gesitteter.

antrat, zeigte CVP-Vertreter Beat Rieder Brunner die Hörner. Rieder befürchtete, Brunner wolle sich mit der Kuh auch politisch in Szene setzen, kaufte sich selber ebenfalls eine Kuh und trat mit ihr beim gleichen Kuhkampf an. «Ich bin gegen die Vereinnahmung von Traditionen durch einzelne Parteien. Wenn schon, passen die schwarzen Kühe ohnehin besser zur CVP als zur SVP», findet Rieder. Im Wallis nennt man die CVP-ler die «Schwarzen». Die Eringer seien eine ureigene Schweizer Kuhrasse, es gebe sie seit

über hundert Jahren im Wallis. «Das passt zur SVP», entgegnet Aeschi.

Symbol für das Wallis

Für das Wallis haben die Eringer aber noch eine ganz spezielle Bedeutung. Der Walliser Schriftsteller Maurice Chappaz schrieb einmal über diese Kühe: «In der Eringer- rasse findet sich das ganze Wallis.» Die Tiere sind klein, robust, stark, ausdauernd, stur und kämpferisch – eben so, wie sich die Walliser selber gerne sehen. Dass die Eringer auf der Alp im Frühsommer herausfinden wollen, welches die Leitkuh in der Herde ist, ist ihnen angeboren. Ethnologe Thomas Antoniotti, der die kulturelle Bedeutung der Eringerkühe studiert hat, spricht von einem Ritual mit gemeinschaftsbildender Kraft. «Im Kuhkampf hat das Wallis das stärkste Erinnerungszeichen seiner bäuerlichen Vergangenheit», so Antoniotti. Der Kampf dieser Kühe werde dem Kampf der Bergler gegen die Naturgewalten gleichgesetzt. Die Eringerkuh sei so zum Symbol des Wallis geworden.

Aber erst die Verlagerung der Kämpfe von der Alp ins Tal und die Aufmerksamkeit der Medien haben aus einem früher lokalen Ereignis einen regionalen, in der Zwischenzeit sogar einen nationalen Anlass für ein breites Pu-

blikum gemacht. Die wichtigsten Kuhkämpfe finden im Frühjahr statt – zuerst die regionalen Ausscheidungen und dann das grosse Finale in Aproz, wo die Königin erkoren wird. Früher bot die Rivalität der Züchter hinter den Kulissen zusätzliches Spektakel – etwa, wenn frustrierte Kuhhalter aufeinander losgingen. Heute, da überall Fernsehkameras lauern, gibt man sich etwas gesitteter. Es ging und geht aber immer noch um sehr viel Geld. Eine Königin ist gut und gerne 30 000 bis 45 000 Franken wert. Selbst für Kälber müssen Käufer bereits tief in die Tasche greifen.

Lange bevor die SVP-Notabeln mit den dicken Portemonnaies auf die Eringer-Kampfkühe kamen, beteiligten sich auch im Wallis nicht mehr bloss Bauern an den Stechfesten. Auch Advokaten, Architekten, Immobilienhändler und andere inszenierten sich mit den Eringern als Traditionsträgern, wie dies Ethnologe Antoniotti einmal beschrieben hat. Seit den neunziger Jahren berichtet auch das Schweizer Fernsehen über das Finale in Aproz. Dies brachte der Eringer- rasse noch mehr Aufmerksamkeit und neue Fans. So soll auch die Skirennfahrerin Lara Gut eine Kampfkuh besitzen, ebenso wie der russisch-französische Schauspieler Gérard Depardieu.

Es gibt heute Zuchtgemeinschaften im Berner Oberland, im Waadtland, in Freiburg – und dank Toni Brunner nun auch in der Ostschweiz. Und es finden auch Kuhkämpfe ausserhalb des Wallis statt. Nichts wiegt jedoch den Titel der Königin beim Finale in Aproz auf. 2015 gewann mit «Frégate» die Kuh eines Waadtländer Züchters, der das Tier von einem Walliser Züchter erworben hatte. Es ist wohl bloss eine Frage der Zeit, bis eines Tages eine Kuh aus Toni Brunners Stall in Aproz als stolze Königin vom Platze geht.

VALUES WORTH SHARING

**«Ich schätze
Vertrauen und
Loyalität –
genauso wie
die LGT.»**

Nina van Sprundel, LGT Kundin seit 2015



Private
Banking

lgt.ch/values

Gefallener Boulevard-Engel

Von Christoph Mörgeli

Man stelle sich vor: Die Westschweizer Zeitung *24 minutes* bittet den Zürcher Regierungsrat Ernst Stocker zweimal pro Monat um eine Kolumne. Er solle doch als «Stimme aus Zürich» den Romands in der Sicht der Deutschschweiz erklären, wie er die Politik beurteilt. Undenkbar? Tatsache ist: Der *Blick* hat den Genfer Regierungsrat Pierre Maudet gebeten, als «Stimme aus Genf» in der Deutschschweiz jede zweite Woche in einer Kolumne seine Sicht darzulegen. Das linke Boulevardblatt hat für den linken FDP-Mann vor Jahresfrist einen noch nie gesehenen Bundesratswahlkampf veranstaltet. Maudet wurde vom linken Teil des Parlaments geschlossen gewählt. Ohne SVP hätte der Freisinn heute ein Problem namens Bundesrat Maudet.

Nun ist der *Blick* ratlos. Sein Schützling, Liebling und Engel ist tief gefallen. Pierre Maudet hat zugegeben, die Öffentlichkeit schamlos belogen zu haben. Er liess sich mutmasslich für mehrere zehntausend Franken korrumpieren. Durch eine Luxusreise in die Emirate. Inklusiv Formel-1-Rennen. Inklusiv Frau, Kinder und Stabschef. Hätte Maudet den Trip selber bezahlen müssen, wäre er zu Hause geblieben.

Regierungspräsident Pierre Maudet war der mächtigste Genfer. Genf ist der Sehnsuchtsort aller reichen Araber. Sie alle suchen eine Dreissig-Zimmer-Villa am Lac Léman. Und ein Bankkonto auf einer Genfer Bank. Und das Genfer beziehungsweise Schweizer Bürgerrecht – mehrere Familienmitglieder von Osama Bin Laden besitzen es längst. Wenn der Mittlere Osten explodiert, wollen sich die Könige und Weisen aus dem Morgenland unverzüglich in Richtung Genf auf die Sandalen machen.

Auch internationale Organisationen, allerhand Diplomaten und Geschäftsleute machen Stadt und Kanton Genf korruptionsanfällig. Da erträgt es nicht den Schatten eines Schattens. Undenkbar, dass Pierre Maudet als Landammann von Appenzell-Innerrhoden nach der spendierten Fünffzigtausend-Franken-Reise zu einem Prinzen noch im Amt wäre. Noch klammert er sich verzweifelt an den Posten. Denn er ist seit dem 15. Altersjahr Politiker. Und hat nichts anderes gelernt. Der selbstbewusste Maudet fühlte sich nicht an Weisungen gebunden. Höchstens an Überweisungen. Nachdem er alle Welt belogen hat, belügt er sich auch noch selber. Der anfällige Pierre Maudet ist fällig. Wenn eine Hand die andere wäscht, ist meistens Schmierseife mit im Spiel.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Landwirtschaft: Zucker statt Peitsche

Von Peter Bodenmann — Raub-Ritter mit uralter Feinstaub-Dreckschleuder.



Statt Strukturwandel 20 Milliarden Kosten pro Jahr.

Wir haben in der Schweiz 50 000 Bauernbetriebe. Sie kosten uns – wenn sich Avenir Suisse nicht verrechnet hat – pro Jahr 20 Milliarden Franken. «Uns» heisst hier: den Steuerzahlern, den Konsumenten, den Unternehmen und der Umwelt. Das macht pro Betrieb und Jahr rund 400 000 Franken aus. Die Schweizer Landwirtschaft ist alles, nur nicht umweltfreundlich. Wir importieren Soja aus Brasilien, um dieses hier zu verfüttern. Deshalb haben wir zu viel Gülle. Zusätzlich verdreht die Landwirtschaft das Trinkwasser mit Pestiziden und Antibiotika.

Die hohen Lebensmittelpreise in der Schweiz belasten vorab die Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Grünen und die SP unterstützen unverständlicherweise die sogenannte Fair-Food-Initiative. Die weitere Abschottung würde die Preise und die Umweltbelastung noch mehr nach oben treiben. Ruedi Strahm liegt mit seiner Kritik richtig.

Eine neue Landwirtschaftspolitik braucht neue Ansätze. Wir müssen, ob wir das wollen oder nicht, die Bauern leider vergolden, damit sie sich ändern. Alles andere wird nicht funktionieren. Es braucht nicht die Peitsche von Avenir Suisse, sondern staatlichen Zucker.

Standbein 1: Die Nationalbank müsste für 100 Milliarden Franken – für läppische 15 Prozent ihres Volksvermögens – den landwirtschaftlichen Boden aufkaufen. So, wie das die Chinesen in Afrika machen. Würde pro Bauernbetrieb, der

mitmacht, durchschnittlich 2 Millionen Franken ins Kässeli spülen. Neu dürfte nur Boden, der der Nationalbank gehört, eingezont werden. Die Raumplanung wäre ihre grössten Sorgen und Profiteure los.

Standbein 2: Heute verschmutzt die Landwirtschaft den Genfersee stärker als die Industrie. Die Direktzahlungen dürften deshalb innert acht Jahren nur mehr an Betriebe fliessen, die keine Pestizide, keine präventiven Antibiotika und keine importierten Futtermittel verwenden. Genau so, wie es die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser» verlangt.

Standbein 3: Die Zölle müssten auf das Niveau der EU gesenkt werden. Damit würden alle Haushalte pro Kopf um rund 1000 Franken entlastet, weil parallel dazu Coop und Migros ihre Margen auf europäisches Niveau senken müssten. Würde die Zuwanderung weiter bremsen.

Standbein 4: Der Trost für alle Überängstlichen: Die Schweiz kann sich problemlos selber ernähren, wenn wir in wenig wahrscheinlichen Krisenzeiten Produktion und Ernährung radikal umstellen. Weg vom Fleisch hin zu Brot, Kartoffel und Gemüse. Dies belegen inzwischen selbst die Studien des Bundes.

Standbein 5: Wir brauchen einen effizienten Konsumentenschutz. Der selbständig alle Lebensmittel prüfen kann. Und so den notwendigen Umbau voranbringt.

Der Autor ist ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Ihr-könnt-mich-mal-Prinzip

Von Kurt W. Zimmermann — Die letzten Aktionen von Radio- und TV-Direktor Ruedi Matter waren seine schwächsten.

Wenn man im Mediengeschäft die stilloseste Aktion des Jahres sucht, dann muss man nicht lange suchen.

Es war im Juni. Ruedi Matter, der Direktor des Schweizer TV und Radio, sass im Flughafen Wien und hatte kurz Zeit. Auf seinem Handy rief er Kurt Aeschbacher an. Er sagte ihm, er sei abgesetzt.

Das war ein dicker Hund. Der populäre Aeschbacher ist seit 37 Jahren eine der grossen Figuren der TV-Unterhaltung. Seine Shows wie «Grell-pastell», «Casa Nostra» und «Aeschbacher» haben Fernsehgeschichte geschrieben. So einen serviert man nicht via Natel ab.

Nun, Direktor Matter hatte noch nie ein Flair für die subtilen Facetten seines Jobs. Er ist mehr der technokratischen Seite zugetan, etwa der Integration von Strukturen und Studios. Aber darauf kommen wir noch.

Dann entledigte sich Matter gleich eines zweiten beliebten TV-Mannes. Auch Roman Kilchsperger, der Moderator des «Donnstag-Jass», wurde gefeuert. Er hatte in der *Weltwoche* ein paar kecke Kommentare über die SRF-Firmenkultur gewagt.

Ruedi Matter ist in der Endzeit. Er wird im Oktober 65 und danach pensioniert. Offenbar hat ihn das zu seinem Ihr-könnt-mich-mal-Prinzip angestachelt. Ohne zwingenden Grund brachte er das Publikum gegen sein TV auf.

Ohne zwingenden Grund löste Matter auch die grösste interne Krise aus, die der öffentliche Rundfunk wie seit langem nicht mehr erlebt. Weil Matter das Radiostudio von Bern nach Zürich verlegen will, ist SRF tief gespalten, es kommt zu Demonstrationen von Journalisten auf dem Bundesplatz, auch die Politik, von links bis weit nach rechts, macht heftig Gedröck.

Das alles interessiert den Technokraten Matter nicht allzu sehr. In seiner Denkungsart kommt zuerst die Logik der Strukturen, und erst viel später kommen Mitarbeiter und politische Faktoren.

Mit diesem Ansatz hatte Matter zuvor schöne Erfolge erzielt. Als er 2011 Direktor wurde, hatte er als Erstes die vormals getrennten Sparten TV und Radio zur Einheit SRF zusammenzufügen. Es war ein heikler Prozess, doch Matter meisterte ihn reibungslos. Dann zentralisierte er die TV-Information, die nun sendungsübergreifend von «Tagesschau» bis «10 vor 10» erfolgt. Das ergab ebenfalls Sinn.

Auch bei der Verlegung des Radiostudios von Bern nach Zürich dachte Matter in solch



Logik der Strukturen: abtretender TV-Chef Matter.

technokratischen Kategorien. Er sah auf «Powerpoint» weniger Schnittstellen, beschleunigte Abläufe und Einsparungen von etwa drei Millionen Franken.

Es war dennoch keine gute Idee. Matter übersah, was eine nationale Institution wie das Schweizer Radio und Fernsehen ausmacht. Eine nationale Institution unterliegt, anders als ein Privatunternehmen, immer hochgradig dem nationalsten Kriterium dieses Landes. Das ist der Föderalismus.

Eine stärker zentralisierte SRG, wie von Matter geplant, widerspricht ihrer Rolle als Spiegel der Regionen. Es ist etwa so, wie wenn die Bundesverwaltung und das Bundesparlament nach Zürich verlagert würden, weil das mehr Effizienz bringt. Doch bei politischen Symbolfragen ist Effizienz kein primäres Argument.

Am nächsten Montag muss der SRG-Verwaltungsrat über die Radiostudio-Frage entscheiden. Er hat Angst, nein zum Umzug zu sagen, obwohl das der richtige Entscheid wäre.

Er hat Angst, mit einem Nein vor der Politik in die Knie zu gehen und sich für Politiker künftig erpressbarer zu machen. Das ist Unsinn. Man kann nicht einen falschen Entscheid fällen, weil sich beim richtigen Entscheid die falsche Seite freut.

Und Ruedi Matter, dem Erfinder der Idee, kann es inzwischen ohnehin egal sein.

Herzversagen

Von Henryk M. Broder — Eine natürliche Art des Ablebens

Im Juli 2017 wurde ein Laus Mecklenburg-Vorpommern stammender deutscher Bauingenieur, der für eine deutsche Telekommunikationsfirma in Afghanistan arbeitete, von den Taliban entführt und als Geisel genommen. Wenige Tage danach wurde er tot aufgefunden, irgendwo in den Bergen, wohin ihn seine Entführer verschleppt hatten. Darauf trat der damalige Ausserminister Frank-Walter Steinmeier, inzwischen Präsident der Bundesrepublik Deutschland, vor die Mikrofone und gab eine Erklärung ab: «Wir müssen davon ausgehen, dass einer der entführten Deutschen in der Geiselhaft verstorben ist. Nichts deutet darauf hin, dass er ermordet wurde, alles weist darauf hin, dass er den Strapazen erlegen ist, die ihm seine Entführer auferlegt haben.» Der 44 Jahre alte Mann und Familienvater sei «sozusagen eines natürlichen Todes gestorben», schrieb ich damals, «vielleicht hatte er was mit dem Herzen, war unsportlich oder hat das Klima nicht vertragen – tagsüber extreme Hitze, nachts klirrende Kälte. Da kann man schon mal kollabieren und den Geist aufgeben, wenn man aus einem Land am Rande des Golfstroms kommt».



Nun, elf Jahre später, erlebe ich ein Déjà-vu. Die Polizeidirektion von Sachsen-Anhalt Ost gibt bekannt: «In der Nacht vom Sonnabend, 8. September, zu Sonntag, 9. September, ist ein 22-jähriger Mann in Köthen zu Tode gekommen. In diesem Zusammenhang wurden zwei Afghanen vorläufig wegen des Anfangsverdachts eines Tötungsdeliktes festgenommen.» Allerdings: «Nach dem vorläufigen Obduktionsergebnis ist der 22-jährige Köthener einem akuten Herzversagen erlegen, das nicht im direkten kausalen Zusammenhang mit den erlittenen Verletzungen steht.» Die *Welt* meldet, es habe zwischen dem Mann aus Köthen und den beiden Afghanen eine «Auseinandersetzung» gegeben, *T-Online* ergänzt: «22-Jähriger starb nicht durch Tritte gegen den Kopf», wie es eine «angebliche Augenzeugin» gesehen haben will. Die Todesursache war «akutes Herzversagen».

«Akutes Herzversagen» war auch die beliebteste Todesursache an Orten wie Buchenwald, Dachau, Neuengamme, solange noch individuelle Todesscheine ausgestellt wurden. Laut Paul Celan ist der Tod ein «Meister aus Deutschland». Das stimmt nicht ganz. Es ist das Herzversagen, eine sehr natürliche Art des Ablebens.

Die Lust am Verpetzen und Verboten

Das Internet ist mit dem Versprechen angetreten, die freie Debatte zu entfesseln. Unter dem Vorwand, «Hass» zu bekämpfen, schränkt der Netzgigant Facebook die Meinungsäusserung ein. Linke «Melder» – neudeutsch für Denunzianten – triumphieren. *Von Philipp Gut und Roman Zeller*

Sie heisst «Meldezentrale für Eidgenossen» und nennt als ihre Bestimmung und Leidenschaft «Entsorgungen von Kommentaren und Ferienreisen für überforderte und gereizte Eidgenossen, SVPLer, AfD-Mitglieder, Pegidisten, Rassisten und Sexisten aller Couleur». Die Facebook-Seite gehört zu den Trendsettern eines neuen Sports im Internet: der Treibjagd auf Andersdenkende. Die selbsternannten Meinungswächter haben es auf Personen und Ansichten abgesehen, die ihnen nicht genehm sind – mit dem Ziel, die unliebsamen Stimmen mundtot zu machen und vom Meinungsmarkt im Internet fernzuhalten, wenigstens vorübergehend («Ferienreisen»).

Ein aktuelles Beispiel: Die Jagdlust der Netzjäger konzentriert sich derzeit voll auf eine Lokalpolitikerin aus dem Kanton Aargau, die dank der Angriffe nationale Bekanntheit erlangen dürfte: Nicole Müller-Boder, seit 2016 Grossrätin der SVP, Fitnessinstructorin, Hausfrau, Mutter von zwei Kindern. Die «Meldezentrale für Eidgenossen» brüstet sich öffentlich damit, Beiträge von Müller-Boder «anonym» bei Facebook gemeldet zu haben, weil sie «Hassreden» enthielten. Als Beleg dafür präsentiert sie die entsprechende Bestätigung auf ihrer Startseite, eingerahmt in einen Goldrahmen. Die didaktische Antwort von Facebook präsentieren diese «Eidgenossen» ebenfalls stolz der Öffentlichkeit: «Vielen Dank für deine Meldung. Es war richtig, uns das mitzuteilen. Da die Seite, auf der dieser Beitrag veröffentlicht wurde, gegen unsere Gemeinschaftsstandards verstösst, haben wir sowohl die Seite als auch alle zugehörigen Beiträge, auch den von dir gemeldeten, gelöscht.» In der Mitteilung fordert Facebook die «Meldezentrale» dazu auf, ihr – wie soll man es anders nennen? – denunziatorisches Treiben fortzusetzen: «Bitte informiere uns, wenn dir weitere bedenkliche Inhalte auffallen. Es ist unser Ziel, dass Facebook für alle eine sichere und einladende Umgebung bleibt.»

Barbie mit Maschinengewehr

Sicher und einladend? Für ausgeschlossene Nutzer wie Nicole Müller-Boder muss das wie blanker Hohn in den Ohren klingen. Ihr Facebook-Konto wurde zuerst für einen Tag, dann für drei Tage und schliesslich für dreissig Tage gesperrt sowie kürzlich «gelöscht». Ihre Erfolge als williger Zuträger der Facebook-Inquisitoren zelebriert die «Meldezentrale für Eidgenossen» auf ihrer Seite genüsslich, die aus dem sozialen Netzwerk verdammten politischen Gegner



Machtlos gegen Facebook-Zensur: Aargauer SVP-Politikerin Nicole Müller-Boder.

stellt sie aus wie Trophäen. Nicole Müller-Boder zeigt sie vorzugsweise als blondes Barbie mit Maschinengewehr. Wie sich diese zweifellos sexistische Verunglimpfung mit dem erklärten Kampf gegen «Sexisten aller Couleur» verträgt, bleibt das Geheimnis der Betreiber.

Dabei ist Facebook nicht das einzige Medium, auf dem die SVP-Politikerin massivem öffentlichem Druck von linken Gruppen ausgesetzt ist. Auf einer eigens gegen sie gerichteten Website wird sie als «heilige Nicole aus Buttwil» verspottet, die mit ihrem Eintreten für Meinungsfreiheit einen «Leidensweg» gehen müsse. Auf der Facebook-Seite «Perlen aus Blocheristan» (Untertitel: «Stopp dem Wahnsinn aus Herrliberg») wird ihr vorgeworfen, sie verbreite Fake News sowie «linken-, ausländischer- und vor allem muslimfeindliche Posts». Es gehe darum, diese angeblich «xenophoben und menschenverachtenden» Aussagen zu dokumentieren und Facebook davon «sauber zu halten». Auch das «Eidgenössische Trollkommando» und die lokale Ausführung «Aargauisches Trollkommando» haben sich auf die SVP-Sicherheitspolitikerin eingeschossen.

Aber was hat Nicole Müller-Boder überhaupt auf Facebook geschrieben? Die bisher längste Sperre erhielt sie wegen eines Kommentars zu islamistischen Terroranschlägen. Ein anderer Facebook-Nutzer hatte die Anschläge mit dem Argument zu rechtfertigen versucht, die Terroristen seien halt arme Teufel, die weniger zum Leben hätten als wir. Müller-Boder konterte, indem sie dieses Argument ironisch ad absurdum führte. Wörtlich schrieb sie: «Sie haben Recht ... Diese Menschen haben weniger als wir, deswegen ist es auch absolut legitim, dass sie uns mit einer Axt umbringen, die Köpfe abschneiden, uns in die Luft sprengen, abknallen, überfahren etc.» Für diesen Post wurde Müller-Boder einen Monat lang vom sozialen Netzwerk ausgeschlossen. Was daran «Hassrede» sein soll, bleibt schleierhaft.

Nach der dreissigtägigen Sperre jubelte die «Meldezentrale für Eidgenossen» letzte Woche, nun sei die Facebook-Seite der unliebsamen SVP-Frau sogar ganz «gelöscht» worden, wenn vielleicht auch noch nicht definitiv. Tatsächlich schloss Facebook die Seite wegen angeblicher «Gewaltverherrlichung». Müller-Boder hatte zuvor alle ihre Posts gesichert und dokumentiert. Darunter finden sich vor allem kommentierte Links zu Zeitungsartikeln, beispielsweise zu einem Interview mit SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga oder einem solchen mit dem deutschen Islamkritiker Thilo Sarrazin. Im engeren Sinn um das Thema Gewalt geht es in einem von Müller-Boder geteilten Artikel der *Berner Zeitung* über die jüngsten Angriffe auf Polizisten beim alternativen Berner Kulturzentrum Reitschule («Mehrere Verletzte bei Tumul-



«Sichere und einladende Umgebung»: Erfolgsmeldung der «Meldezentrale für Eidgenossen».

ten vor der Reitschule»). Aber der selbsterklärten SVP-Hardlinerin vorzuwerfen, sie verherrliche diese Ausbrüche linker Gewalt, wäre nachgerade absurd. «Wer die Polizei angreift, greift unseren Rechtsstaat an», schreibt Müller-Boder in ihrem Kommentar. Dies gelte es mit harten Strafen zu ahnden. Man findet in ihren Beiträgen zwar klare politische Meinungsäusserungen, aber weder verbale Entgleisungen noch Beleidigungen. Trotzdem wird ihre Seite von Facebook regelmässig entsorgt – Giftklasse eins.

Weil Facebook selbst auf Nachfrage keine weiteren Angaben zur Löschung der Seite macht, bleibt unklar, weshalb sie überhaupt gelöscht wurde. Denkbar ist, dass dabei auch Dritte eine Rolle spielen, die auf der Seite der Politikerin ihre eigenen Kommentare hinterlassen. Da gebe es schon Aussagen, die sie nicht goutiere und manchmal selber entferne, sagt Müller-Boder. Anstand und Respekt müssten gewahrt bleiben. Im Fall Reithalle habe sie einen Kommentar entfernt, der die Polizei in grober Sprache zum Gebrauch der Schusswaffen aufgefordert habe. Falls ihre Seite aufgrund eines solchen Fremdkommentars gelöscht wurde – genauer weiss man das nicht –, würde sich die Frage stellen, inwieweit eine Politikerin oder ein Politiker dafür verantwortlich ist, was Drittpersonen so denken und schreiben. Genügt es nicht, wenn man die Leute sperrt, deren Kommentare überborden? Oder glaubt Facebook an eine Art erweiterte Sippenhaft?

Facebooks missionarisches Pathos

Wie der Aargauer Politikerin geht es vielen auch weniger bekannten Bürgern in diesem Land, die vielleicht nicht dieselben Möglichkeiten haben, sich öffentlichkeitswirksam gegen das Verpetzen und Verbieten zu wehren. Die *Weltwoche* erreichen immer wieder Zuschriften von Leuten, die sich zu Unrecht am Pranger sehen und deren Facebook-Konten ge-

sperrt wurden. Sie alle dürften sich fragen: «Wie steht es mit dem Grundrecht der freien Meinungsäusserung im Internet? Gelten dort andere Gesetze als im restlichen Leben? Wie kann ich mich gegen die Verunglimpfungen wehren?»

Das Recht, dass jeder seine Meinung frei äussern darf, gelte auch im Netz, sagt der Staatsrechtsprofessor und Demokratie-Experte Andreas Glaser (siehe Interview Seite 30). Juristisch sei jedoch umstritten, welche Verpflichtungen Facebook gegenüber seinen Nutzern habe. Als private Firma sei Facebook nicht verpflichtet, spezifische Meinungen zuzulassen. Trotzdem gilt aufgrund von Artikel 35 der Bundesverfassung der Grundrechtsgehalt der Meinungsäusserungsfreiheit: «Die Behörden sorgen dafür, dass die Grundrechte, soweit sie sich dazu eignen, auch unter Privaten wirksam werden», heisst es dort in Absatz drei. In Deutschland hat kürzlich das Oberlandesgericht München entschieden, die Meinungsfreiheit gelte vor den Richtlinien von Facebook. Das wäre auch in der Schweiz denkbar, so Glaser.

Das soziale Netzwerk definiert seinen Anspruch nicht ohne ein gewisses missionarisches Pathos: Es wolle den Menschen die Möglichkeit geben, «Gemeinschaften zu bilden und die Welt näher zusammenzubringen». Die Freiräume sind allerdings begrenzt. Facebook entscheidet, «was du auf Facebook teilen und tun kannst». Die Selbstentfaltung darf «nicht auf Kosten der Sicherheit und des Wohlergehens anderer oder der Integrität unserer Gemeinschaft erfolgen». Daher stimmen Facebook-Nutzer automatisch den «Gemeinschaftsstandards» zu, die festlegen, «was auf Facebook gestattet ist und was nicht». Darin heisst es, Facebook sei ein Ort, an dem «Menschen sicher und unbesorgt miteinander kommunizieren können». Dabei sei «jegliche Art von Missbrauch» untersagt. Ziel des Leitfadens sei es, «die freie Meinungsäusserung zu unterstützen und dazu ein sicheres Umfeld zu

Gleiches Recht für alle

Staatsrechtsprofessor Andreas Glaser sagt, wo im Internet die Meinungsfreiheit gefährdet ist und wie ein liberales Facebook aussehen müsste. *Von Roman Zeller*

Herr Glaser, was verstehen Sie unter «freier Meinungsäußerung»?

Dass man grundsätzlich und ohne Einschränkung alles sagen kann, was man will. Bezüglich Schutzbereich hat die Meinungsäußerungsfreiheit fast keine Einschränkung: In Europa ist man so weit, dass auch Beleidigungen und Verleumdungen darunterfallen. Meinungsfreiheit ist ein Grundrecht. Jede Äußerung, die ein Mensch macht, darf nur unter bestimmten Voraussetzungen verboten werden.

Wo liegt die Grenze?

Ich glaube, die Grenze liegt bei der Beleidigung, auch im Internet. Dort ist die Schwierigkeit, diese Beleidigungen zu verfolgen und aus der Welt zu schaffen.

Wer ist dafür zuständig?

Es handelt sich um eine Schutzpflicht: Der Staat muss das Persönlichkeitsrecht der Menschen schützen. Die Meinungsäußerungsfreiheit gestattet keinen Freipass für Beleidigungen.

Was ist eine Beleidigung? Können Sie mir ein Beispiel geben?

Bei der Beleidigung handelt es sich um ein negatives Werturteil, wodurch die Persönlichkeit eines Menschen verletzt wird. Klassische Schimpfwörter wie «Tubel», beispielsweise. Dass das überall verboten ist, sollte gesellschaftlich durchgesetzt sein. Wichtig aber ist: Auch diese Meinungsäußerung ist zuerst geschützt. Es könnte also sein, dass das Schimpfwort in einem spezifischen Kontext wieder unter die Meinungsäußerungsfreiheit fällt und nicht strafbar ist. Denken Sie etwa an eine hitzige Diskussion zwischen Politikern. Ebenso denkbar sind Situationen, wo Beleidigungen eine Art Kunst oder Satire darstellen.

Der Graubereich, den Sie erwähnen, hängt also von der Intensität und dem Kontext ab?

Richtig. Darüber hinaus gibt es eine gesetzlich definierte Ausnahme: der Antirassismus-Artikel. Dort werden Meinungsäußerungen – egal, in welchem Kontext – als verboten taxiert und nicht von der Meinungsfreiheit geschützt. Gemeint ist die Leugnung des Holocaust, nicht mehr und nicht weniger.

Was würden Sie als Hasskommentar, Hetze oder Sexismus im Internet bezeichnen?

Die Begriffe «Hetze» und «Hasskommentar» sind rechtlich nicht definiert. Anders in Deutschland, dort gibt es die «Volksverhetzung». Ich würde sagen, nur weil etwas im Internet steht, verschieben sich die Grenzen nicht: Alles, was wir in der realen Welt erlauben und verbieten, gilt auch im Internet. Wenn jemand auf Facebook einen anderen mit einem Schimpfwort beleidigt, dann ist das gleichermassen rechtswidrig. Wichtig scheint mir, dass man nicht jede



«Mindestpflichten»: Jurist Glaser.

kritische Äußerung in eine beleidigende Ecke stellt, auch wenn sie einen politischen Hintergrund hat, wertend ist und in vielleicht ruppiger Sprache daherkommt, ja sogar, wenn sie überzeichnet oder sogar pauschalisierend ist.

Solche heiklen Aussagen wären demnach legal?

Ja. Nur weil sie im Internet stehen, sind sie nicht verboten. Heikel wird es bezüglich Rassismus: Fällt ein Kollektiv, eine Ethnie, eine Volksgruppe unter die Schutznorm des Antirassismus-Artikels, dann sind Aussagen über die geschützten Gruppen auch im Internet verboten. Hingegen kann man nicht sagen, dass politische Äußerungen im Internet mit Minderheitenbezug aufgrund der heutigen Rechtslage strenger beurteilt werden. Deutschland fährt hierbei eine strengere digitale Praxis, verglichen mit dem echten Leben.

Das heisst, Deutschland beschränkt die Meinungsäußerungsfreiheit?

Das kann man sagen. Auf den ersten Blick ist das zwar harmlos, weil der deutsche Gesetzgeber die deliktische Gleichwertigkeit von digitaler und realer Welt statuiert – es mache keinen Unterschied, so die Begründung. Aber die Gefahr ist natürlich – und hier liegt das Problem des Ansatzes –, dass die Durchsetzung nicht die Staatsanwaltschaft übernimmt, sondern Facebook mitsamt Privatpersonen, die sich an den Internetgiganten wenden.

Wie beurteilen Sie die Gefahr, dass sich im Netz linke Gruppen bilden und ihnen unliebsame Politiker und Personen mundtot machen?

Wenn jemand sich beim Staat beschwert und fordert, dass rechtspopulistische Aussagen verboten und gesperrt werden, dann ist das sein Recht, und der Staat entscheidet. Der Staat trägt die Verantwortung. Wir kennen dies ja aus dem Versammlungsrecht: Dort muss sich der Staat manchmal schützend vor eine Versammlung stellen, wenn eine gewaltsame Gegenversammlung droht. Das Beispiel wäre übertragbar, wenn der Staat das Internet betriebe. Facebook ist aber privat und wird von Privaten besteuert. Facebook hat keine Verpflichtung, spezifische Meinungen zuzulassen, die der Firma nicht gefallen. Konträr hat aber kürzlich das Oberlandesgericht München entschieden, die Meinungsfreiheit gelte vor den Richtlinien von Facebook. Das Problem mit Facebook ist vor allem die umfassende Bedeutung der Plattform, auch für politische Diskussionen. Für strengere Massstäbe punkto Meinungsfreiheit spricht Art. 35 der Bundesverfassung, der das Grundrecht überall gewährleisten soll. Demnach wären auch die privatrechtlichen Beziehungen zwischen Facebook und den Usern so zu interpretieren. Facebook hat daher bestimmte Mindestpflichten gegenüber allen Nutzern. Es müsste auch rechtspopulistische Kommentare tolerieren, auch wenn Linke das nicht wollen.

Wie sollte Facebook mit der Meinungsfreiheit idealerweise umgehen?

Liberal wäre, wenn wir sagten, Facebook müsse alle Meinungen zulassen. Aber das vertritt natürlich niemand. Politiker wollen die Meinungsäußerungsfreiheit für die Gegenseite eher beschränken.

Andreas Glaser ist Staatsrechtsprofessor unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich.

schaffen». In erster Linie gehe es um «Vielfalt der Meinungen und der Sichtweisen». «Im Zweifelsfall lassen wir Inhalte zu, selbst wenn manche sie für unangemessen halten», vermeldet Facebook.

Nicht erlaubt sind gemäss den Facebook-Richtlinien «glaubhafte Gewaltabsichten» sowie Inhalte, die «eine glaubhafte Bedrohung» oder «eine reale Gefahr für Leib und Leben» darstellen. «Hassrede» (ein «direkter Angriff auf Personen aufgrund geschützter Eigenschaften») werde grundsätzlich nicht zugelassen. Bei schweren Zuwiderhandlungen will Facebook die «Posting-Rechte [...] einschränken oder das entsprechende Profil deaktivieren».

So weit die Theorie. Wie Facebook dabei konkret vorgeht, bleibt allerdings intransparent; auf entsprechende Fragen der *Weltwoche* traf bis Redaktionsschluss keine Antwort ein. Beispiele lassen vermuten, dass es in der Praxis oft darauf hinausläuft, dass das liberale Credo im Zweifelsfall eben nicht mehr gilt – und dass politisch rechtsstehende Meinungen strenger und häufiger geahndet werden als linksstehende. Das mag mit den Vorlieben der unbekanntenen Facebook-Zensoren irgendwo in Irland oder sonst wo zu tun haben, liegt aber auch daran, dass linke Aktivisten weit mehr Energie investieren, um politische Gegner zu «melden».

Obwohl etwa die «Meldezentrale für Eidgenossen» von sich sagt, sie kämpfe allgemein für «weniger Hass» im Netz und habe es «nicht auf eine rechte Zielgruppe» abgesehen, ist sie auf dem linken Auge nachweislich blind.

Demokratisch gewählte Nationalräte werden als «Neo-Nazi. Punkt» bezeichnet.

Die *Weltwoche* fragte explizit nach Beispielen von linker Hassrede, welche die «Meldezentrale» an Facebook übermittelt hat. Die Antwort lautete so: «Nun, bei linken Hasskommentaren müssen wir etwas suchen, da wir unser Archiv nicht nach Parteizugehörigkeit unterhalten, sondern nach Aussagen. Vielleicht finden wir einige, welche sich klar dem, wie Sie sagen, «linken Lager» zuordnen lassen.» Gekommen ist dann aber nichts. Unter den über 8000 «Meldungen», die sie nach eigenen Angaben an Facebook übermittelt haben, fanden die Betreiber offenbar keine einzige eines linken Absenders.

Eine ähnliche Erfahrung machte Nicole Müller-Boder mit dem von Jolanda Spiess-Hegglin geführten Verein «Netzcourage», der sich nach eigenem Bekunden dem Kampf gegen Hass im Internet verschrieben hat und «Menschen in Situationen der Onlinewelt» helfen will, «in welchen sie allein nicht weiterkommen». Müller-Boder berichtete Spiess-



Häme statt Hilfe: Aktivistin Spiess-Hegglin.

Hegglin von konkreten Beispielen sexistischer Beleidigungen gegen sie («SVP-Hure», «Halt die Fresse», nicht zitierbare Sexualfantasien) und fragte die ehemalige grüne Zuger Kantonsrätin, ob sie auch bei Ehrverletzungen gegenüber rechten Frauen aktiv werde. Natürlich unterstütze sie auch rechte Politikerinnen, antwortete Spiess-Hegglin. Doch sie habe dann immer weniger von der zunächst angekündigten Unterstützung wissen wollen. Als die Facebook-Seite der SVP-Politikerin nach einem veritablen Shitstorm in den sozialen Medien schliesslich gesperrt wurde, jubilierte Spiess-Hegglin im Chor der linken «Melder»: «Wo ist die Seite von Nicole Müller-Boder denn hin? *Furt, weg, nümmeda.*»

Der angeblich neutrale, nach allen Seiten offene Verein «Netzcourage» offenbart seine politische Schlagseite. Tatsächlich ist die gegenseitige Verbindung zwischen Jolanda Spiess-Hegglin und der «Meldezentrale für Eidgenossen» vielfach belegt. Bei den Sperrmeldungen Letzterer drückt Spiess-Hegglin regelmässig den «Gefällt mir»-Knopf, herzt digital oder hinterlässt gar den hämischen «Haha»-Smiley. Die «fleissigen Bienen» der «Meldezentrale» hätten ein «Hoch» und viele Likes verdient, findet die Ex-Politikerin aus Zug. Auch mit den «Leckerbissen aus Blocheristan» arbeitet Spiess-Hegglin fruchtbar zusammen, jedenfalls bedankt sich die Seite öffentlich bei ihr für die wertvolle Mithilfe.

Rechte hinken hinterher

Und wie sieht es auf der Gegenseite aus? Gibt es auch Rechte, die im Internet Linke aufspüren und «melden»? Die «Meldezentrale der Eidgenossen» beteuert, es gebe «genug Rechte, welche seit Jahren auch Linke zu melden versuchen». Halt einfach mit «viel weniger Erfolg». Es stimmt: Seiten wie «Das lassen wir uns nicht länger bieten», «Schliessen wir das Kapitel «Meldezentrale für Eidgenossen» und «Nicht links» gehen zum Gegenangriff über und greifen in die gleiche Trickkiste. Im «Album des Grauens» auf «Nicht links» kur-

sieren Screenshots, die zeigen, dass gemeldete Beiträge von Facebook entfernt wurden. «Je mehr Meldungen [beim Facebook-Support, Anm. der Red.] eingehen, desto grösser ist die Chance, dass die Seite von Facebook entfernt wird», schreiben die ebenfalls munter «meldenden» Gegner der «Meldezentrale».

Allerdings muss man die Proportionen im Auge behalten: Rechte Links-Melder sind gegenüber linken Rechts-Meldern in krasser Unterzahl. In den genannten rechten Gegenorganisationen weibeln insgesamt rund fünfzig Personen. Mehr haben den «Gefällt mir»-Knopf nicht gedrückt. Sie stehen über 400 Nutzern allein in der «Meldezentrale für Eidgenossen» gegenüber. Der Schluss drängt sich auf: Die Linken beherrschen das Handwerk der Netzzensur und -beeinflussung ungleich virtuoser als die Rechten. Und sie dürfen sich auch leichter in Beschimpfungen ergehen, ohne dass sie dafür geahndet würden. Facebook-Gruppen wie «Anti SVP – Stoppt den Wahnsinn!» oder «Scheiss! SVP» müssten eigentlich schon von ihrem Namen her bei Facebook durchfallen, gemessen an den eigenen Standards des Sozialnetzwerks. Demokratisch gewählte Nationalräte werden auf diesen Seiten von Usern als «Neo-Nazi. Punkt» bezeichnet und die SVP als «erbärmliche braune Partei» abgestempelt. Selbst die FDP-nahe NZZ bekommt ihr Fett weg: Ein Facebook-Nutzer fragt, ob die Zeitung «wirklich so tief gesunken» sei, «dass sie einfach Behauptungen der Neonazis und Faschos» übernehme. In vielen Posts von mehreren der genannten Gruppen finden sich gleichzeitig die Hashtags «fcksvp» und «fcknzs», abgekürzt für «Fuck SVP» und «Fuck Nazis». Dass vielfach ein «#NOH8» (sprich: «No hate») auf gleicher Linie flimmert, erstaunt. Oder eben nicht.

Auch beim Hass im Netz gilt: Die grössten Kritiker der Elche sind oft selber welche. ○



Die Temporärarbeit. Lieber spät berufen als früh Rentner. Lieber keine Rentenkürzung. Lieber sozial abgesichert. Lieber noch einmal etwas Neues ausprobieren. Meistens ist es nie zu spät.

Muss Maudets Kopf rollen?

Der Genfer Politiker Pierre Maudet hat zu seiner Reise in den nahen Osten so viele Unwahrheiten erzählt, dass er seine Glaubwürdigkeit verloren hat. Er hat nur noch zwei Optionen. *Von Pierre Ruetschi*

Pierre Maudet hat mich getäuscht, genauso wie er 500 000 Genfer und wahrscheinlich mindestens ebenso viele Schweizer getäuscht hat, die im letzten Jahr an diesen brillanten Bundesratskandidaten geglaubt haben. Das Gefühl, hinters Licht geführt worden zu sein, ist natürlich umso stärker, als niemand, nicht einmal seine erbittertsten Gegner, ein solch unwürdiges Verhalten von seiner Seite erwartet hätte. Man wusste, dass er ein Zyniker ist, der mit allen Wassern gewaschen ist. Bevor diese «Affäre Maudet» explodiert ist, die Genf und die Schweiz erschüttert hat, habe ich ihn in einem Editorial der *Tribune de Genève* einmal als machiavellistisch bezeichnet.

Sicher, Machiavellismus oder Zynismus tauchen oft als Begleiterscheinungen im Kampf um die Macht auf. Wer darob erschreckt, ist naiv. Aber das liess niemals erahnen, dass er seine Kollegen vom Staatsrat eiskalt anlügen würde, ebenso die Parlamentarier, die Mitglieder einer parlamentarischen Kommission, natürlich die Medien sowie das Volk, das ihn gewählt hat. Nein, das hat man nicht erwartet von einem Staatsmann, der ohne Wenn und Aber für den Staat eintrat und eine authentische politische Vision hatte. Es geht nicht um eine kleine Gelegenheitsbetrügerei, seine Lüge wirft die Frage der Korruption auf. Maudet hat den Kopf verloren – muss sein Kopf rollen? Das ist hier die Frage.



Was haben Sie wirklich gemacht in Abu Dhabi, Monsieur Maudet?

Auf dem Weg in die Hölle

Wie konnte dieser aussergewöhnliche Mann so weit kommen? Letzten Mai wurde der äusserst beliebte Politiker mit einem gigantischen Vorsprung als Staatsrat wiedergewählt. Er ist das Wunderkind von Genf, der Stadt mit internationaler Ausstrahlung. Sein Sturz ist deshalb umso spektakulärer. Seit dem 10. Mai, als die *Tribune de Genève* die Hintergründe seiner Reise mit der Familie nach Abu Dhabi aufgedeckt hat, befindet sich Pierre Maudet auf dem Weg in die Hölle. Er versucht sich vergeblich freizukämpfen, hat sich in den letzten Wochen aber immer tiefer in Widersprüche verstrickt, indem er die Versionen und Umstände dieser berühmten und luxuriösen Eskapade in die Vereinigten Arabischen Emirate vom 26. bis zum 30. November 2015 immer wieder geändert hat.

Wie es scheint, hat er jedoch in seinem Auftreten nichts von seiner Selbstsicherheit eingebüsst. Er lügt mit einer beispiellosen Unverfro-

renheit und untergräbt die Arbeit neugieriger Medien. Ohne Erfolg. Die Untersuchung der Geschehnisse durch Sophie Roselli von der *Tribune de Genève* und Raphaël Leroy von Radio Lac bringt immer mehr beunruhigende Fakten ans Licht. Maudet lügt. Das kann man nun mit Sicherheit sagen.

Aber der Hauptstoss kam von der Staatsanwaltschaft des Kantons Genf ganz direkt. In einem vernichtenden Communiqué vom 30. August nagelt sie den Genfer Präsidenten an die

Wand, indem sie zwei Tatsachen veröffentlicht: 1. Pierre Maudet wurde direkt und offiziell von Kronprinz Mohammed bin Zayed eingeladen. Dadurch wird die Darstellung als «Privatreise», auf der seine ganze Verteidigung beruhte, hinfällig. 2. Der FDP-Magistrat hat nicht nur gelogen, er wollte mit einer Finte glauben machen, dass er von einem gewissen Saïd Bustany eingeladen worden sei, einem Libanesen, der für die Häfen der Emirate verantwortlich ist. Diese Version ist erfunden. Bustany hatte mit der Finanzierung der Reise nichts zu tun.

Da blieb Maudet keine andere Wahl mehr, als den Gang nach Canossa anzutreten. Am Mittwoch, dem 5. September, nachdem der Staatsrat ihm einen Teil seiner Kompetenzen entzogen hat, begibt er sich zum lokalen Fernsehsender Léman Bleu, um sich bei den Genfern zu entschuldigen. Er bittet um Vergebung und blickt dabei in die Kamera. Eine «Wahrheitsübung»,

die man aus den Vereinigten Staaten gut kennt, die in der Schweiz jedoch einmalig ist. Er will das Vertrauen wiedergewinnen. Öffentliche Entschuldigungen, die ihm «schwerfallen», wie er sagt. Die Übung misslingt jedoch. Handelt es sich um ein letztes Aufbäumen seiner Eitelkeit? Jedenfalls weigert er sich, zuzugeben, dass er gelogen hat: «Ich habe einen Teil der Wahrheit zurückbehalten», sagt er einfach.

«Negativspirale»

Das ist die falsche Strategie. Man hatte ihn nicht um eine Verrenkungsnummer gebeten. Er sollte es wagen, alles zu sagen, Demut zu zeigen. Seine Äusserungen blieben konfus, er beantwortete nicht einmal die Hälfte der Fragen, die sein Interviewer ihm stellte. Einmal mehr versteckte er sich hinter dem Argument Familie – seine Frau, seine Kinder. Um sie zu schützen, habe er nicht die Wahrheit gesagt und sei so in eine «Negativspirale» geraten. Wenn er so besorgt ist um seine Familie, wieso hat er sie dann so exponiert, indem er eine solche Einladung annahm? Pierre Maudet, Ihr Fernsehauftritt entsprach in keiner Weise der Schwere der Anschuldigungen. Was konnte man auch anderes erwarten? Jedesmal, wenn Sie in den letzten Wochen etwas zugegeben haben, war es unter dem Druck der aufgedeckten Tatsachen. Ihr einziges Ziel war es, sich selbst zu schützen, nicht die Sachlage klarzustellen. Als es zum Beispiel nicht mehr ausreichte zu sagen, dass «der Freund eines Freundes» die Reise bezahlt habe, schoben Sie die Rolle des grosszügigen Spenders dem libanesischen Unternehmer Saïd Bustany zu.

Gehen wir mal davon aus, dass diese Erklärungen ausgereicht hätten, um die Medien und die Justiz von Ihrem guten Glauben zu überzeugen, so dass man Sie in Ruhe gelassen hätte. Was wäre die Folge gewesen? Sie wären auf Gedeih und

Verderb dem Kronprinzen der Vereinigten Arabischen Emirate, Saïd Bustany oder dem Genfer Unternehmer Antoine Daher für den Rest Ihrer politischen Karriere ausgeliefert gewesen. Sie wären für den Rest Ihres Lebens in ihrer Schuld gestanden, weil sie Ihnen aus der Patsche geholfen haben. Haben sie Bedürfnisse oder Pläne in Genf, bei denen Sie ihnen hätten helfen könnten? Man weiss es nicht. Gewiss ist jedoch, dass Sie ihnen Ihre Unterstützung im Namen der «grossen Freundschaft», die Sie ab dann verbunden hätte, nicht hätten verweigern können.

Als Sie Ihre Version der Geschichte präsentiert haben, sind Sie, der Präsident des Genfer Staatsrats, das Risiko eingegangen, korrumpierbar zu werden. Mindestens drei Männer hätten Sie wegen Ihrer Lügen in der Hand gehabt. Das ist schlimmer und noch riskanter, als ihnen wegen eines Geschenks von ein paar zehntausend Franken verpflichtet zu sein. Und das, Herr

Maudet, ist völlig inakzeptabel. Ihre Arroganz hat Sie in die Irre geführt. Ihre Unfähigkeit, auf gegenteilige Meinungen zu hören, Ihre Neigung, sich mit Jasagern zu umgeben, waren Ihr Verderben. Als guter Soldat haben Sie sich nicht beirren lassen – eine Strategie, die lange erfolgreich war. Im Mai 2016 sind Sie noch einmal davongekommen, als *Le Matin Dimanche* darauf verzichtet hatte, den Artikel ihres Journalisten, auch damals schon Raphaël Leroy, zu publizieren, der alle Elemente in der Hand hatte, um diese eigenartige Reise zu hinterfragen.

Als die *Tribune de Genève* diesen Frühling, also zwei Jahre später, ihren ersten Artikel über diese Affäre vorbereitete, befanden Sie sich im Wahlkampf. Sie übten grossen Druck aus, um diese, wie Sie meinten, «lächerliche» Geschichte zu begraben. Das ist legitim, Ihre beste und einzige Waffe war in diesem Moment jedoch die Transparenz. Wir haben Ihnen alle Möglichkeiten angeboten, Klartext zu reden. Sie aber wollten das Versteckspiel, die Lüge.

Image auf dem Tiefpunkt

Ich wusste, dass Sie ein Machiavellist sind, aber ich schätzte Ihre immensen politischen Qualitäten. Vor genau einem Jahr, als Sie eine Blitzkampagne für die Bundesratswahl in der Deutschschweiz führten, gelang es Ihnen, die Medien jenseits der Saane für sich zu gewinnen. Sie waren auf dem Gipfel Ihrer Kommunikationskunst. Manche waren derart vernarrt in Sie, dass wir in Genf darüber gelächelt haben. «Maudet, dieser Teufelskerl!», sagte man. Sie stellten einen veritablen Glücksfall für die Schweiz und für Genf dar. Das ist nun zweifellos vorbei. Dieser Kanton brauchte Leute Ihres Kalibers wie noch nie. Besser noch, Sie waren einer der besten Botschafter Genfs im Ausland wie auch in der Schweiz. Sie waren eine starke Antwort auf die Verachtung gewisser Deutschschweizer Kreise, die sich mit Genuss auf jede «Genferei» stürzten, wenn sie sie nicht sogar extra erfanden. Diese Zeitschrift, die *Weltwoche*, hat dafür das krasseste Beispiel geliefert mit dem berühmten, aber deswegen nicht weniger grotesken Titel: «Die Romands sind die Griechen der Schweiz». Das war 2012. Ein Gebilde aus Fake News oder, auf gut Französisch, Bullshit.

Heute hat das Image Genfs und der Romandie einen Tiefpunkt erreicht. Danke für Ihren Beitrag, Herr Präsident! In Genf hat sich das Unwohlsein in Chaos verwandelt. Die Linke nützt die Affäre fröhlich für ihre eigenen Zwecke aus und verlangt Ihren Rücktritt. Das ist ein pawlowscher Reflex. Weit beunruhigender sind die Reaktionen in Ihrer Partei. Ihre Mitglieder fühlen sich verraten. Für einige sind Sie nicht mehr der Garant der Institutionen, nein, Sie sind deren Totengräber geworden. In der Politik ist nichts so zerbrechlich wie die Glaubwürdigkeit. Sie kannten die Einsamkeit des Mächtigen. Nun könnte es geschehen, dass Sie die Einsamkeit ohne die Macht kennenlernen.

Wenn Ihnen auch nur ein Rest von Staatssinn verblieben ist, Pierre Maudet, haben Sie zwei Optionen. Die erste, die Minimalvariante, besteht darin, dass Sie von allen Aktivitäten entbunden werden, bis die Justiz alle Fakten und Verantwortlichkeiten detailliert ermittelt hat. Die zweite Option ist der sofortige Rücktritt. Die Regierung muss sich von Ihrem Schatten befreien, der die Republik belastet, auch wenn die Regierungslast für die verbleibenden sechs Minister sehr schwer würde. Das Bedürfnis nach Klarheit, innen wie aussen, bedingt, dass Sie sich zurückziehen. Da der Staatsrat dies nicht wollte, ist es an Ihnen, diese Entscheidung zu treffen. Eine grosse Zahl von Genfern, auch viele in Ihrer Partei, wären Ihnen dankbar. Sie können später immer noch testen, wie gross das Vertrauen des Volkes in Sie noch ist, indem Sie sich für ein neues Amt zur Wahl stellen.

Aber vor allem wäre es wünschenswert, dass Sie endlich drei einfache Fragen beantworten. Was haben Sie wirklich gemacht in Abu Dhabi? Worum ging es genau bei Ihren Gesprächen mit dem Kronprinzen und weiteren Gesprächspartnern? Welcher Art ist Ihre Beziehung zum Genfer Antoine Daher sowie seinem Bekanntenkreis im Bereich der Immobilien und der Finanzen?

Bis heute bleibt Ihre Reise in grossen Teilen rätselhaft, und deshalb nehmen die Gerüchte immer mehr zu und werfen Fragen auf. Sie schaden Genf. Sie sind dafür verantwortlich, sie zum Schweigen zu bringen, indem Sie die Wahrheit sagen. Es wäre von Vorteil, wenn sie für einmal aus Ihrem Mund käme, nicht aus den Medien

Pierre Ruetschi war Chefredaktor der *Tribune de Genève*.
Aus dem Französischen von Jacqueline Byland-Meier



Entscheide dich vor der OP einfach fürs passende Spital.

QualiCheck. Wir liefern dir mit unserem Spitalvergleich eine solide Grundlage für die Wahl des passenden Spitals. Patientenzufriedenheit, Qualität der Pflege oder Hotellerie, du entscheidest nach deinen Bedürfnissen.
Dein Gesundheitspartner. Ganz persönlich.

Beratung in über 100 Agenturen,
per Telefon unter 0844 277 277 oder auf css.ch



Rebellion gegen das Bundesgericht

Die meisten Kantone wollen über ihre Wahlen wieder selber bestimmen und sich vom Bundesgericht nichts mehr sagen lassen. Im Parlament probt man nun den staatspolitischen Aufstand gegen die Lausanner Richter. Von Katharina Fontana und Dorian Stroligo (Illustration)

Im Ständerat brennt das föderalistische Feuer zwar nur noch selten, doch im letzten März loderte es wieder einmal hell. Stein des Anstosses war das Bundesgericht, genauer gesagt, der wachsende Druck, den die Lausanner Richter seit geraumer Zeit auf das kantonale Wahlrecht ausüben und der namentlich in den Innerschweizer Kantonen das Blut schon mehrfach in Wallung gebracht hat.

In der Kleinen Kammer fielen dazu viele grosse Worte. Man wolle Freiheit und Föderalismus statt Zwang und Zentralismus, tönnte es aus den Reihen der bürgerlichen Standesvertreter. Ob Majorz, Proporz oder Mischsystem: Die Kantone wüssten selber, nach welchen Regeln sie ihre Behörden wählen sollten, sie brauchten keine Nachhilfe aus Lausanne. Eine deutliche Mehrheit des Ständerats sprach sich dafür aus, die Verfassung so zu ändern, dass die Kantone über ihre Wahlen wieder frei bestimmen dürfen und das Bundesgericht ihnen nichts mehr vorzuschreiben hat.

In der laufenden Herbstsession kommt das Geschäft nun in den Nationalrat, und die Ausgangslage ist spannend. CVP und SVP stellen die Gruppe der Aufständischen, welche die Justiz zurückbinden möchten, FDP und SP schlagen sich auf die Seite der Richter. Während die Sozialdemokraten, die für zentralistische Lösungen stets zu haben sind, zur Vorlage wohl geschlossen nein sagen werden, könnte sich bei den Freisinnigen der eine oder andere daran erinnern, dass die Schweiz ein föderalistisches Land ist und unterschiedliche kantonale Regelungen eigentlich eine gute Sache sind. Stimmen ein paar FDP-Vertreter mit Ja, dürfte die Verfassungsänderung, die in der Vernehmlassung von siebzehn Kantonen im Grundsatz unterstützt wurde, in der Grossen Kammer ebenfalls angenommen werden. Dann müssten sich noch Volk und Stände dazu äussern.

Wer im Staat das Sagen hat

Der Kampf um das kantonale Wahlrecht kommt einer kleinen staatspolitischen Rebellion gegen das Bundesgericht gleich. Es geht um die Frage, die jüngst immer wieder aufgetaucht ist: Wer hat im Staat das Sagen, die Richter oder das Volk? Oder anders ausgedrückt: Soll das Bundesgericht ein kantonales Wahlsystem, das die Stimmbevölkerung für gut befunden hat, mit juristischen Argumenten nachträglich kippen können? Wie es dies etwa gegenüber den Kantonen Zug, Nidwalden und Schwyz getan hat? Es erstaunt nicht,



Verlangt wird ein «echterer» Proporz.

dass die Wahlrechtsfrage für die SVP-Fraktion, die sich die Selbstbestimmung des Volks und den Kampf gegen den «Richterstaat» auf die Fahnen geschrieben hat, «eines der wichtigsten Geschäfte während der Herbstsession ist», wie sie in einem Communiqué schreibt.

Dass sich die Situation auf diese Weise zugespitzt hat und es zu einer Machtprobe gegen die Justiz kommt, hat das Bundesgericht fast

Die Vorgabe trifft vor allem Kantone, in denen kleine Gemeinden eigene Wahlkreise bilden.

schon provoziert. Vor rund fünfzehn Jahren hatte es plötzlich damit angefangen, den Kantonen immer mehr Vorschriften zu machen, wie sie ihre Parlamente wählen dürfen. Es leitete neue Grundsätze aus der Bundesverfassung ab, die vorher niemand dort gesehen hatte – was einmal mehr zeigt, wie flexibel die Juristerei sein kann. Dabei gingen die Bundesrichter mit den lokalen Befindlichkeiten nicht gerade sensibel um; im Wallis beispielsweise wurde das Wahlverfahren, das 2005 noch als korrekt angesehen worden war, 2014 kurzerhand als verfassungswidrig abgekanzelt.

Vereinfacht gesagt, verlangt das höchste Gericht von den Kantonen heute einen «echteren»

Proporz. Demnach dürfen in einem Wahlkreis nicht mehr als zehn Prozent der Stimmen erforderlich sein, um einen Parlamentssitz zu erlangen. Die Richter begründen dies damit, dass alle Stimmen in gleicher Weise zum Wahlergebnis beitragen müssten; andernfalls wären selbst grössere politische Minderheiten faktisch von einer Wahl ausgeschlossen. Diese Vorgabe trifft vor allem Kantone, in denen kleine Gemeinden eigene Wahlkreise bilden; dort können schnell einmal zwanzig oder mehr Prozent der Wählerstimmen nötig sein, um ein Mandat zu erringen. Doch nicht nur beim Proporz, auch beim Majorz, der heute noch in Graubünden gilt, hat das Bundesgericht die Schraube angezogen. So liess es schon mehrfach durchblicken, dass es dem Mehrheitswahlrecht skeptisch gegenüberstehe. Es ist durchaus denkbar, dass das nächste Leiturteil von Mon-Repos dem Bündner Majorz ganz den Garaus machen könnte.

«Will man das auch verbieten?»

Der bundesgerichtliche Wahl-Perfektionismus ist nicht nur den Kantonen ein Dorn im Auge, die sich in ihrer Souveränität betupft fühlen und wie Nidwalden, Zug oder Schwyz teils neue mathematische Sitzverteilregeln wie den «doppelten Pukelsheim» einführen mussten, die kaum ein Normalbürger versteht. Auch gewisse Staatsrechtler finden, dass es das Bundes-

gericht zu weit treibt und etwas tut, was es nicht darf: die Verfassung nach eigenem Gutdünken fortschreiben. Von politologischer Seite zweifelt man vorab an der Logik des Bundesgerichts. «Das Bundesgericht schaut einzig und allein darauf, ob die Parteien möglichst proportional vertreten sind. Dabei gibt es noch andere legitime Ziele, die ein Wahlsystem verfolgen kann», sagt der an der Universität Lausanne lehrende Professor Georg Lutz. «Etwa jenes, eine Zersplitterung der Kräfte zu verhindern.»

Das Argument, dass Kleingruppierungen bei kleinen Wahlkreisen nur wenig Chancen auf ein Mandat hätten und das vom Bundesgericht eingeforderte 10-Prozent-Quorum deshalb angebracht sei, ist für Lutz nicht stichhaltig. Nicht jede Minderheit habe einen Anspruch darauf, im Parlament vertreten zu sein. Lutz sieht auch keinen Grund, kantonale Parlamentswahlen nach dem Majorzsystem einzuschränken. «Im Ausland, beispielsweise in Grossbritannien, ist man froh darüber, wenn nur eine Partei an der Macht ist.» Komme hinzu, dass ja auch der Ständerat im Majorzverfahren gewählt werde: «Will man das auch verbieten?»

Verfassungswidrige Nationalräte

Eine gewisse Unlogik zeigt sich auch, wenn man sich die Nationalratswahl anschaut. Die Nationalräte werden im Proporz gewählt, wobei jeder Kanton einen eigenen Wahlkreis bildet. Die Mehrheit der Kantone kann dabei bloss wenige Mandate vergeben: In neunzehn Kantonen sind es zwischen einem und acht Nationalratssitzen. Die Vorgaben an den Proporz, wie sie das Bundesgericht mit dem 10-Prozent-Quorum für die Wahl der kantonalen Behörden statuiert, werden für den Nationalrat also nicht eingehalten. 19 der 26 Kantone sind als Wahlkreis eigentlich zu klein, ihre Ratsvertreter sind, gemessen an den strengen Lausanner Massstäben, in einem verfassungswidrigen Verfahren gewählt worden. Nur die Aargauer, Berner, Genfer, Luzerner, Sankt Galler, Waadtländer und Zürcher Nationalräte dürfen sich vor dem Auge des Bundesgerichts als korrekt gewählt fühlen. Für die Kantone gilt somit ein deutlich strengeres Wahlrecht als für den Bund, man kann auch von doppelten Standards sprechen.

Es gibt also gute sachliche Gründe, warum sich der Nationalrat dem Widerstand gegen das Bundesgericht anschliessen sollte. In Graubünden, wo die Stimmbevölkerung wiederholt am Majorz festgehalten hat, müsste man kein richterliches Diktat befürchten. Andere Kantone, die ihr Proporzwahlrecht nur sehr widerwillig angepasst haben und den «doppelten Pukelsheim» verwünschen, könnten zur früheren Regelung zurückkehren. Vor allem aber, und das wäre für die Psychohygiene der vielen verletzten Seelen in den Kantonen wichtig, hätte man dem Bundesgericht für einmal den Meister gezeigt. ○

Bundeshaus

Scheinmehrheit der Rechten

Ausgerechnet, wenn es darauf ankommt, funktioniert die Zusammenarbeit zwischen FDP und SVP nicht.

Das zeigt sich besonders deutlich bei der «Steuervorlage 17».

Es war eine Kampfansage von Christian Levrat: Anfang April sagte der SP-Präsident dem *Tages-Anzeiger*, er wolle bei den Parlamentswahlen 2019 einen Stimmenanteil von über 20 Prozent erreichen, «um die rechte Mehrheit zu brechen». Von dieser erhofften numerischen Mehrheit im Nationalrat spürt man indessen wenig.

Dienstagmorgen im Bundeshaus: Zur Debatte stehen Investitionsanreize für die Wasserkraft. Obschon für solche Anlagen bereits reichlich Fördergelder fließen, beschloss die angeblich rechte Mehrheit des Nationalrates neue Subventionen – ganz im Sinne der staatsgläubigen Linken. Selbst SVP-Wirtschaftspolitikerin Magadalena Martullo-Blocher, die vor Jahren die Subventionsjäger der Strombranche verbal geisselte, stimmte am Dienstag dafür.

Ein anderes Lehrstück ist das heisse Dossier der «Steuervorlage 17». Egal, wie viele Kurven dieses Geschäft im Parlament noch nimmt, die Vorlage steht schon heute exemplarisch für die Desorganisation des Bürgerblocks. FDP und CVP stehen hinter dem von den Sozialdemokraten geprägten, sogenannten Kompromiss. Einsam dagegen stellt sich die SVP mit den Kleinstparteien BDP und GLP.

In Geiselhaft der Linken

Es geht um die Besteuerung bestimmter Arten von Unternehmen, die zum Beispiel von der Schweiz aus ihre weltweiten Geschäfte lenken. Im Berner Fachjargon spricht man von sogenannten Statusgesellschaften. Die im Ausland erzielten Gewinne dieser Unternehmen werden im Vergleich zu inländischen Gewinnen tiefer besteuert. Die Repräsentanten der EU und der OECD kritisieren diese Steuerprivilegien und drohen der Schweiz mit schwarzen Listen und anderen Kalamitäten, wenn die Privilegien nicht abgeschafft würden. Der Bundesrat will nun die herrschende, im Ausland umstrittene Regelung durch neue, international akzeptierte Bestimmungen ersetzen.

Sand ins Getriebe kam, als der Ständerat im Juni das «Steuerpaket 17» mit zusätzlichem Geld für die AHV verknüpfte. Aus Angst, die Linke werde diese Reform wie schon das Vorgängerprojekt Unternehmenssteuerreform III (USR III) per Referendum versenken, beschloss die Kleine Kammer die von der SP geforderte Verknüpfung der Vorlage mit einer Finanzspritze für die AHV.

Damit war die bürgerliche Entente zu Ende. «Wir lehnen diese Verknüpfung ab, sie ist



Sand im Getriebe: Rösti (SVP), Gössi (FDP).

demokratiepolitisch höchst bedenklich», warnt SVP-Präsident Albert Rösti. Die Vorlage verletze die Einheit der Materie. Rösti sagt auch, die SVP habe der FDP verschiedene Vorschläge unterbreitet, wie man das Problem hätte lösen können, auf die die FDP nicht eingestiegen sei. Die FDP habe sich dagegen von der Linken in Geiselhaft nehmen lassen. FDP-Präsidentin Petra Gössi begründete die Position ihrer Partei im *St. Galler Tagblatt* vor einigen Wochen folgendermassen: «Was wir bei der Steuervorlage erreicht haben, wäre noch vor kurzem undenkbar gewesen. Wir haben die Abstimmung zur USR III verloren, und trotzdem haben wir im neuen Paket wichtige Punkte durchgebracht – wie die Dividendenbesteuerung und Steuerabzug auf Eigenfinanzierung. Und bei der AHV handelt es sich um eine Finanzierung, die das Sozialwerk braucht.»

Es ist nicht das erste Mal, dass die Freisinnigen die SVP im Regen stehen lassen, indem sie sich mit der Ratslinken verbünden. Bei den Beratungen zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative der SVP zogen Freisinnige wie der Solothurner Nationalrat Kurt Fluri und der frühere FDP-Präsident Philipp Müller sogar die Fäden bei der Nichtumsetzung des neuen Zuwanderungsartikels.

Und das nächste Zerwürfnis steht bereits bevor: Sicherheitspolitiker aus CVP und FDP wollen das vom Bundesrat geschnürte Paket aus Kampfjets und Flugabwehrraketen auftrennen. Das Volk soll ausschliesslich über den Kauf der Flugzeuge abstimmen können. Die SVP plädiert dagegen für das Paket des Bundesrats, wie Präsident Rösti zu verstehen gibt. *Hubert Mooser*

«Weniger Risiko, höhere Gebühren»

Zehn Jahre nach der UBS-Rettung: Der spätere CEO Oswald Grübel über die Risikobereitschaft der Schweizer Banken, ihre Manager und die Lehren aus der Finanzkrise 2008.

Von Beat Gygi, Roman Zeller und Salvatore Vinci (Bild)

Oswald Grübel, der auch in politischen Fragen engagiert und klar auf einer liberalen Linie ist, zählt zu den profiliertesten Bankern der Schweiz. Er ist 1943 in Thüringen, Ostdeutschland, geboren und 1952 in den Westen geflohen, hat dann bei der Deutschen Bank eine Banklehre gemacht und ab 1970 den Aufstieg in der Credit Suisse (CS) begonnen, wo er 2002 als Sanierer an die Spitze kam. Im Frühling 2007 trat er als CEO der CS zurück, war kurze Zeit in Pension und wurde im Februar 2009 als CEO an die Spitze der UBS berufen, um die Bank aus der Krise zu führen. Im Herbst 2011 trat er unter Übernahme der Verantwortung für den Betrug eines Händlers zurück. Wir treffen ihn in seinem Büro in Zürich, wo Marktdaten aus aller Welt eine wichtige Arbeitsgrundlage sind.

Herr Grübel, Mitte Oktober sind es zehn Jahre her, seit die UBS durch Bund und Schweizerische Nationalbank (SNB) gerettet wurde. Inwieweit hat sich die Aktion Ihrer Ansicht nach gelohnt? Der damalige Verwaltungsratspräsident Peter Kurer hat soeben in der *NZZ am Sonntag* gesagt, die Rettung sei unnötig gewesen, der Staat habe die Bank dazu gedrängt.

Man muss vorsichtig sein mit Spekulationen. Als ich kurz nach der Rettung als neuer Konzernchef zur UBS kam, im Februar 2009, stellte ich fest, dass die Kapitalisierung der Bank an der unteren Grenze der regulatorischen Vorgaben lag, allerdings nicht unter dem Limit, die Bank war nicht pleite. In der westlichen Welt herrschte damals, im Herbst 2008, Anfang 2009, jedoch eine Vertrauenskrise, und das brachte etliche Banken – vor allem die mit schwächerem Management – dazu, eine Staatsbeteiligung einzugehen, um an Wert und Sicherheit zu gewinnen. Aber im Nachhinein ist klar, dass das nicht funktioniert hat.

Aber Sie konnten doch 2009 die UBS auf einen solideren Weg bringen.

Als ich angefangen habe, war die Bank am Tiefpunkt, und es ging darum, zuerst das Problem mit den USA zu bereinigen, dann möglichst schnell die Kapitalbasis in der Bilanz zu erhöhen und dem Bund die Staatshilfe zurückzuzahlen. Das haben wir innerhalb von eineinhalb Jahren erreicht, und für das Jahr 2010 wiesen wir einen Gewinn von 7,5 Milliarden Franken aus. Ich glaube, die heutige UBS-Führung



«Die Bank war nicht pleite»: Banker Grübel.

wäre froh, wenn sie das wieder könnte. Aber es herrscht jetzt eine derartige Abneigung gegen Risiken, dass Gewinn- und Kursniveau gleichermaßen niedrig sind.

Wann steigen die Börsenkurse der Schweizer Grossbanken endlich?

Wenn sich die Einstellung zum Risiko nicht wandelt, wird sich nicht viel ändern.

Was sind denn die Optionen der Banken?

Nachdem sie sich aus Investmentbanking und Handel weitgehend zurückgezogen haben, stehen sie vor der Frage: Was machen wir jetzt? Private Banking steht nun im Vordergrund, aber man darf nicht glauben, im Schweizer Private Banking seien in Zukunft noch dieselben Margen realisierbar wie in der Vergangenheit, als es für ausländische Kunden noch ein Bankkündengeheimnis gab. Ohne Bankgeheimnis stehen die Schweizer Banken voll im welt-

«Am Schluss hat man dann die Banken für den Schaden bezahlen lassen.»

weiten Wettbewerb, allenfalls mit dem kleinen Vorteil, dass man in der Welt draussen die Schweiz immer noch als Musterbeispiel eines stabilen Landes sieht. Es ist schon viel Geld ins Ausland abgeflossen, und mit neuer Technologie werden die Märkte noch viel härter umkämpft sein.

Sind die Banken in den letzten zehn Jahren also nicht vorwärtsgekommen?

Vorwärtsgekommen nicht, nein. Einiges hat sich unter dem Einfluss der Regulierung geändert. Dass in der Schweiz jetzt alle Banken das Private Banking forcieren wollen und der Begriff «Risiko» zum Schimpfwort geworden ist, ist für mich aber kein Konzept für die Zukunft. Ich habe noch die Zeiten erlebt, als man mehr wagen und Gewinn machen konnte, bevor die Verhältnisse eingeengt wurden.

Sich für die Zukunft rüsten kann aber doch auch höhere Eigenmittelpolster bedeuten.

Wir haben jetzt einfach die Vergangenheit verbessert, haben die Fremdkapitalanteile in den Bilanzen reduziert, dies dank mehr Regulierung als je zuvor. Und die Technologie erlaubt eine stärkere Überwachung als je zuvor. Aber wir haben noch nichts Neues erfunden für die kommende Zeit, nichts, um die Zukunft des Finanzsektors anders zu gestalten. Das hält die Bankaktien auf dem niedrigen Kursniveau.

Wer weniger Risiken im Rucksack hat, ist doch beweglicher für neue Wege.

Die Banken machen heute im Grunde nichts anderes als das, was sie vor der Krise gemacht haben, einfach mit weniger Risiko und mit 30 Prozent höheren Gebühren für die gleiche Leistung. Sie konzentrieren

sich auf Kredite, wobei die Bankkredite nicht sehr stark gewachsen sind, sondern vor allem die Hypothekarkredite. Man fokussiert auf ein Geschäft, von dem man glaubt, es sei mit wenig Risiken verbunden. Meiner Meinung nach liegt genau darin aber das Fatale: Das Risiko der Zukunft ist das, was man heute als wenig riskant, ja als risikolos betrachtet. Genau darin wird das Brisante der Zukunft liegen.

Dann gleicht eine Risikoreduktion eher einer Verkrampfung?

Jeder Privatmann weiss, dass man nur Geld verdienen kann, wenn man Risiken eingeht. Natürlich argumentieren die Regulierer genau gegensätzlich, weil sie ja jegliches Risiko vermeiden wollen. Aber wie gesagt, dabei wird übersehen, dass das, was wir heute als risikolos ansehen, in Zukunft das Risiko sein wird. Das ist unser typisch menschliches Verhalten. Wir bauen etwas auf und sagen bei jedem Schritt, es sei risikolos, immer wieder, bis zum Punkt, wo es kippt und das Risiko auf einmal da ist. Dann kommt das Argument, das habe man nicht kommen sehen, dabei lässt es sich im Nachhinein oft gut nachverfolgen.

Auch bei der Finanzkrise von 2008?

Ja, Subprime-Papiere konnten nur gehandelt werden, weil sie eine Rating-Einstufung hatten, ein «A» oder sogar «AAA». Dabei hat man an den Märkten gewusst, dass die Titel Schund sind. Aber das verliehene Rating trieb die besten Institutionen der Welt dazu, das Zeug zu kaufen. Am Schluss hat man dann die Banken für den Schaden bezahlen lassen, weil sie die Einzigen in der ganzen Kette waren, die noch Geld hatten.

Immerhin sind Schweizer Banken so unternehmerisch, dass sie die Expansion in Asien forcieren.

Alle gehen nun ins Asiengeschäft, und das ist teuer. Relationship-Manager kosten in Asien praktisch doppelt so viel wie hier, die Kunden sind angriffiger als in Europa, die Margen geringer – es ist kein Zuckerschlecken, dort Geld zu verdienen. Klar, es ist noch ein Wachstumsmarkt, stark abhängig vom Wachstum der chinesischen Wirtschaft und von den Kapitalexporten aus China. Sobald China langsamer wächst, wird Asien nicht mehr das Allheilmittel der Banken sein.

Sie haben gesagt, die Staatshilfe habe nicht funktioniert. Aber die seinerzeit gestützten US-Banken sind voll im Aufschwung.

Kurzfristig hat die Hilfe des Staates durchaus funktioniert. Die damalige Obama-Administration hat gewissen Banken ihre Beteiligung regelrecht aufgezwungen, um das System zu stabilisieren. In den USA denkt man realistischer und schneller als in Europa und handelt auch schneller; der Staat ist auch rasch wieder mit grossen Gewinnen ausgestiegen. Die Amerikaner versuchen, in der Politik möglichst das zu tun,

was für die Wirtschaft gut ist, nach dem Motto: «Wir leben von der Wirtschaft, je besser es der Wirtschaft geht, desto besser geht es uns.»

Sehen Sie das in Europa nicht?

Nein, in Europa spricht man viel von idealen Werten, man praktiziert Sozialismus.

Müssten Manager mehr Einfluss auf die Politik nehmen, damit die Rahmenbedingungen besser werden?

Natürlich, Manager müssten mehr den Mut haben, klar zu definieren, was es für ihr Geschäft braucht, damit es florieren kann. Das kann nicht nur darin bestehen, dass man über den starken Schweizer Franken klagt, nach dessen Schwächung ruft und alles auf die Nationalbank und den Regulierer abwälzt. Ein Regulierer hat einen harten Job, die Finanzmarktaufsicht Finma steht zwischen der Politik und dem Markt und wird von beiden Seiten laufend kritisiert.

Sie hat aber einen starken Hang zum detaillierten Eingreifen.

Genau deshalb müsste die Finanzindustrie mit dem Regulierer viel mehr Kontakt haben, sein Vertrauen gewinnen und ihn überzeugen, dass die Branche nachhaltig arbeite, nicht zu spekulativ vorgehe, nicht Fehler provoziere. Das gab es früher einmal, aber nach einer so einschneidenden Krise wie 2008 dauert es sehr, sehr lange, das Vertrauen wiederherzustellen.

Kommt man aus dem Regulierungsdickicht überhaupt wieder heraus?

Ja, aber das kann nochmals zehn Jahre dauern.

Können wir uns von Amerika abschauen, welche Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen sind?

Ausser der Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft nicht. Amerika hat auch kein solides Konzept für die Zukunft. In den vergangenen zehn Jahren hat sich vor allem die Verschuldung enorm erhöht. In der westlichen Welt haben sich die Staatsschulden mehr als verdoppelt. Die privaten Schulden sind ebenfalls in die Höhe geschossen, da sich die Anreize zum Schuldenmachen, etwa durch tiefe Zinsen, Steuerabzüge von Zinskosten oder die Kreditkartenindustrie, nicht geändert haben.

Wer muss einmal die Verantwortung dafür übernehmen?

Es übernimmt niemand die Verantwortung dafür, dass sich die Staaten in den letzten zehn Jahren zunehmend verschuldet haben und sich an Nullzinsen erfreuen. Die Euro-Zone ist im Schnitt – ohne Deutschland – zu weit über 100 Prozent des Bruttoinlandprodukts verschuldet. Die Einzigen, die ihre Schulden etwas reduziert haben, sind die Deutschen.

Aber im Grunde steht die lockere Geldpolitik hinter den Schuldenproblemen.

Seit langem haben die Zentralbanken immer wieder neue Liquidität bereitgestellt, um die Wirtschaft zu stützen oder den Euro

zu retten. Dies drückte die Zinsen nach unten und liess die Kreditvolumen anschwellen. Unsere Nationalbank hat dies ja auch stark forciert. Die Schweiz hat inzwischen die drittgrössten Währungsreserven der Welt in ihrer Bilanz – nach China und Japan kommt unser Land mit acht Millionen Einwohnern an dritter Stelle, das ist fast unglaublich.

Ist denn die Nationalbank-Bilanz nicht so etwas wie eine Tiefkühltruhe, deren Inhalt die Wirtschaft nicht wirklich berührt?

Nein, wenn die Nationalbank zusätzliches Geld druckt und zum Kauf von Devisen ausgibt, dann sind das eigentlich Schulden gegenüber der Bevölkerung. Durch die Abwertung des Frankens reduziert sie nämlich unser Volksvermögen.

Sollte man die Notenbanken strenger kontrollieren?

Sie haben das Geldmonopol, und die Frage stellt sich, ob sie überhaupt noch unabhängig sind oder ob sie zum Spielball der Politik geworden sind. Es scheint eher, dass sie das machen müssen, was ihnen die Politik aufdrängt. Wenn aber die Politik anfängt, sich in die Geldpolitik einzumischen, dann ist die Wirkung verheerend.

Das ist ja bei der Europäischen Zentralbank (EZB) eigentlich der Fall.

Ja, die EZB ist halb politisch geprägt, sie ist nicht unabhängig.

Wie lange kann die EZB ihren Kurs fortsetzen und Probleme einfach mit billigem Geld zudecken?

Wenn man einmal damit angefangen hat, ist es äusserst schwierig, da wieder herauszukommen. Mit all den Unterschieden zwischen den Staaten und den unterschiedlichen Verhältnissen in den Staaten gibt es für die EZB am laufenden Band etwas zu tun. Das nächste grosse Problem, das sie lösen muss, ist Italien. Wenn sie das nicht löst, läuft die Euro-Zone Gefahr, dass Italien irgendwann Austrittswünsche äussert. Ein entsprechendes Referendum wäre so explosiv, dass man sich das nicht erlauben kann. Beschwichtigende Leistungen der EU zugunsten Italiens werden gefragt sein.

Dann muss Draghis Nachfolger an der EZB-Spitze ähnlich denken.

Nachfolger wird ja wohl kein Deutscher werden, weil Merkel sich nun dafür interessiert, dass ein Deutscher EU-Präsident wird. EZB-Chef wird wahrscheinlich wieder jemand, der den Ideen des Südens und der lockeren Geldpolitik zuneigt. Auch da: Sie haben keine neuen Ideen und wissen nicht, was tun. Es ist natürlich schwierig, auf neue Ideen zu kommen, wenn man nicht bereit ist, mit der Vergangenheit aufzuhören. Das ginge allerdings in gewaltigem Umfang an den Stolz. Wenn klar wird,



«Neue Führerfigur»: Merkel, Macron.

was das Aufräumen kostet und wer es verschuldet hat, dann werden viele Kräfte das verhindern wollen.

Wie lange geht das noch so?

Das kann gut noch zehn oder zwanzig Jahre dauern. Immerhin ist tröstlich, dass alle sterblich sind und dass dies auch die Verhinderer trifft.

Wird Deutschland noch mehr Umverteilung an andere EU-Länder leisten?

Die EU hat ja eine neue Führerfigur, Macron hat Merkel abgelöst. Er hat das sehr geschickt gemacht – er war früher mal Banker,

«Man sieht, wie auf einmal bestimmte Leute besser dran sind als diejenigen, die hart arbeiten.»

deshalb kennt er sich in Zahlen auch besser aus als Merkel. Ihm ist bewusst, dass Deutschland im EZB-internen Verrechnungssystem, bei den sogenannten Target-2-Salden, fast 1000 Milliarden Euro auf dem Konto hat, die es von andern Ländern als Forderung zugute hat, aber noch nicht als Geld erhalten hat. Macron wird versuchen, mit den Forderungen der Deutschen Frankreich zu sanieren. Er hat politisch viel riskiert, hat aber bisher mehr erreicht als jeder andere vor ihm.

Saniert ist Frankreich aber noch nicht.

Nein, dazu braucht er die finanzielle Unterstützung vom Rest von Europa. Und der Rest von Europa, der nicht selber Geld braucht, ist Deutschland. Darauf zählt er, deshalb will er die deutsche Regierung unter Druck setzen. Meiner Ansicht nach wird er Erfolg haben, weil Deutschland im Verteidi-

gen nationaler Interessen schwach ist und sich eher mit der EU identifiziert.

Wann ist wegen der riesigen Geldmenge eine stärkere Inflation zu erwarten?

Die sehr expansive Geldpolitik macht eine künftige Inflation wahrscheinlich, aber mit dem Wissen und der Intelligenz von heute glaube ich nicht, dass die Notenbanken warten, bis uns die Hyperinflation erwischt und erledigt. Ich halte es für wahrscheinlicher, dass man von vornherein neue Währungen schaffen und dann einen Wechselkurs so zum Euro aushandeln wird, dass ein Teil des Geldwertes vernichtet wird.

Ist das mit Deutschland politisch möglich?

Es gibt politische Verwerfungen – Deutschland wirkt und funktioniert zwar demokratisch, das Land ist aber zerrissen, mit einer starken Rechten, einer starken Linken und einer schwachen Mitte. Das führt dazu, dass von den extremen Seiten mehr und mehr Forderungen nach Umverteilung kommen. Die öffentlichen Debatten und TV-Talkshows sind ein Spiegelbild davon, etwa nach dem Motto: «Wie nimmt man den Reichen das Geld weg?»

Sie sind in Ostdeutschland geboren und 1952 als Neunjähriger in den Westen geflohen. Wie sehen Sie die Ereignisse in Sachsen?

Ich war vor ein paar Wochen drüben in meiner alten Heimat in Thüringen, in der Nähe von Ilmenau. Ich habe meine Verwandtschaft besucht, und da sind die Auffassungen ähnlich wie anderswo in Ostdeutschland. Einige finden, früher sei es besser gewesen, das kommunistische System sei gut. Es sind aber wohl weniger als 20 Prozent, die solche Ideen der Linken vertreten. Meine Verwandten, die arbeiten, stehen jeden Tag morgens um vier Uhr auf, beginnen nach längerer Fahrzeit um sechs Uhr mit der Arbeit, machen Überstunden und erhalten den Mindestlohn. Ich sage Ihnen: Die haben kein leichtes Leben.

Das ist ein normales Industriegebiet?

Die Menschen arbeiten viel, aber die Industrie siedelt sich dort nur an, weil sie lediglich den Mindestlohn bezahlen muss. Einige verdienen sogar noch weniger, und wenn sie dann sehen, dass Zuwanderer kommen und mit einem Asylantrag 1400 Euro im Monat plus Wohnung und alles bezahlt erhalten, ist das ein Problem. Da staut sich ein Unmut auf, von dem wir noch nicht das Ende gesehen haben.

Das Sozialsystem wird gesprengt?

Man sieht, wie auf einmal bestimmte Leute besser dran sind als diejenigen, die hart arbeiten. Das fördert Unzufriedenheit mit der Politik und Betrügereien im System, genau wie das bei übertriebenen Steuerbelastungen der Fall ist. Es ist die älteste Geschichte der Welt, man kann nicht so mit Menschen umgehen. ○

Hilfe muss rentieren

China engagiert sich mit Krediten und Investitionen in Afrika. Das führe in eine Schuldenfalle, sagen Kritiker im Westen. Viel weniger nützlich ist jedoch die herkömmliche Entwicklungshilfe.

Von Beat Gygi

Wer ist Afrika näher: China oder der Westen? Das Forum über chinesisch-afrikanische Kooperation, das kürzlich in Peking auf höchster Ebene unter der Leitung von Präsident Xi Jinping über die Bühne gegangen ist, hat in Europa nervöse Reaktionen hervorgerufen. Das zweitägige Forum mit über vierzig afrikanischen Staatsoberhäuptern und zahllosen Wirtschaftsleuten wirkte wie eine Motivationsveranstaltung, welche die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika regelrecht entfesseln und eine bessere Stimmung erzeugen soll, als man es von den alten, eingefahrenen Beziehungen afrikanischer Regierungen zu westlichen Industrieländern her kennt. Sechzig Milliarden Dollar hat der chinesische Staatschef den afrikanischen Staaten in Aussicht gestellt, gleich viel wie am vorangegangenen Forum vor drei Jahren in Johannesburg. Laut den Angaben sind 20 Milliarden Dollar als verzinsliche Darlehen vorgesehen, 15 Milliarden als zinsvergünstigte Kredite, 15 Milliarden in Form von Fonds und 10 Milliarden zur Unterstützung chinesischer Firmen.

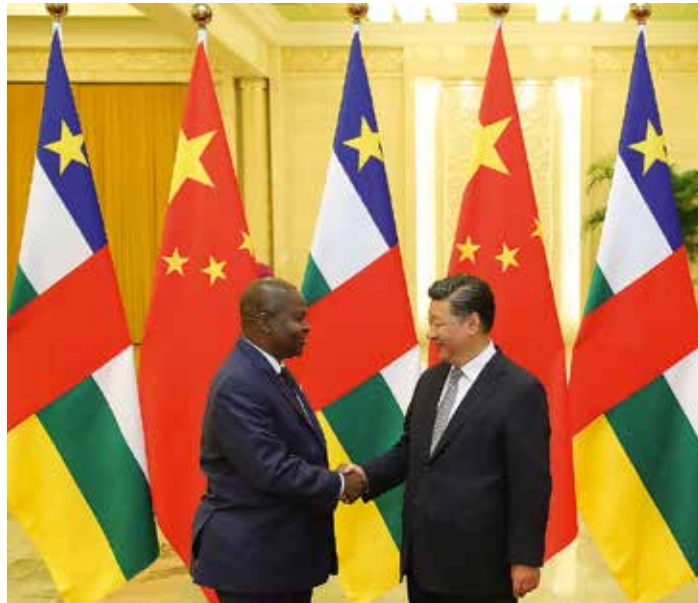
Alles fliesst

Wird mit solchen Geldflüssen der Westen ausgestochen oder nach und nach vom afrikanischen Kontinent verdrängt? Nein, die öffentliche Entwicklungshilfe der OECD, also der reicheren Industriestaaten, summiert sich zurzeit auf rund 150 Milliarden Dollar pro Jahr, und davon fließen etwas über 50 Milliarden in afrikanische Länder. Klar, China ist der grosse Einzelinvestor, während die OECD-Länder eine breite Palette von bilateralen Beziehungen oder Hilfeleistungen über Organisationen wie die Uno bieten. Am meisten Geld kommt aus den USA, gut 9 Milliarden Dollar. Die Schweiz ist für ihre Grösse mit viel Geld dabei, mit etwas über 0,6 Milliarden Dollar liegt sie knapp hinter den Top Ten.

Die Afrika-Engagements Chinas sind um die Jahrtausendwende ernsthaft lanciert worden, die Entwicklungshilfe des Westens dagegen fliesst seit fünfzig und mehr Jahren und fliesst und fliesst. Sie ist in den vergangenen Jahren vielerorts aufgestockt worden, weil in der Uno immer wieder auf die 1970 beschlossene Vorgabe gedrängt wird, jedes Land solle 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens

in die öffentliche Entwicklungshilfe leiten. Die Schweiz, die bei diesem Beschluss nicht dabei war, erreichte jüngst 0,47 Prozent.

Westliche Kritiker konzentrieren sich auf das Argument, dass Chinas Regierung mit ihrer Praxis die afrikanischen Länder in eine Schuldenfalle locke. Es würden Kredite in Aussicht gestellt, um mit dem Geld Strassen, Fabriken,



Neuer Schwung: chinesischer Präsident Xi Jinping (r.), Touadéra*.

Häuser oder Eisenbahnlinien zu bauen, chinesische Firmen würden die Projekte umsetzen – die Gefahr sei gross, dass afrikanische Regierungen aus kurzfristigem Interesse ihrem Staat überhöhte Schulden aufladen würden, um die begehrten Leistungen der Chinesen zu erhalten. Die chinesische Regierung

Es ist noch nicht so lange her, dass sich die Chinesen selbst von unten emporgearbeitet haben.

kontert mit dem Argument, dass es nicht die hochverschuldeten Länder seien, die für die chinesisch-afrikanischen Kooperationen im Vordergrund stünden. In den kommenden drei Jahren sollen acht Initiativen finanziert werden, die vor allem Investitionen in die Infrastruktur zugutekommen sollen.

Im Grunde gibt es für die chinesische Position ein noch kräftigeres Argument: Mit ihren Instrumenten setzen sie vor allem auf das Prinzip des Investierens. Sie gewähren Kredite für Investitionen, das heisst, dass die eingesetzten

Mittel eine vernünftige Rendite bringen müssen, sonst lässt man es bleiben. Die Empfänger sollen das Geld nur erhalten, wenn sich der Einsatz lohnt, die Geldgeber überwachen das.

Fremde Geber-Mentalität

Diese Praxis steht in starkem Kontrast zur Entwicklungshilfe der westlichen Industrieländer, die meist nach Überlegungen und Vorlieben von staatlichen Verwaltungen, nach den Wünschen von Interessengruppen sowie der Lobby-Stärke und den Verwaltungsbeziehungen vielfältigster NGOs vergeben wird. Frühere wissenschaftliche Untersuchungen der Vergabekriterien in der Schweizer Entwicklungshilfe kamen zum Schluss, dass man sich bei den Hilfszusagen jeweils stark am Vorjahr orientiert, bestehende Beziehungen spielen eine wichtige Rolle. Mit andern Worten: Wo sich die Entwicklungshilfeverwaltung Deza und zugewandte NGOs etabliert haben, da bleibt man, selbst wenn bei einem Land wie Indien klar wird, dass Schweizer Hilfe eigentlich nicht mehr nötig ist.

Aus dieser Sicht verspricht der chinesische Ansatz des Investierens mehr Wirkung bei der Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika. Von Bedeutung ist zudem, dass China vom Lebensstandard her näher bei Afrika liegt als bei Europa und damit auch eher aufs Rentieren der Investitionen angewiesen ist. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandprodukt Chinas liegt am oberen Ende des afrikanischen Spektrums. Die Chinesen kommen im Durchschnitt auf gut 7300 Dollar pro Jahr – etwa einen Zehntel des Schweizer Wertes – und liegen damit nah bei den gut 7800 Dollar der Südafrikaner sowie spürbar über den gut 5800 Dollar in Namibia oder den gut 4800 Dollar in Algerien. Die Menschen in Kenia und anderen afrikanischen Ländern hingegen sind mit Werten in der Nähe von 1000 Dollar oder weniger viel knapper dran und leben weit unter dem chinesischen Niveau.

Es ist allerdings noch nicht so lange her, dass sich die Chinesen selbst von unten emporgearbeitet haben, und die damit verbundene Haltung kann stärker auf Afrikas Entwicklung abfärben als die Geber-Mentalität der westlichen Länder. ○

Auswärts wie zu Hause

Vom WG-Zimmer bis zur Luxusbleibe: Mit Airbnb kann man weltweit preisgünstig Ferienunterkünfte mieten. Aus einer Studentenidee ist innert zehn Jahren ein milliardenschweres Unternehmen geworden. In der Schweiz regt sich Widerstand von links. *Von Peter Keller*

Es ist doch eigentlich eine Idylle. Bei home-sharing denkt man an freundliche Fremde, die einsamen Wanderern nachts die Tür öffnen. Drinnen glänzt es einladend, ein dampfender Eintopf verströmt Willkommensdüfte, und ein Satz schwebt über allem: «Setz dich zu uns, wir teilen Brot und Bettstatt mit dir.»

Natürlich ist Airbnb – das grösste Onlineportal für die Vermittlung von Ferienunterkünften – seit seiner Entstehung nie ganz so rührend dahergekommen, doch war die Grundidee zunächst einmal die: Ehemalige Schulkameraden entwickelten aus einem persönlichen Bedürfnis heraus ein Geschäftsmodell. Um die Miete ihrer Wohnung in San Francisco zahlen zu können, begannen die Airbnb-Gründer Joe Gebbia und Brian Chesky 2007, Schlafplätze auf dem Boden ihres Wohnzimmers zu «vermieten», machten ihren Übernachtungsgästen dazu noch Frühstück. Vor zehn Jahren, 2008, erfolgte die Firmengründung.

Wie alles begann: Gebbia und Chesky, School-of-Design-Absolventen aus Rhode Island, verkauften in San Francisco selbstgemachte Cornflakeschachteln, «Obama O's» und «Cap'n McCain's» betitelt, an Passanten und versuchten so, ihr neugegründetes Start-up Airbed & Breakfast zu finanzieren. Der Erfolg kam schnell. Das Start-up spielte in die Hände derer, die im Zuge der Finanzkrise ihr Vermögen eingebüsst hatten und durch Untermiete dazuverdienen mussten oder konnten. Die Idee des *couchsurfing* war überdies niemandem ganz fremd. Airbnb sprach das Lebensgefühl einer ganzen Generation an, vor allem das der Millennials: schnell und praktisch reisen, eben nicht so gediegen wie Eltern und Grosseltern, auch nicht in Hotels, sondern komfortabel in Privatwohnungen, kosmopolitisch.

Sozialdemokratische Idealökonomie

2011 war Airbnb schon über eine Milliarde Dollar wert. Im selben Jahr gab es bereits eine Million Buchungen – eine heute lächerlich wirkende Zahl: 2016 konnte Airbnb 140 Millionen Buchungen verzeichnen. Für nächstes Jahr ist der Gang an die Börse geplant, man spricht von dreissig Milliarden Dollar Kapital. Analysten erwarten für das Unternehmen noch grösseres Wachstum als bisher. Das Angebot umfasst von der klapprigen Ferien-WG bis zur Luxusbleibe jeden nur erdenklichen Wohnraum in den meisten Städten der westlichen Welt, auf allen Kontinenten inklusive Schwarzafrikas.



Komfortabel und kosmopolitisch: Idylle auf Bali.

Das Unternehmen steht exemplarisch für die New Economy und wurde auf der *National Convention* der Demokraten im vergangenen Jahr als Verkörperung der progressiven Werte von heute gepriesen. Das Konzept liest sich denn auch wie eine sozialdemokratische Idealökonomie: Man teilt (temporär) ungenutzten Besitz mit anderen (*share* = teilen) und schont damit Ressourcen – seien es Motorfahrzeuge, Velos, Dienstleistungen oder eben Übernachtungsmöglichkeiten. 2017 vermittelte Airbnb allein in der Schweiz über zwei Millionen Übernachtungen. Nur dass in der Schweiz, nicht zuletzt befördert durch Empörungswellen rot-grüner Verhinderungsbündnisse, noch offen ist, ob und vor allem wie die Plattform weiterbestehen wird.

Die Stadt Bern etwa will Airbnb ganz verbieten. Viele entrüsteten sich, befürchteten eine durch die Sharing Economy – wozu auch die Fahrdienstleistungsplattform Uber gehört, die bis auf weiteres in der Schweiz verboten ist – verursachte Prekarisierung des Hotelwesens und ganzer Bevölkerungsschichten in den Grossstädten. Gegenüber an Mietbremsen ausgerichteten Wohnkonzepten wirkt Airbnb erst mal wie ein Albtraum, in dem geschäftstüchtige Investoren bedürftige Familien aus ihren Wohnungen treiben. Dazu tragen auch Berichte aus New York bei. Dort ist Airbnb

verboten, gleichzeitig ist das Angebot weltweit am drittgrössten. Es geht das Schreckensbild um von den Armen ohne Krankenversicherung, die nun auch noch gezwungen sind, ihre Unterkunft an Fremde zu verramschen, während sie – zum Umfallen müde – neben ihrem Hauptjob über Task-Rabbit vermittelten Tätigkeiten wie Butler-Aushilfe, Umzugshelfer oder Teppichverleger nachgehen – der Mensch als sein eigener Leiharbeiter.

«Touristischer Wildwuchs»

Zudem, so ein kürzlich erschienener Bericht von David Wachsmuth, Professor für Stadtplanung an der McGill-Universität, haben Kurzzeitmieten negative Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Wachsmuth und Kollegen werteten die auf der öffentlich zugänglichen Analyseplattform AirDNA verzeichneten Airbnb-Aktivitäten zwischen 2014 und 2017 aus und kamen zu dem Ergebnis, dass das Unternehmen zu einer Erhöhung der Mieten, zu Wohnungsknappheit und Gentrifizierung beitrage.

Wie erheblich dieser Einfluss ist, hängt von dem jeweiligen städtischen Ballungsgebiet ab. Zunächst einmal, das räumt auch der Bericht ein, sind es New Yorker und damit Amerika-spezifische Probleme: Die ohnehin schon vorhandene «natürliche Segregation» in Städten

und Vorstädten (Gutverdienend, Gebildet und Weiss versus Arm, Ungebildet, Afroamerikanisch) wird durch Airbnb in der Tat verstärkt. Gelegentlich kaufen Investoren mehrere Gebäude oder Wohnungen und bieten diese über Airbnb an: ein Vorgehen, das gegen die «one host, one home»-Regel von Airbnb verstösst.

Kurz, von «touristischem Wildwuchs» ist die Rede, von Segregation und Gentrifizierung, dem Ende der Schweizer Innenstädte als Orte – ja für wen eigentlich? Für die Schweizer, für die Nichtschweizer? Eine Verödung der städtischen Zentren wird befürchtet, so etwa von den Berner Grünen. Was schon arg konstruiert wirkt: Airbnb-Gäste tendieren zu erhöhtem Konsum für die Dauer ihres Aufenthaltes, frequentieren Restaurants, Cafés, Konzertlokale, Supermärkte und Geschäfte.

Pro Buchung erhebt Airbnb eine Buchungsgebühr von 6 bis 13 Prozent, in Ländern der EU sowie in der Schweiz, Norwegen, Island und Südafrika ist die landesübliche Umsatzsteuer darin eingeschlossen. Stadtregierungen tragen nun Regulierungsgedanken vor. Zug,

Auch das griesgrämige Beäugen am Hotelpool oder im Speisesaal darüber entfällt.

Basel und Zürich erheben eine Kurtaxe auf Airbnb-Vermietungen. Forderungen nach einem «Zweckentfremdungsverbot der eigenen Wohnung» werden laut – wie in der Westschweiz, in Berlin oder New York.

Manche Gründe für eine Airbnb-Regulierung, gar für ein Verbot des Unternehmens scheinen stichhaltig. Dennoch sollte es möglich sein, Airbnb einmal anders zu betrachten als aus verbiesteter Mieterverbandsperspektive oder dem Blickwinkel nervöser Hoteliers. Zum Beispiel aus der Sicht desjenigen, der nach einem bezahlbaren Aufenthalt in einer schönen Stadt Ausschau hält. Oder aus der Sicht derjenigen, die über Airbnb ihr Eigentum zu Verfügung stellen (müssen), um ein Zusatzeinkommen zu generieren oder Rechnungen begleichen zu können.

Airbnb ist klar und diskret. Man kann sich für ein paar Tage wie zu Hause fühlen und in Unterhosen rumlatschen, kochen, wenn man mag, und abends auf dem Balkon ein Glas Wein trinken. Kein umständliches Ausweiskopieren oder Wi-Fi-Passwort-Erfragen wie im Hotel. Die Putzgebühr für die Zimmerreinigung wird mit der Buchung erhoben. Das griesgrämige Beäugen am Hotelpool oder im Speisesaal darüber entfällt, wer wohl jetzt wieder die besten Liegestühle am Wasserrand oder die Tische nahe den Buffetauslagen abkriegt. Und das alles für siebzig Franken und zwei Gehminuten vom Sechsläutenplatz. ○

Gegenrede

Unvollständige Beweisaufnahme

Wenn politische Kontrahenten die Realität nach ihrem Gusto umdeuten, muss der Reporter Richter sein – im Sinne des *Weltwoche*-Slogans «Schreiben, was ist». Von Maurice Thiriet

Ein 22-jähriger irakischer Asylbewerber erstickt am Stadtfest in Chemnitz mutmasslich einen 35-jährigen deutschen Familienvater. Der Asylbewerber ist mehrfach vorbestraft und hätte bereits abgeschoben sein müssen.

In der Woche darauf mobilisierten Gruppierungen wie die AfD, Pegida, die rechtsextreme Pro Chemnitz oder die Hooligan-Gruppierung Kaotic Chemnitz Kundgebungen mit teils mehreren Tausend zumeist unauffälligen Teilnehmern, die ihrem Unmut über die für ihren Geschmack zu lasche Asylpolitik der Regierung Merkel Luft machen wollen.

Die Reportage von der grössten Kundgebung am 1. September und das zugehörige Editorial von *Weltwoche*-Chefredaktor Roger Köppel zeichnen das Bild einer sächsischen Bevölkerung, die wütend, aber friedlich gegen eine Übervorteilung durch Berlin protestiert und wegen einzelner Neonazis von ebenjener Regierung und den Weltmedien unfairerweise als «Nazi»-Bundesland abgestempelt werde.

«Adolf-Hitler-Hooligans!»

In Reportage und Editorial ausgelassen oder gar bestritten sind per Video und Foto mehrfach gut dokumentierte Angriffe auf Migranten, Journalisten und Polizisten, das Zeigen des Hitler-Grusses und anderer verfassungswidriger Symbole sowie Parolen wie «Wir sind die Fans – Adolf-Hitler-Hooligans», «Ausländer raus!» oder «Nationaler Sozialismus – Jetzt».

Diese antidemokratischen Auswüchse der straff organisierten rechtsradikalen Kräfte in Sachsen sind in der Chemnitz-Reportage der *Weltwoche* ebenso unerwähnt wie die Tatsache, dass die AfD hinsichtlich der bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen ein vitales Interesse daran hat, mit dem Asylthema Wähler von CDU und CSU abzuwerben. Auch nicht erwähnt ist, dass ein Mitarbeiter im Justizvollzug den Haftbefehl gegen einen der Tatverdächtigen vom 26. August fotografiert und Pro Chemnitz zu Propagandazwecken zur Verfügung gestellt hatte. Und ebenfalls unerwähnt ist, dass Sachsen die Heimat des NSU war, der zehn Morde und mehrere Bombenanschläge verübt hatte.

Realität als kleinster gemeinsamer Nenner

Diese Fakten einfach wegzulassen, macht den thukydideischen Effort des *Weltwoche*-Chefredaktors, sich vor Ort und in allen Lagern über die Geschehnisse zu informieren, weitgehend zunichte. Jedenfalls dann, wenn man



Was passiert, wer macht was: Chemnitz, 2018.

unter journalistischer Arbeit eine Tätigkeit versteht, die es einer demokratischen Bevölkerung ermöglichen soll, einen lösungsorientierten Diskurs zu Problemen und Herausforderungen ihrer Zeit zu führen. Dies ist nur dann möglich, wenn die Realität der kleinste gemeinsame Nenner der Diskussion ist. Was passiert, wer macht was, *cui bono* und was sind Rahmenbedingungen und Vorgeschichte?

Nur wenn darüber ein Mindest-Konsens herrscht, können wir politische Debatten führen, Deutungen der Geschehnisse verargumentieren und Haltungen dazu nachvollziehbar vermitteln, beziehungsweise verstehen und uns selbst eine Meinung bilden.

Erst Beweis, dann Urteil

Im derzeitigen politischen Klima, in dem die Kontrahenten selbst gut dokumentierte Sachverhalte glatt leugnen, nach ihrem Gusto umdeuten, «alternative Fakten» präsentieren und den Rest als «Fake News» abtun, kommt die Aufgabe des Reporters oder des Chefredaktors im Feld derjenigen des Richters nahe: erst vollständige Beweisaufnahme, dann Beurteilung des Sachverhalts.

Maurice Thiriet ist Chefredaktor des Online-Portals *Watson*.



Das grosse Ganze: Politaktivist Bannon im neuen Dokumentar-Film «American Dharma».

Bannon fasst Fuss in Europa

Steve Bannon will mit seiner Populistenbewegung «The Movement» Europa aufmischen. Mit Italiens Innenminister Salvini hat sich eine prominente Figur auf die Seite des Amerikaners geschlagen. Besuch in Venedig, wo Bannon im «Gritti Palace» die *Weltwoche* in seine Angriffspläne einweihte. Von Urs Gehrig

Rasch hatte sich in der Lagunenstadt das Gerücht verbreitet, Steve Bannon sei eingetroffen. Die Welle der Emotionen schwappte über bis an den Lido, wo der neuste Dokumentarfilm über den Aufmischer aus Amerika im Programm stand: «American Dharma», gedreht von Oscar-Preisträger Errol Morris. Auf dem roten Teppich wartete man dann allerdings vergeblich auf Trumps ehemaligen Chefstrategen, der von den Medien lustvoll als «Teufel» bezeichnet wird. Er habe sich «durch einen Seiteneingang» in den Kinosaal hineingeschlichen und auf dem «Balkon im Fond» Platz genommen und dabei, in ein «dunkles T-Shirt» gekleidet, «ziemlich schlampig» ausgesehen, vermeldet das Filmmagazin *Variety*. Was von der Restpresse brühwarm weitergereicht wird.

Im «Gritti Palace», der besten Adresse der Stadt in unmittelbarer Nähe zum Dogenpalast, krümmt sich Bannon vor Lachen. «Fake News!



«Furcht ist normal»: Peck in «Twelve O'Clock High».

Ich war nicht im Publikum. Ich war hier und habe mit Giorgia Meloni [Chefin der Rechtspartei Fratelli d'Italia, die Red.] konferiert.»

Bannon wandert durch seine Suite mit direktem Blick auf den Canal Grande. Seine Te-

lefone klingeln. Journalisten aus aller Welt bitten um einen Kommentar. Tags zuvor hatte die *New York Times* einen anonymen Brief eines «ranghohen» Beamten in der Trump-Administration veröffentlicht, der den Präsidenten frontal angreift (siehe Seite 49). Bannon spricht von einem «Staatsstreich». Innerhalb der US-Regierung gebe es ein «Netzwerk», das mit dem republikanischen Establishment verhandelt sei. «Sie versuchen, Trump zu Fall zu bringen.»

Bannon ist in seinem Element. Er hält Hof, zieht die Fäden im Hintergrund und hält die Medienwelt auf Trab. Der neue Film bringt ihn wieder ins Gespräch.

«Wie fandest du den Streifen?», fragt er. «Stark», sagt Mischael Modrikamen: «Es ist die Art von Filmen, die ich meinen Leuten zeige.» Modrikamen ist Bannons rechte Hand bei dessen Europa-Mission. Zur gemeinsamen Sitzung hat er Bannon ein Geschenk mitge-

bracht, eine Biografie der Guggenheim-Familie (Kunstmäzenin und Galeristin Peggy Guggenheim war regelmässiger Gast im «Gritti»). Bannon liest die Widmung vor: «Ein Souvenir aus Venedig, wo wir die Grundlage unseres gemeinsamen Dharmas legen.»

«Was habe ich bloss getan?»

Modrikamen ist wallonischer Belgier, Anwalt, Präsident des kleinen Parti populaire (der einen Abgeordneten im belgischen Parlament stellt) und ausserdem Chefredaktor der Zeitung *Le Peuple*. Nach Trumps Wahl zum US-Präsidenten hat er in Brüssel eine Organisation mit Namen «The Movement» (Die Bewegung) gegründet. Seit Juli ist Bannon mit an Bord. Zehn Leute zählt die Zentrale, die in Modrikamens Privatvilla im Süden Brüssels einquartiert ist.

Regisseur Errol Morris kramt derweil, von den Medien in die Enge getrieben, nach apologetischen Worten. Mit «American Dharma» habe er Bannon eine Plattform gegeben und dessen «rassistische» Ansichten «normalisiert», lautet die scharfe Kritik. «Wenn du in «American Dharma» sitzt und nichts über Trumps ehemaligen Berater weisst, wirst du ihn wahrscheinlich für eine faszinierende, überzeugende und bisweilen sogar charmante Figur halten», schreibt ein Branchenmagazin entsetzt. Morris, der sich als überzeugter Linker bezeichnet, zeigt sich reumütig. «Was habe ich bloss getan?», sagt er seufzend im Interview mit *Vanity Fair*.

Morris hat Bannon gebeten, eine Auswahl von dessen Lieblingsfilmen – etwa Stanley Kubricks «Paths of Glory» (1957) oder Orson Welles' «Chimes at Midnight» (1965) – zu treffen. Anhand von Schlüsselszenen versucht er, Bannons Denken auf die Spur zu kommen.

Bannon landet seine bekannten Knallersätze wie ein Jahrmarkt-Herkules, der den Vorschlaghammer auf den Lukas haut. Er



«Wer weiss?»: mit Salvini (M.), Modrikamen (r.).

spricht vom Krieg der grossen Ideen. «Wir brauchen eine radikale Umstrukturierung. Es kann keine Kissenschlacht sein. Man braucht Killer, um den Wandel herbeizuführen.»

Manchmal lässt er sich in die Seele blicken, oder zumindest auf deren äusserste, wohlpräparierte Schicht. Etwa als er die Rolle des Fliegergenerals Savage (Gregory Peck) im Zweiter-Weltkrieg-Drama «Twelve O'Clock High» kommentiert, der seine verunsicherte Truppe von Bomberpiloten mit bitteren Worten auf den Kampf einschwört: «Furcht ist normal. Aber hört auf, darüber nachzudenken. Hört auf, euch Sorgen über euch selbst zu machen. Stellt euch vor, ihr seid bereits tot.»

Mit seiner unerbittlichen Art sei General Savage «bereit, nicht geliebt, sondern gehasst zu werden», sagt Bannon und spricht dabei über sich selbst. «Er versteht, was zu tun ist. Er versteht sein Dharma. Dharma ist die Kombination aus Pflicht und Schicksal.»

«Was ist Ihr Dharma, Mr Bannon?», fragen wir im «Gritti Palace» nach. «Meine Pflicht ist es, einen Apparat zu bauen, damit der kleine Mann eine Stimme erhält.» Der Einzelne sei nicht wichtig, es gehe um das grosse Ganze.

Und das grosse Ganze sei der Schulterschluss von populistischen Bürgerbewegungen auf der ganzen Welt. Zuerst jedoch fokussiere er auf Europa. Dieser Mission widme er sein Leben.

Bannons Planspiele für den «kleinen Mann» entbehren nicht der Ironie, zumal er sie in einer royalen Suite vor glitzernder Weltkulisse ausspricht. Lohnt sich die Mühe denn überhaupt? Oder anders gefragt: Haben sich die nationalen Populisten nicht per definitionem auf die eigene Nation fokussiert?

«Die Globalisten haben sich vereint; wir müssen es auch tun», sagt Modrikamen. Zwar hätten einzelne Staaten die Migrationskrise zu managen versucht, doch auf europäischer Ebene seien die Stimmen der Populisten nicht koordiniert.

Modrikamen nennt vier gemeinsame Themen, die als gemeinsame Basis des «Movement» dienen sollen: Wiederherstellung der nationalen Souveränität, Kampf gegen den radikalen Islam, Kontrolle der eigenen Grenzen und der Migration. «Der Einstrom von Menschen aus rückwärtsgewandten Regionen, die unsere Werte nicht teilen, besonders was Frauen angeht, muss gestoppt werden.»

Zu verschiedene Interessenlagen?

Nach seinem Zerwürfnis mit Trump Anfang Jahr hatte Bannon im März in Rom erstmals europäische Luft geschnuppert. Nach dem Sieg der Populisten in Italien reiste er in die Schweiz (wo er bei «Weltwoche on the Road» auftrat), weiter nach Frankreich, Ungarn und Tschechien. Unterdessen habe er mit Vertretern aller Rechtsparteien gesprochen, in direkten Treffen oder am Telefon. Sein Eindruck? «Es ist ganz einfach: Die Geschichte ist auf der Seite der populistischen Souveränitätsbewegungen in Europa. Die Energie, die Dynamik, du kannst sie förmlich spüren.» Die meisten Rechtsparteien haben bislang allerdings we-

Geldsparen in jeder Lebenslage: 20 Steuertipps.

Diese Woche:
Mehrwert für Ihr Portemonnaie.



www.handelszeitung.ch | Kostenloser Newsletter | Jeden Donnerstag am Kiosk | Als mobile App für iPad und iPhone | Digital-Abo zum Kennenlernen

Zur Wirtschaft. Zur Sache.

Handelszeitung



Inside Washington

Zauberstab

Barack Obama greift in den Wahlkampf ein. Trump pariert mit Wirtschaftszahlen.

Sein Haar mag grau sein, doch seine Rhetorik ist feurig. Barack Obama schiebt beiseite, was er selbst als «weise amerikanische Tradition» bezeichnet hat, nämlich dass «Ex-Präsidenten der politischen Bühne würdevoll fernbleiben» sollen. Er ist der Meinung, die Gefahr sei gegenwärtig gross. Bloss zwei Monate vor den Zwischenwahlen, mit der verlockenden Möglichkeit vor Augen, dass seine Partei die Mehrheit im Kongress zurückerobern könnte, zerschlägt Obama das «Notfallglas» und ergreift die rhetorische Feueraxt.

Am Freitag trat er an einer Uni in seinem politischen Heimatstaat Illinois auf. Der Zustand der US-Politik sei «nicht normal» und «reif für Missbrauch» durch «schamlose Politiker, die ohne Gewissensbisse und Scham in Amerikas dunkle Vergangenheit der rassischen, ethnischen und religiösen Spaltung zurückfallen». Trump liess mit seiner Reaktion nicht lange auf sich warten. Vergnügt twitterte er: «Präsident Trump bräuchte einen Zauberstab, um 4 Prozent BIP-[Bruttoinlandprodukt-] Wachstum zu erreichen», sagte Präsident Obama. Ich glaube, ich habe einen Zauberstab.» Beobachter bemerkten, dass Trump sich auf Obamas Aussage im Wahlkampf 2016 bezog, mit der sich dieser über Trumps Ankündigung lustig machte, er würde Jobs zurück in die USA bringen. «Wie will er das schaffen?» fragte Obama damals. «Er sagt bloss: Ich werde einen besseren Deal aushandeln.» Nun, wie willst du das fertigbringen? Welche Art Zauberstab hast du?» Am Sonntag schrieb die *Washington Post*: «Der Job-Boom hat unter Trump endlich die einfachen Handwerker erreicht.»

Lindsey Graham, Senator aus South Carolina und Schwergewicht in der Republikanischen Partei, empfiehlt seinerseits: «Je mehr Obama über die «guten alten Jahre» seiner Präsidentschaft spricht, desto grösser sind die Chancen, dass Präsident Trump wiedergewählt wird.» *Amy Holmes*

nig begeistert auf Bannons Avancen reagiert. «Herrn Bannon wird es nicht gelingen, zur Europawahl eine Allianz von Gleichgesinnten zu schmieden», äusserte sich kürzlich AfD-Chef Alexander Gauland in einem Interview mit dem Online-Newsportal *Der Westen* überzeugt. Zu stark würden sich die Interessenlagen der systemoppositionellen Parteien in Europa unterscheiden. Und Jérôme Rivière, Pressesprecher des Rassemblement national (ehemals Front national), an dessen Parteitag Bannon neben Marine Le Pen aufgetreten war, sagte im Interview mit *Politico* klipp und klar: «Wir lehnen jegliche supranationale Entität ab und beteiligen uns nicht an einer Organisation mit Bannon.» Das klingt – gelinde gesagt – wenig ermutigend.

«Rivière wird veranlassen, dass *Politico* dies richtigstellt», fährt Bannon barsch dazwischen, «denn er hat nie so etwas gesagt.» Ausserdem

Salvinis Beitritt zum «Movement» ist ein Triumph für Bannon.

sei klar, dass einige nicht mitmachen würden. «Wir nötigen niemand, dabei zu sein.» Man sei auch nicht daran interessiert, irgendjemandem zu sagen, was er zu tun habe. «Die Bewegung soll ein Bindegewebe sein, eine lose Vereinigung.» – «Ein Klub», ergänzt Modrikamen.

«Ich bin wie De Niro»

Am Tag nach unserem Gespräch in Venedig treffen sich Bannon und Modrikamen mit dem italienischen Innenminister und Chef der Lega, Matteo Salvini, in dessen Regierungsbüro in Rom. Danach bestätigt Salvinis Sprecherin der *New York Times*, dass sich Salvini dem «Movement» angeschlossen habe. Kurz darauf legt Salvini am Rande eines Wirtschaftsforums in Norditalien nach. «Wir arbeiten daran, die wichtigste europäische parlamentarische Gruppe zu werden.» Die europaweiten Wahlen nächsten Mai seien für das «Movement» die Chance für einen «historischen Wandel und die letzte Möglichkeit, Europa zu retten».

Salvini ist derzeit die treibende Kraft unter Europas Rechtspolitikern. Sein Beitritt zum «Movement» ist ein Triumph für Bannon. Damit steigen die Chancen, dass sich weitere rechte Gruppen anschliessen werden. Unterdessen bekannte sich auch Giorgia Meloni, die *leading Lady* der italienischen Rechten, zur paneuropäischen Populistenbewegung. Die nächste «Trophäe» wäre Ungarns Premier Viktor Orbán. Modrikamen zeigt sich zuversichtlich. Man sei mit vielen Parteien in regem Gespräch.

Betreffend sein Vorgehen in den nächsten Monaten lässt sich Bannon wenig in die Karten blicken. Er kenne seine nächsten Schritte selber nicht. «Ich bin der Erste, der zugibt,



Treibende Kraft: Salvini (r.), Orbán.

dass unser Plan nicht im Detail durchdacht ist. Wir planen während des Marschierens.»

So improvisiert sich Bannons Angriffsplan für Europa ausnimmt, so klar ist sein Ziel: eine möglichst grosse Zahl an Populisten ins Europäische Parlament wählen zu lassen, damit sie dort die Agenda von Macron und Merkel blockieren können.

«Im Militär und bei feindlichen Übernahmen nennen wir das «command by negation», erklärt Bannon. Kommandieren durch Obstruktion. «Wenn du eine kritische Grösse erreichst, kannst du alles blockieren und buchstäblich deinen Willen durchsetzen. Es ist derselbe Prozess, den wir angewandt haben, um die Republikanische Partei zu übernehmen.»

Zurzeit ist Bannon wieder voll im amerikanischen Wahlkampf engagiert. Im August hat er «Citizens of the American Republic» gegründet. Bei den Zwischenwahlen am 6. November unterstützen sie Kandidaten, die auf Trump-Linie politisieren. Die Demokraten hätten Blut gerochen, sie wollten Trumps Skalp. «Ihre Taktik ist brillant, ich bewundere ihre Energie», so Bannon. Die Kampagne des Weissen Hauses und der rechten Lobby-Gruppen seien dagegen «inkompetent». Also habe er einen «war room» gegründet, eine Einsatzzentrale mit 25 Mitarbeitern. «Wir befinden uns in einem Informationskrieg. Und wir stellen sicher, dass das Publikum mit einem konstanten Informationsfluss versorgt wird.» Diese Woche lanciert er einen eigenen Dok-Film – «Trump at War» – mit dem er Trumps Basis zur Stimmabgabe motivieren will.

Nach den Novemberwahlen werde er sich vermehrt auf Europa konzentrieren und auch hier einen «war room» einrichten, voraussichtlich in Modrikamens Brüsseler Zentrale. Bis März 2019 werde die Kampagne auf Hochtouren laufen, mit der Intensität eines amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes.

Offiziell scheint Bannon bemüht, sich im Hintergrund zu halten, als eine Art amerikanischer Onkel und *matchmaker*. «Das ist ein europäisches Ding», beteuert er. Als Stellvertreter von Modrikamen fungiert der Brite Raheem Kassam, ehemals Berater von Nigel Farage, der

treibenden Kraft hinter Brexit. Indem Bannon die beiden Personen an der Spitze postiert, hat er auch gegen allfällige Rassismus- und Antisemitismus-Vorwürfe eine Abwehrlinie gezogen. Mondrikamen ist Jude, Kassam stammt aus einer muslimischen Familie.

Wer indessen glaubt, Bannon werde bloss helfen, den Trans-Europa-Express aufzugleisen, und diesen dann ohne ihn ziehen lassen, kennt den von Ehrgeiz getriebenen Amerikaner schlecht.

Nach seiner persönlichen Rolle gefragt, greift er wieder in die Filmgeschichte. «Kennen Sie <Casino>? Ich bin wie De Niro. Ich bin der *food and beverage guy*.» In dem Scorsese-Film spielt Robert De Niro den Casino-Manager Sam «Ace» Rothstein. Wegen dessen Verbindung zum organisierten Verbrechen trägt er den Titel eines Managers, der im Etablissement für Essen und Getränke zuständig ist – ein Cover-up, hinter dem sich die wahre Macht versteckt.

«Keine riesigen Summen»

Offiziell nennt sich Bannon «Geschäftsführer» der Bewegung. «Alles, was ich mache, ist Geld beschaffen und Verbindungen knüpfen.» Zum ersten Thema sagt Bannon nur dies: Er habe «verschiedene Geldgeber» für sein Europaprojekt ausfindig gemacht, «europäische», präzisiert er. «Aber du brauchst keine riesigen Summen. Fünf bis zehn Millionen Dollar.» Das reiche.

Wichtiger als Geld sei die perfekte Vorbereitung der Mai-Wahlen. Meinungsumfragen und Datenanalysen seien «das Rückgrat» der Bewegung. Bei den Umfragen sei man hier noch auf «rudimentärem Niveau». Er werde seine Leute nach Europa bringen. Zwei Asse hat er offenbar im Ärmel. Zum einen John McLaughlin, der im Wahlkampf für Trump gearbeitet hat und die präzisesten Resultate generierte. (McLaughlin war im Januar 2017 Gast auf dem *Weltwoche*-Podium «Das Phänomen Donald Trump».) Zum anderen Pat Caddell, ein politisches Urgestein, das unter Jimmy Carter im Weissen Haus gearbeitet hat und an zahlreichen Präsidentschaftskampagnen beteiligt gewesen war. «Ich werde die besten Leute finden», versichert Bannon. «Deshalb ist die Linke so aus dem Häuschen.»

Seit der Amerikaner über den Atlantik schielt, warnen Politiker vor «brandgefährlicher Einmischung von aussen». «Bannon hat den Ehrgeiz, die Europäische Union zu zerschlagen», prophezeit etwa der deutsche Sozialdemokrat Jo Leinen, seit 1999 Abgeordneter im Europaparlament.

Am Schluss von «American Dharma» kündigt Bannon dumpf an, die Revolution sei unausweichlich. «Wir müssen etwas Unterholz zerstören.» Meint er damit, was seine Feinde befürchten? Die Zerstörung der EU? Bannon setzt sein teuflisches Lächeln auf. «Wer weiss? Das liegt noch so weit in der Zukunft.» ○

Auf einen Drink mit ...

Vesna Zalokar, 43, Schauspielerin und Körperdouble

Von Michael Bahnerth

Ich sage Ihnen lieber gleich, dass ich nicht gut drauf bin, weil ich einen Scheisstag hatte, aber einen Wodka nehme ich gerne. Ich bin das erste Mal hier in der «Off-the-Record»-Bar, und, um ehrlich zu sein, ich mag sie nicht. Zu viel Kitsch, sieht ja aus wie bei den Trumps. Na ja, vielleicht nicht ganz so schlimm. Danke für den Wodka. Wie ich heisse? Darf ich Ihnen nicht sagen.



«Fake Muse».

Ich dürfte ja nicht mal hier sein in der Bar, weil sie nur 800 Meter vom Weissen Haus entfernt liegt ... und noch etwas passieren könnte, was schlecht wäre, weil heute schon etwas passiert ist, aber das war nicht mein Fehler, und inzwischen ist es mir auch egal. Es ist ein Scheissjob, wissen Sie. Ich bin Schauspielerin. Die einzige, die noch eine Stummfilmrolle hat. Das ist auch so was, ich bin eine Schauspielerin ohne Namen, keiner kennt ihn ausser natürlich die Männer vom Secret Service. Ja, Secret Service. Ich bin dort freie Mitarbeiterin. Aber das dürfte ich Ihnen eigentlich gar nicht sagen. Ich sag das nur, weil Sie Schweizer sind und nett und Sie noch nicht gesagt haben, dass ich Melania Trump ähnele. Für die Männer des Secret Service heisse ich «Fake Muse». Total bescheuert, oder? Wissen Sie, wer «Muse» ist? Nein? «Muse» ist der Codename für Melania Trump.

Ich schätze, die werden mich heute feuern. Weil ich fast ganz aufgefliegen bin. Ich war gut, das war es nicht – die Stylisten haben es verkackt. Falscher Mittelscheitel zwischen zwei Mal aus dem Helikopter steigen, schon zum zweiten Mal nach Brüssel, wo das erste Mal richtig Gerüchte aufkamen. Heute wieder. Als ich für Melanias «Be Best»-Kampagne unterwegs war. Das war nicht gut heute, dann auch noch die falsche Sonnenbrille, dunkelbraun anstatt schwarz, also ehrlich, der Secret Service war auch schon mal besser drauf. Gucken Sie mal ins Netz, was da los ist, #fakemelania. Vielleicht feuern die mich auch nicht, wer weiss schon, wie der Secret Servie tickt? Das alles war ja nicht ganz billig, die ganze Sache, 60 000 Dollar, hab ich gehört, die Operationen. Die haben mir die Wangen gemacht, die Nase und die Lippen. Die

Brüste nicht, obwohl ich das wollte, weil Melanias Titten wirklich toll gemacht sind, aber so viel wollten sie dann doch nicht für ein Körperdouble ausgeben. 800 Dollar haben die bezahlt pro Tag, ich fand das okay, aber es hätten mehr Auftritte sein können. Leider durfte ich die Kleider nicht behalten. Irritieren Sie meine schwarzen Haare? Mich auch, es ist eine

Tarnperücke für den Alltag, sehr gewöhnungsbedürftig.

Ich denke, dass es okay ist, wenn es aus sein sollte. Das Geld, gut. Vielleicht schreibe ich ein Buch über meine Zeit als «Fake Muse». Im Grunde war der Job ja keine grosse Herausforderung. Am Abend vorher kam der Secret Service, holte mich ab, steckte mich in ein Gästezimmer im Untergeschoss, wo ich schlief. Morgens ging's zur Stylistin, dann zur Garderobe, später in einen Van, wo ich kurz gebrieft wurde. Dann sass ich in einem Zimmer mit einem Agenten und wartete, und dann ging's los. Hin und wieder lief ich neben Donald zu einem Helikopter. Manchmal nahm er meine Hand in seine kleine, das war am Anfang, äh, seltsam, aber ich bin Profi. Ich stellte mir immer vor, ich würde zu einer Beerdigung gehen, weil das irgendwie Melania entspricht. Dann flogen wir wohin, stiegen wieder aus, stiegen wieder in einen Van und so weiter, keine grosse Sache. Mimisch gesehen, war das Pipifax, weil Melania ja nie das Gesicht verzieht oder lächelt, weil glücklich scheint sie ja nicht gerade. Ihr Mann amüsiert sich woanders, weil er offenbar keine Frauen vögeln kann, die schon mal ein Kind bekommen haben, auch wenn es seine eigenen sind. Ich glaube nicht, was in diesem Buch über Melania steht, dass sie eine brillante Strippenzieherin sei mit unglaublichen Instinkten und so. Ich meine, sie ist Slowenin aus einem kleinen Kaff, also bauernschlau, und berechnend auch, sonst hätte sie Donald ja nie geheiratet, aber jetzt ist es so, dass sie aus der Nummer rausmöchte, aber nicht kann, solange er Präsident ist. Also macht sie nichts mehr und wartet ab und hofft auf ein Impeachment oder so was. Nehmen wir noch einen?

Ort, Begebenheit und Person sind frei erfunden.

Von der Zecke gebissen

Noch immer brodelt es in Deutschland. Ein weiterer Tötungsfall gibt nach Chemnitz zu reden. Es gab tätliche Angriffe auf Bundestagsabgeordnete der Oppositionspartei AfD. Davon liest und hört man praktisch nichts. *Von Lukas Steinwandter*

Wieder geschah es in einem ostdeutschen Bundesland. Wieder ist ein Einheimischer tot. Wieder stehen Asylbewerber unter Tatverdacht. Wieder gehen Menschen auf die Strasse. Erst zwei Wochen nach der tödlichen Messerattacke auf einen jungen Familienvater in Chemnitz (*Weltwoche* Nr. 36/18) ist in der sachsen-anhaltinischen Kleinstadt Köthen ein 22-jähriger Deutscher nach einem Streit mit mehreren Afghanen ums Leben gekommen. Was an diesem Samstagabend genau passiert ist, wissen wir noch nicht.

Fest steht: Es gab eine Auseinandersetzung zwischen Afghanen und Deutschen. Der 22-jährige Markus B. stirbt in der Nacht auf Sonntag im Krankenhaus. In den ersten Meldungen ist von einem Streit unter den Einwanderern die Rede. Es sei darum gegangen, wer eine junge Deutsche geschwängert habe, die ebenfalls an jenem Abend auf einem Spielplatz – dem Tatort – in der 26 000 Seelen grossen Stadt anwesend war.

Wie im Fall Chemnitz sorgten viele Medien wieder für Empörung. Denn bereits in den ersten Meldungen hiess es: Ein Bruder des Opfers sei ein «einschlägig vorbestrafter Rechtsradikaler». Belege für diese Qualifizierung waren keine zu lesen. Auch wurde nicht erklärt, was diese Information mit dem Tod des 22-jährigen überhaupt zu tun hat. Ist das der von öffentlich-rechtlichen Medienleuten propagierte «Haltungsjournalismus»?

Zweierlei Mass

Schnell war klar: Der Fall könnte sich zu einem zweiten Chemnitz entwickeln. Kurze Zeit nach Bekanntwerden der Tat rufen mehrere Gruppen, darunter auch rechte, zu einem Trauermarsch auf. Bürgermeister und Kirchen raten von der Teilnahme ab. Am Abend versammeln sich dennoch 2500 Demonstranten. Ein grosser Teil davon sind Köthener. Wie in Chemnitz nutzen aber auch rechte Schreihälse die Gelegenheit, ihre ausländerfeindlichen Parolen zu skandieren. Weniger als ein Fünftel waren es laut Innenministerium, was für viele Berichterstatter allerdings keine Rolle spielte, wenn sie von einem «rechten Trauermarsch» sprachen.

Die Stimmung war und ist aufgeheizt. Schon am Sonntagnachmittag wurde die Leiche obduziert. Das «vorläufige Ergebnis» liess sich die Staatsanwaltschaft «mündlich» geben, und es sorgte für die nächste Empörungswelle: Markus B. soll an einem akuten Herzversagen verstorben sein. Mit der Ausein-



Leitmedien haben andere Prioritäten: Trauer in Köthen.

andersetzung mit den Afghanen stehe dies in keinem Zusammenhang, teilte die Polizei mit. Dann kam heraus: Einer der beiden mutmasslichen Täter hätte bereits – wie schon der Hauptverdächtige von Chemnitz – abgeschoben werden können. Er blieb dennoch hier: Die Staatsanwaltschaft lehnte die Ausschaffung im April aufgrund laufender Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung zunächst ab. Zwei Tage vor dem Vorfall sei ein neuer Antrag genehmigt worden.

Während Familie und Freunde über den Tod von Markus B. trauern, haben Bundesregierung und sogenannte Leitmedien andere Prioritäten. Für sie besteht die grösste Sorge Deutschlands nicht in der Asylkriminalität, sondern in einem angeblich grassierenden Rechtsextremismus. Regierungssprecher Steffen Seibert äusserte gleich am Montag nach der Tat: «Dass es am Ende des Tages in Köthen zu offen nationalsozialistischen Sprechchören gekommen ist, auch das muss uns betroffen machen und empören.» Immerhin drückte der Vertraute von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) diesmal seine Trauer aus. Die Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt und Sachsen

riefen zu einem deutschlandweiten Kampf gegen Rechtsextremismus auf.

Der Tod des jungen Mannes gerät immer mehr in den Hintergrund. Dies war schon in Chemnitz der Fall, wo Regierung und die ihr zugeneigten Medien an ihrer Behauptung festhalten, es habe «Hetzjagden» auf Ausländer gegeben, obschon der zuständige Generalstaats-

Während Familie und Freunde trauern, haben Bundesregierung und Medien andere Prioritäten.

anwalt, die Polizeigewerkschaft und seit Ende voriger Woche auch der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maassen, widersprechen.

Bei vielen Deutschen verschärft sich der Eindruck, die offizielle Politik und die Medien messen mit zweierlei Mass. Das zeigt sich besonders deutlich bei Hans-Georg Maassen. Er wird massiv angefeindet, weil er Merkels Behauptung der «Hetzjagden» anzweifelte und das wacklige Video, das als Beweis für ihre Aussage diente, für eine mögliche Fälschung hält.

Der Clip wurde von der linken Twitter-Gruppe «Antifa Zeckenbiss» verbreitet. Journalisten und Politiker gewichteten die Beteuerungen dieser Organisation anscheinend höher als das Wort des obersten Verfassungsschützers. Gegen Maassen wurden Rücktrittsforderungen laut. Am Montag revidierte er in einem Bericht an Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) seine Aussagen teilweise, bekräftigte aber die Kritik an der Verwendung des Begriffs «Hetzjagd».

Jede Geschmacklosigkeit ist erlaubt

Nützlich für die Linken ist Maassen jedoch, wenn es gilt, Konkurrenten aus dem Weg zu räumen. Vor allem die aufstrebende Rechtspartei Alternative für Deutschland (AfD) gerät hier ins Visier. Zwei Verbände der AfD-Nachwuchsorganisation stehen seit kurzer Zeit unter Beobachtung. Beim AfD-Landesverband Thüringen prüft die Behörde eine Überwachung. Dass die Opposition von Staatsschützern observiert wird, kennt man sonst eigentlich nur aus autoritären Staaten in Südamerika oder Afrika.

Allerdings: Häufig sind es ausgerechnet AfD-Politiker, die von ihren Gegnern auch körperlich angegangen werden, zum Teil schwer. So auch am letzten Wochenende. Mehrere AfD-Kritiker demonstrierten am Samstag an einem Infostand in der Stadt Hürth nahe Köln. Einer von ihnen schlug dem AfD-Bundestagsabgeordneten Uwe Kamann mehrfach gegen die Brust, weil dieser sie aufgefordert hatte, still zu sein, und sie gefilmt hatte. Der 60-Jährige, der bereits einen Herzinfarkt erlitten hatte, musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung und Nötigung. Doch in den meisten Zeitungen konnte man davon nichts lesen.

Auf ähnliche Weise verfahren die öffentlichen Meinungswächter bei Demonstrationen. Tausende Bürger zogen in Chemnitz friedlich durch die Strassen, wurden am nächsten Tag aber samt und sonders in die kleine Gruppe der anwesenden Neonazis eingemeindet. Die Begründung lautete sinngemäss: Wer an einer Demonstration teilnimmt, bei der auch Neonazis anwesend sind, ist ein Neonazi.

Gänzlich anders verhält es sich auf der Gegenseite: Wo die «richtige Haltung» herrscht, ist jede Geschmacklosigkeit erlaubt. Anfang September gaben Punkbands in Chemnitz ein Gratiskonzert «gegen rechts». Vor Zehntausenden von Besuchern traten Gruppen auf wie die Toten Hosen, K.I.Z oder Feine Sahne Fischfilet, die bis vor kurzem wegen ihrer linksextremen Texte ebenfalls von den Staatsschützern überwacht wurde. Die Texte sind nichts für empfindliche Gemüter: «Ich ramm die Messerklinge in die Journalisten-Fresse» oder «Ich schleich mich bei den Sarrazins ein, 6 Uhr, alles pennt noch, Selbstmord-Attentat». Pikant, dass ausgerechnet Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier für das Konzert dieser Agit-Punk-Gruppe warb. ○

Widerspruch

Wir Ostdeutschen und die Demokratie

Der Osten als Hort von Fremdenhass und autoritärem Denken? Unsinn. Von Andreas Bochmann

Da wird jetzt viel geschrieben über uns Ostdeutsche. Von Menschen, die offenbar viel über uns gelesen haben. Einiges davon ist auch richtig. Schwierig wird es meistens dann, wenn man aktuelle Ereignisse mit Nachwirkungen der DDR-Diktatur zu erklären versucht. Manche Autoren postulieren, dass der ostdeutsche «Fremdenhass» eine Spätwirkung gesellschaftlicher Prägung und kommunistischer Bevormundung sei. Richtig, es gibt eindeutig rechte Gruppen in Ostdeutschland. Auch in Chemnitz. Die rechte, sich als libertär bezeichnende Bürgerbewegung Pro Chemnitz erhielt am 25. Mai 2014 bei der Stadtratswahl 5,7 Prozent aller Wählerstimmen.

Dem entgegen steht die Tatsache, dass in Ostdeutschland – besonders nach der deutschen Wiedervereinigung – viele Gastarbeiter aus vormals «sozialistischen Bruderländern» im Land blieben: Mittel- und Südamerikaner, Afrikaner, Asiaten. Zum Beispiel gehören in Chemnitz Vietnamesen zum Strassenbild. Es sind fleissige und auch beliebte Zeitgenossen. Sie leben zum Teil schon in der vierten Generation hier. 96 Prozent aller vietnamesischen Kinder besuchen ein Gymnasium und gehören dort nicht selten zu den besten Schülern. Kubaner, Mosambikaner, Chilenen, Venezolaner – auch Migranten aus Russland – gehören schon lange zu uns. Fast schon wie unser sächsischer Dialekt.

Mut und Freiheitswille

Ich würde woanders ansetzen. Nämlich bei dem Mut und dem Freiheitswillen jener, die 1989 auf die Strasse gingen und teilweise mit hohem persönlichem Risiko Demokratie und Menschenrechte einforderten. Für die meisten Ostdeutschen war damals die westdeutsche Demokratie

das gelobte Land. Und für die allermeisten Ostdeutschen gab und gibt es keine Alternative zur bundesdeutschen Demokratie. Westdeutschland wuchs da hinein, mit viel Reibung und auch mit viel linksmotivierter Gewalt auf den Strassen. Die Ostdeutschen wollten diese Demokratie von vornherein und ganz bewusst. Skepsis gab es nur bei wenigen. Für die allermeisten war es eine Demokratie, in der man auch sagen darf, was man für richtig hält.

Als Frau Merkel dann 2015 überraschend alle Grenzen öffnete und ihr «Wir schaffen das» verordnete, fühlte sich das für viele Ostdeutsche an wie die Losung zu einem längst vergessenen SED-Parteitag. Wer nicht jubelte, sondern Bedenken oder gar Kritik äusserte, wurde ab diesem Zeitpunkt, mit massiver Unterstützung durch die Medien, konsequent und lautstark in die rechte Ecke gebrüllt. Die liberale Mitte Ostdeutschlands, die ihr Grundrecht auf freie Meinungsäusserung gebrauchte, fand sich über Nacht rechts eingeordnet wieder, obwohl sie sich politisch überhaupt nicht bewegt hatte.

Es ist schon eine etwas gewagte These, dass wir Ostdeutschen noch nicht in der Demokratie angekommen seien und wieder eine autoritäre Führung herbeisehnten. Eine Führung, die weiss, was gut für uns ist und was man lieber von uns fernhalten sollte. Auf diese Weise wird uns so ganz nebenher die Fähigkeit zur Demokratie abgesprochen.

Diese These ist schon deshalb gewagt, weil unsere Bundeskanzlerin eine Ostdeutsche ist.

Andreas Bochmann war Sprecher des Neuen Forums im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Er ist Gründungsmitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Von 1996 bis 2007 war er Pressesprecher der Stadt Chemnitz.

«Bevor ich Huren schlachte»

Die Band K.I.Z. spielte in Chemnitz gegen Rechts, Rassismus und Gewalt. Ihre eigenen Texte strotzen nur so vor Gewalt. Eine Auswahl

— *Komm» mich besuchen, mein Zimmer ist die Zelle acht, acht, ich habe viel Platz/Mein Zimmerkollege ist nicht aufgewacht, er hängt von der Decke, doch der Hurensohn tropft*
— *Ich komm mit Fan-Schal und Trillerpfeife zu deiner Steinigung*
— *Die Nutten flüchten aus dem Puff sobald du dich dazusetzt/Schmierer sich Bepanthen auf die Fotze bis sie zuwächst*
— *Ich ramm die Messerklinge in die Journalistenfresse*

— *Trete deiner Frau in den Bauch, fresse die Fehlgeburt*
— *Zum Geburtstag wünsche ich mir, dass ihr aufhört zu atmen*
— *Geisterstunde, Zeit für meine Runde, Skinhead Black will ein Menschenopfer/Salzsäure in meiner Wasserpistole, ein typischer K.I.Z. Schenkelklopfer*
— *Ich mache mich schön bevor ich Huren schlachte*
— *Menschenfleisch schmeckt wie Stracciatella*
— *Der Winter ist vorbei/Ich habe Frühlingsempfindungen/Ich will töten, töten, töten*

Geschäftsmodell Wirklichkeitsflucht

Von Thilo Sarrazin — Es war der Sommer der politisch guten Nachrichten. Bis sich plötzlich alles änderte.



Der zweitheiseste Sommer in Deutschland seit Beginn der Wetteraufzeichnungen neigt sich seinem Ende zu. Dürre Felder und abgemagerte Kühe beherrschen die Fernsehbildschirme. Das Sommerloch wurde mit Spekulationen darüber gefüllt, wie die deutschen Bauern für ihre Ernteausfälle entschädigt werden könnten. Die Bundesregierung zeigte sich grosszügig, 50 Prozent der dürrebedingten Ausfälle wurden den Bauern ersetzt.

Aber auch um Mütter und Rentner kümmerte sich die fürsorgliche Bundesregierung unmittelbar nach der Sommerpause: Müttern mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden, werden mehr Erziehungszeiten angerechnet. Die Abschläge bei Frührentnern werden verringert, und alle Rentner erhalten die Garantie, dass das Rentenniveau bis 2025 nicht sinkt. Was dazu in der Kasse der Rentenversicherung fehlt, wird aus dem Staatssäckel zugeschossen. Werbewirksam forderte die SPD, die Rentengarantie gleich bis 2040 zu verlängern. Sie konnte so ihr Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit schärfen. Dagegen konnte die Union zeigen, wie sorgsam sie an künftige Steuerzahler denkt, indem sie eine Garantie über das Jahr 2025 hinaus ablehnte.

In diese Debatten platzten weitere gute Nachrichten: Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss ist höher als je, die öffentlichen Haushalte erzielen gegenwärtig Rekordüberschüsse, und die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit ging in den Sommermonaten weiter zurück.

Nur von Steuersenkungen sprach niemand. Der Solidarzuschlag – 1993 eingeführt zur Finanzierung der deutschen Einheit – wird wohl ewig bleiben. Bei all dem Geldsegen fallen auch die finanziellen Lasten für die Flüchtlinge und Armutsmigranten kaum auf. Nur Pfennigfuchser interessieren sich dafür, ob die jährliche Summe dieser Lasten gegenwärtig bei 40 oder 60 Milliarden Euro liegt und wie sie in Zukunft weiter steigen wird. Und niemanden scheinen die grossen demografischen Verschiebungen aufgrund der Geburtenarmut der letzten Jahrzehnte, die ab 2025 die Rentenkassen mehr und mehr belasten, zu interessieren.

Scheinbar mit Erfolg hatte man eine spätsommerliche Agenda mit lauter finanziellen Wohltaten fern von den leidigen Flüchtlings- und

Migrationsfragen gesetzt. Das schien ein guter Einstieg in die heisse Phase der Landtagswahlkämpfe in Bayern und Hessen zu sein.

Dann kam der Gegenschlag

Aber die Messerattacke auf dem Stadtfest in Chemnitz am 26. August änderte alles. Ein Mann starb, zwei wurden schwer verletzt, und die Herkunft der beiden Tatverdächtigen – ein Syrer und ein Iraker – führte zu einer Ereigniskette, bei der nach kurzer Zeit nicht mehr von den Fehlern der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, sondern nur noch von Rechtsradikalen und Neonazis in Sachsen die Rede war.



«Gezielte Falschinformation»: Hans-Georg Maassen.

Regierungssprecher Steffen Seibert goss Öl ins Feuer, indem er regierungsamtlich von «Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens, anderer Herkunft» sprach. Diese Diktion wurde von Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Steinmeier aufgenommen; sie beherrschte tagelang die Medien. Das ungeliebte Thema der Folgen einer undurchdachten Willkommenskultur und falschen Einwanderungspolitik wurde in der allgemeinen Empörung um ein paar grölende rechtsradikale Demonstranten in der Provinz erneut glücklich umschifft. Als Folge fühlen sich viele Chemnitzer und Sachsen unverstanden, gekränkt und entfremdet. Bundesweit gewann

die AfD in allen Umfragen nochmals einen Prozentpunkt dazu.

Dann kam der Gegenschlag: Bundesinnenminister Horst Seehofer verschob den Fokus der Debatte erneut in Richtung Einwanderung, indem er in einer CSU-Klausur die Migration «die Mutter aller politischen Probleme» nannte. Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer widersprach in seiner Regierungserklärung zu Chemnitz der Kanzlerin und sagte: «Klar ist: Es gab keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Progrome.»

Dieser Einschätzung trat auch der Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maassen bei. Er äusserte in einem Interview die Vermutung, «dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt, um möglicherweise die Öffentlichkeit von dem Mord in Chemnitz abzulenken». Damit war die politische Jagd auf ihn eröffnet. Schon seit längerer Zeit hatte sich Maassen bei Bundeskanzlerin Merkel und allen Freunden der Willkommenskultur unbeliebt gemacht, indem er die Folgen der Flüchtlingspolitik für die innere Sicherheit recht offen ansprach. Maassens Amt untersteht dem Bundesinnenministerium. Durch seine Äusserung wurde er jetzt zu einer Schachfigur im weiteren Machtkampf zwischen Merkel und Seehofer, sein Verbleib im Amt ist unklar.

Stärker als je zuvor

Mit den Chemnitzer Ereignissen und der Folgedebatte ist jedenfalls der Versuch von CDU, CSU und SPD gescheitert, das Einwanderungsthema aus den Landtagswahlkämpfen in Bayern und Hessen herauszuhalten. Es dominiert stärker als je. Wo Gefahren drohen, gibt es bekanntlich unterschiedliche Wege, damit umzugehen:

Man kann sie korrekt beschreiben, ihre Ursachen ergründen, Gegenmassnahmen umfassend prüfen und sie beherzt mit langem Atem in die Wege leiten. So verfahren nicht nur kluge Privatleute und weitsichtige Unternehmen, so verfährt auch erfolgreiche Politik.

Man kann Gefahren aber auch bis zur Leugnung verniedlichen und eine offene Debatte darüber möglichst verhindern. Bei Unternehmen führt das schnell in die Insolvenz. Anders in der Politik: Dort ist die Leugnung von Gefahren und die Verschiebung von Debatten auf ein anderes Gleis häufig ein erfolgreiches Geschäftsmodell für Klientelpolitik und Sicherung des Machterhaltes.

Das ist leider seit 2005 zum überwiegenden Weg deutscher Politik geworden. Erleichtert wird dies durch den anhaltenden Wirtschaftsboom und die vollen öffentlichen Kassen. Man darf neugierig sein, wie lange der Wähler dies noch honoriert.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

Trump – das endlose Melodrama

Von Hansrudolf Kamer — Für die Demokraten ist es höchste Zeit, Trump zu stoppen. Sie merken, dass er Amerika in eine für sie unerwünschte Richtung verändert. Anonyme Quellen sind der letzte Schrei.



You can't beat somebody with nobody», lautet das Hausrezept für die amerikanische Politik. Während die Demokraten immer noch versuchen, das Wahlresultat von 2016

umzustossen, ist das Ringen um Trumps Nachfolge 2020 bereits in Gang gekommen. Die Kongresswahlen im November dieses Jahr sind nur die Ouvertüre für die grosse Oper.

Es muss etwas geschehen, denn Trump hat Erfolg – in der Parteipolitik, der Wirtschaft, der Aussenpolitik. Die demokratische Offensive begann an der Trauerfeier für John McCain, der nun von den Demokraten als Säulenheiliger verehrt und gegen Trump verwendet wird. Barack Obama nützte seine Rede für schnöde Seitenhiebe auf seinen Nachfolger, während früher die National Cathedral in Washington noch ein Ort des Friedens im politischen Grabenkrieg war.

Die Bestätigungshearings für Brett Kavanaugh als Richter für den Supreme Court degenerierten schnell zu einem Zirkus, und zwar einem minderwertigen, weil Schreihälse die Befragung störten. Demokratische Senatoren versuchten, den «Rechtsbrecher» Trump mit Kavanaugh in einen Topf zu werfen. Cory Booker, der Präsidentenaspirent aus New Jersey, machte eine besonders unglückliche Figur, weil er geheime Dokumente öffentlich machen wollte, die bereits öffentlich waren.

Es folgte das neue, das x-te Buch von Bob Woodward mit dem marktgeprüften Titel «Fear». Seine Masche besteht im Auswalzen von Aussagen anonymer Gesprächspartner, um die – jeweilige – Präsidentschaft runterzumachen, zum ewigen Ruhm des scharfsinnigen Autors. Reagan, Bush, Clinton, wieder Bush, Obama – immer das Gleiche, immer gefährliche und überforderte Präsidenten im Chaos des Weissen Hauses. Man hat im Nachhinein von ihm nie erfahren, was wirklich Sache war.

Es wirkte orchestriert, denn gleichzeitig mit dem Marketingauftakt für Woodwards Buch publizierte die *New York Times* den Meinungsartikel eines «ranghohen» Beamten in der Administration Trump, der auch anonym blieb und natürlich den Präsidenten in die Pfanne hieb. Wie «ranghoch» der Beamte wirklich ist und ob er je mit Trump gespro-

chen hat, weiss man nicht. Das ist der Nachteil der Anonymität.

Trump hatte nicht unrecht, als er verlangte, die Identität dieses Mitarbeiters im Weissen Haus müsse aufgedeckt werden, denn er nehme unter Umständen an wichtigen internen Beratungen der Administration teil. Der *staffer* behauptet, er und gleichgesinnte Kollegen arbeiteten daran, die politische Agenda des Präsidenten zu sabotieren – im Interesse des Landes.

Selbsterfleischung prägt das Bild

Der geneigte Leser kann nicht wissen, ob das alles stimmt. Denn das New Yorker Blatt hatte vor einiger Zeit auf der Frontpage verkündet, journalistische Objektivität habe in Bezug auf Trump keine Gültigkeit – die Redaktion als publizistischer Arm des «Widerstandes». Der famose Anonymus muss sich irgendwann entscheiden, ob er die Maske abnehmen, zurücktreten und mit dem nächsten Buch gegen Trump etwas Geld machen will.

Bringen diese Melodramen politisch etwas? Kavanaugh wird bestätigt werden. Hätten die Demokraten, als sie in den ersten zwei Obama-Jahren im Kongress die Mehrheit hatten, nicht die Verfahrensregeln im Senat geändert, würde Trumps Kandidat jetzt abgelehnt. In Washington heisst es: «What goes around, comes around.»

Politisch und wirtschaftlich läuft alles gegen die Demokraten. Und die grosse Lehre aus den letzten Wahlen ist, dass sich die öffentliche Meinung nicht mehr so einfach steuern lässt. So müssen die Demokraten etwas bieten, eine echte Alternative, eine überzeugende Person und eine noch bessere Politik.

Beides fehlt. Selbsterfleischung prägt das Bild, und die Rangliste ihrer ambitionierten Präsidentschaftsanwärter spricht Bände: Auf Betdsi.com, einer auf Sportwetten spezialisierten Site, führt die Senatorin Kamala Harris vor Elizabeth Warren, Joe Biden, Bernie Sanders, Michelle Obama, Oprah Winfrey und Al Gore. Da kann man sich eine Wiederwahl Trumps sehr gut vorstellen, wenn denn nicht ...

Trump ist schwer zu fassen – ein Phänomen, ein Amateur, ein Quereinsteiger, ein Aufrührer, ein Anecker, eine Ein-Mann-Verschrotungs-firma, ein Entertainer, eine Naturgewalt von 72 Jahren, die nichts mehr anfigt. Man könnte ins Schwärmen geraten. Er passt in die an farbigen Gestalten reiche Geschichte des Wilden Westens.

Verglichen mit früheren Melodramen im Weissen Haus ist das jetzige ziemlich handzahn. Edith Wilson, die zweite Gattin von Woodrow Wilson, sperrte ihren Mann ein, während sie selber die Geschicke des Landes in die Hand nahm (Oktober 1919 bis März 1921).

Bei Trump gibt es kein *cover-up* des Gesundheitszustandes (Franklin Roosevelt, Kennedy) und der Sexpraktiken (Kennedy, Clinton). Er entblösst seine Operationsnarben nicht in der Öffentlichkeit (Johnson), vermietet nicht Lincolns Schlafzimmer (Clinton) und lässt auch keine Möbel aus dem Weissen Haus mitlaufen (Clinton). Wenigstens davon hat Trump mehr als genug.



Ouvertüre für die grosse Oper: US-Präsident Trump in Bedminster.



«Wir werden grossen Einfluss haben»: Chef der Schwedendemokraten Jimmie Åkesson.

Gespalten und verfeindet

Schwedens Sozialdemokraten erlitten bei der Parlamentswahl die grösste Niederlage seit hundert Jahren. Die aufstrebenden rechtskonservativen Schwedendemokraten werden vom Polit-Establishment geschmäht wie Aussätzige. Bestandesaufnahme aus einem zersplitterten Land. *Von Katerina Janouch*

Das Ergebnis der Parlamentswahl vom Sonntag zeigt: Schweden wird zerrissen von divergierenden Kräften: von einem erwachenden Patriotismus und erstarkendem Nationalismus, von Sozialisten, die verzweifelt den ramponierten Sozialstaat retten wollen, von religiösen Fundamentalisten, die ihre Chance sehen, in einem demokratischen Land, das auf Vertrauen, Erfolg und Gleichberechtigung gründet, noch tiefere Wurzeln zu schlagen. Die politische Führung ist schwach und ohnmächtig und von zahllosen Problemen überfordert, die im Gefolge des Multikulturalismus aufgetreten sind.

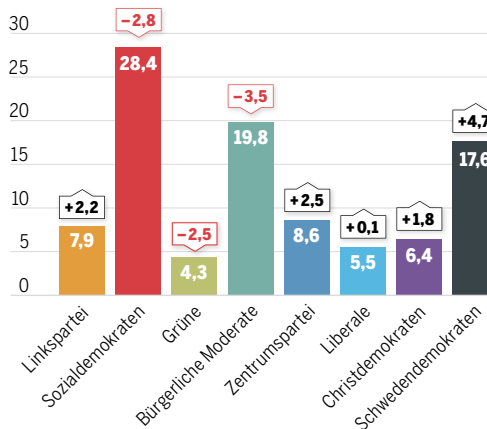
Das Wahlergebnis überraschte all jene, die die Umfragen und Prognosen aufmerksam verfolgt hatten: Die traditionell grösste schwedische Partei, die Sozialdemokraten, stecke in einer tiefen Krise, hiess es, die Wähler würden ihr davonlaufen, sie müsse mit einem Ergebnis von weniger als 20 Prozent rechnen. Dagegen wurde den einwanderungskritischen Schwedendemokraten, die bei den letzten Wahlen 2014 auf 12,9 Prozent gekommen waren, ein Ergebnis von 24 bis 29 Prozent vorausgesagt. Damit würden sie die zweitgrösste, wenn nicht sogar die grösste Partei werden. Doch am Ende entfielen auf die Sozialdemokraten 28,4 Prozent der Stimmen, auf die Schwedendemokraten nur 17,6 Prozent – also rund 10 Prozentpunkte weniger als erwartet.

Als die Wahllokale am Sonntagabend um 20 Uhr schlossen, sassen wir noch lange vor den Fernsehgeräten, verfolgten die Stimmen-

auszählung und die Interviews mit den Politikern. Die Schwedendemokraten schnitten in Südschweden am besten ab, während die Sozialdemokraten ihre besten Ergebnisse, wie schon zuvor, in den sogenannten rechtsfreien Räumen erzielten, Stadtvierteln mit einem hohen Ausländeranteil und massiver Arbeitslosigkeit – wie etwa Bergsjön in Göteborg, Vivalla in Örebro und Spånga-Tensta in Stockholm. Dort kamen sie auf 77 Prozent. Gleichwohl sind die 28,4 Prozent landesweit eine krachende Niederlage für die Sozialdemokraten, das schlechteste Ergebnis seit mehr als hundert Jahren.

Schweden Parlamentswahl

Wähleranteile seit dem 9. September 2018 und Veränderung zur Reichstagswahl 2014, in Prozent



QUELLE: F.A.Z./SVT

Gefährliche Pattsituation.

Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag sind ausserordentlich kompliziert, und es ist unklar, wie eine Regierung gebildet werden kann, wer Schweden künftig regieren wird. Die konservative Allianz fordert einen sofortigen Rücktritt von Ministerpräsident Stefan Löfven, wie das in der Verfassung vorgesehen ist. Aber so einfach ist das nicht. Das Gesetz sieht zwar vor, dass der Ministerpräsident bei einem unklaren Wahlergebnis zurücktreten muss – was aber ein unklares Wahlergebnis ist, ist nicht genau definiert. Es ist eine Interpretationsfrage. Stefan Löfven kann natürlich darauf hinweisen, dass das Wahlergebnis nicht eindeutig ist, und auf diese Weise Zeit gewinnen.

Gesprächsverweigerung

Bei Redaktionsschluss, am Dienstagabend, gab es zwei Optionen: Das rot-grüne Bündnis bildet die Regierung, und Löfven bleibt Ministerpräsident. Allerdings wären die Sozialdemokraten dann gezwungen, mit der Linkspartei, die auf 7,9 Prozent kam, eine Koalition einzugehen. Die zweite Möglichkeit wäre, dass der konservative Block die Regierung bildet, mit Ulf Kristersson, dem Vorsitzenden der Moderaten, als Ministerpräsident. Bei beiden Optionen wäre man jedoch auf die Unterstützung der Schwedendemokraten angewiesen.

Jimmie Åkesson, der Vorsitzende der Schwedendemokraten, lud Kristersson und die Vorsitzende der Christdemokraten, Ebba Busch Thor, schon am Montag zu einem Gespräch ein, was beide ablehnten. Es besteht die Gefahr,

dass die schwedische Politik aus dieser Pattsituation nicht herauskommt, dass die beiden grössten Parteien alles versuchen werden, die Schwedendemokraten, die so nachdrücklich für eine andere Migrationspolitik kämpfen, von der Macht fernzuhalten.

Obwohl viele Anhänger der Schwedendemokraten enttäuscht waren über das unerwartet schlechte Wahlergebnis, gab sich Jimmie Åkesson am Wahlabend ausgesprochen zuversichtlich. «Wir werden grossen Einfluss haben», rief er seinen jubelnden Anhängern zu. «Meine lieben Freunde, im Fernsehen haben sie gesagt, dass es bei dieser Wahl keinen Gewinner gibt. Aber für mich ist die Sache ganz einfach. Wir Schwedendemokraten haben die Wahl gewonnen. Wir werden nun grossen Einfluss in der schwedischen Politik haben. Das kann uns niemand nehmen.»

Immer wieder wurde im Vorfeld von einer «Schicksalswahl» gesprochen. Beide Seiten haben mit verschiedensten Schreckensszenarien hauiert. Auf der einen Seite der rot-grüne Block, der für offene Grenzen eintritt, für eine fortgesetzte Einwanderung und für eine «humane» Politik zugunsten von Asylsuchenden aus dem Nahen Osten und Afrika, aber zu Lasten der Armen und Bedürftigen im eigenen Land. Auf der anderen Seite der Block der Schwedendemokraten und der neuen, kleinen konservativen Parteien, der von den Mainstream-Medien als «rechtsradikal» bezeichnet wird, der vor allem für die nationalen Interessen und Werte eintritt und für die Aufrechterhaltung der klassischen Demokratie in Schweden.

Beobachter glauben, dass mehrere Faktoren den Schwedendemokraten in den Wochen vor der Wahl geschadet haben. In den Medien wurde heftig über Kritik an der Europäischen Union gestritten, über eine Anpassung des Abtreibungsgesetzes an die europäischen Standards sowie über die Frage einer doppelten Staatsbürgerschaft von Einwanderern. Die Schwedendemokraten wurden als antifeministische Partei hin-

gestellt, die die Gleichberechtigung abschaffen wollten, und überall hiess es, dass sie die Stellung der Frauen in der schwedischen Gesellschaft gefährden würden. Namhafte Persönlichkeiten distanzieren sich in den sozialen Netzwerken klar und unmissverständlich von den Schwedendemokraten, bezeichneten sie gar als Nazis. Die Mainstream-Medien haben diesen Stimmen viel Platz eingeräumt, was die Wähler durchaus beeinflusst haben könnte.

Die Frage ist nun, wie es in Schweden weitergeht. Die letzten vier Jahre waren vor allem von

der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 geprägt. Die Sozialdemokraten und ihre Koalitionspartner haben es in dieser Zeit nicht geschafft, die Probleme des Landes auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Die Gewalt hat immer weiter zugenommen, die Polizei ist geschwächt, weil viele Beamte wegen schlechter Bezahlung und unzumutbaren Bedingungen den Dienst quittieren. In kleinen Städten gibt es oft keine Polizeiwache mehr, und man muss schon lange suchen, bis man einen Polizisten findet.

Frustration statt Veränderungen

Angesichts der hohen Steuerlast haben viele Menschen das Gefühl, dass der Sozialvertrag zwischen Staat und Bürgern aufgekündigt ist. Wohlfahrt und Sicherheit, für die sie Steuern entrichten und die sie daher erwarten dürfen, sind nicht mehr gewährleistet. In den letzten vier Jahren hat die Polarisierung in der Gesellschaft immer weiter zugenommen. Familien sind zerstritten, Freunde werden in politischen Fragen zu Feinden, die sich Rassismus und Hass vorwerfen.

Immer wieder wurde in diesen vier Jahren versucht, das komplette Versagen der Einwanderungspolitik zu leugnen. In den letzten Wochen konnte man sogar von einer Massenpsychose sprechen. In Norwegen wurde der Wahlkampf so wahrgenommen, als wäre Schweden ein Land im Nahen Osten. Das war nicht sonderlich überraschend, denn immer mehr

Menschen, die in Schweden leben, stammen aus diesen Ländern, wo Korruption, Gewalt, Betrug und ein mangelndes Demokratieverständnis gang und gäbe sind.

Die Polarisierung hat weiter zugenommen, seit die Wahlergebnisse auf dem Tisch liegen. Nach den hohen Erwartungen, die mit der Wahl verknüpft worden waren, wird es eher zu Frustration als zu radikalen Veränderungen kommen.

Vielleicht kann man darin einen Ausdruck der schwedischen Mentalität sehen. Das schwedische Wort *lagom* (nicht zu viel, nicht zu wenig) könnte das Wahlergebnis von 2018 gut

symbolisieren. *Lagom* gilt aber nur für die politischen Eliten, die Schwedens Zukunft aufs Spiel setzen. Der Alltag ist weit entfernt von *lagom*: In den No-go-Zonen brennen Autos, der Einfluss salafistischer, fundamentalistischer Prediger in den Moscheen nimmt zu, überall verfestigen sich Parallelgesellschaften. Es wird immer deutlicher: Ein vereintes Schweden gibt es nicht mehr. Und eine Kraft, die das Land einen könnte, ist nicht in Sicht.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Schweden

Zweifel

Unter enttäuschten Bürgern kursieren Spekulationen. Ist das Wahlergebnis korrekt?

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses kam es in den sozialen Netzwerken zu Spekulationen über Wahlbetrug, besonders bei Anhängern der Schwedendemokraten, welchen in Umfragen erdrutschartige Stimmengewinne vorausgesagt worden waren. Enttäuschung ist nach Wahlen keineswegs ungewöhnlich, aber es gibt tatsächlich einige Faktoren, die Zweifel an der Korrektheit des Wahlergebnisses aufkommen lassen. So hat der dänische OSZE-Wahlbeobachter Michael Aastrup Jensen deutliche Kritik am schwedischen Wahlsystem geübt und erklärt, dass er die Angelegenheit bei der nächsten Sitzung des Europarates ansprechen werde. «Ich habe noch nie so undemokratische Wahlen gesehen wie in Schweden», sagte Jensen. «Das war von europäischen Standards weit entfernt.»

Inzwischen liegen der Polizei, der schwedischen Wahlbehörde wie auch der EU Beschwerden zahlreicher Bürger vor. Es geht dabei primär um das Verhalten von Helfern in den Wahllokalen und um den Umgang mit Stimmzetteln. Beobachtet wurde eine Art «Clan-Abstimmung», wie Familien ihre Mitglieder unter Druck setzten, einer bestimmten Partei ihre Stimme zu geben. Von den Sozialdemokraten seien irreführende Informationen auf Arabisch und Somali verbreitet worden, es sei versucht worden, Stimmen zu kaufen, Kinder und Jugendliche sollen bestochen worden sein, Aktivisten sollen Alten- und Pflegeheime aufgesucht haben, um die Bewohner zu veranlassen, sozialdemokratisch zu wählen.

Mehr als 75 000 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt – eine ungewöhnlich hohe Zahl. Während der Stimmenausszählung am Sonntagabend stürzte die Website der Wahlbehörde ab – just im Moment, als die Schwedendemokraten bei erstaunlichen 24 Prozent lagen. Als die Website wieder funktionierte, lagen die Schwedendemokraten nur noch bei 17 Prozent. Inzwischen hat die Wahlbehörde in einem Stimmlokal nördlich von Göteborg einen Übermittlungsfehler der Wahlhelfer entdeckt. Demnach gewannen die Schwedendemokraten ein Mandat mehr als zuerst bekanntgegeben. Viele Schweden hoffen, dass das nationale Wahlergebnis gründlich überprüft und gegebenenfalls revidiert wird. *Katerina Janouch*



Ministerpräsident Löfven.

Was ein unklares Wahlergebnis ist, ist nicht genau definiert.

Die guten Diplomaten von Bern

Die polnische Botschaft in der Schweiz hat während des Zweiten Weltkriegs für jüdische Mitbürger paraguayische Pässe ausgestellt. Dank diesen gefälschten Papieren haben Hunderte Juden den Holocaust überlebt. Bundesrat Pilet-Golaz war Mitwisser und drückte beide Augen zu. *Von Pierre Heumann*

Helvetiastrasse 5, Bern: Hier wohnt und arbeitet in den dreissiger und vierziger Jahren Rudolf Hügli, ein angesehener Fürsprecher. Er ist Mitbegründer des Golfclubs Bern und des Tennisclubs Bellevue, und zusammen mit seiner Frau Fanny organisiert er im «Schweizerhof» für *Tout-Berne* Tanzanlässe. Seit 1931 ist er auch Konsul von Paraguay und kann Pässe des lateinamerikanischen Staates ausstellen.

Nur einige hundert Meter von Hügli's Kanzlei entfernt kommt es zu Beginn der vierziger Jahre zu einer «polnisch-jüdischen Verschwörung», die sich Hügli's konsularischer Dienste bedient. Polnische Diplomaten und jüdische Aktivisten wollen mit Hügli's Hilfe polnische Bürger jüdischen Glaubens vor dem Tod in Vernichtungslagern retten, indem sie ihnen lateinamerikanische Pässe ausstellen. Dank der gefälschten Identität, so die Hoffnung, würde den Verfolgten das KZ erspart bleiben. Sie kämen dann «nur» in ein Internierungslager, wo die Überlebenschancen besser wären. Immerhin haben mit diesen falschen Papieren insgesamt mindestens 800 Menschen den Holocaust überlebt, so Jakob Kumoch, der jetzige polnische Botschafter in Bern.*

«Wunder-Rabbi»

Das Komplott besteht aus mehreren heiklen und gefährlichen Schritten. In der polnischen Botschaft werden zunächst Informationen über jüdische Mitbürger zusammengetragen: Namen, Geburtsdatum und ein Passfoto. Die Informationen und Passbilder müssen aus dem besetzten Europa nach Bern geschmuggelt werden. Konsul Hügli liefert echte, aber

leere paraguayische Pässe. Der polnische Konsul Konstanty Rokicki stellt die Pässe aus, lautend auf Namen von Juden und mit dem Bild derjenigen, die auf Rettung hoffen. Die Pässe gehen dann zurück an Hügli, der sie abstempelt und mit seiner Unterschrift für rechtsgültig erklärt. Anschliessend sorgen die Polen von Bern dafür, dass Kopien der Pässe auf allen möglichen (und unmöglichen) Wegen zu den Adressaten geschmuggelt werden. Dabei sichern sich die Polen auch die Unterstützung des päpstlichen Gesandten in Bern, Nuntius Filippo Bernardini.

Drahtzieher im Passhandel ist Juliusz Kühl, der an der Universität Bern soeben sein Doktorat über den polnisch-schweizerischen Aussenhandel abgeschlossen hat. Kühl, 1917 in Südostpolen geboren, war in jungen Jahren zu seinem Onkel nach Zürich geschickt worden, weil seine Mutter wollte, dass ihr Sohn eine gute Ausbildung erhalte. Nach dem Studium bekommt Kühl eine Stelle bei der polnischen Botschaft. Zunächst ist es ein Bürojob, doch dann wickelt er die Pass-Operation ab und geht das Risiko ein, dass ihm für die illegale Tätigkeit die Aufenthaltserlaubnis entzogen wird. Kühl holt bei Hügli die leeren Pässe ab, überbringt ihm das Geld, und er nimmt die abgestempelten Papiere entgegen.

Zentral sind auch Chaim Eiss und Abraham Silberschein, die sich um die Beschaffung der Namen und persönlichen Angaben kümmern. Eiss, Spross einer orthodoxen jüdischen Familie, war im Jahr 1900 aus Polen nach Zürich ausgewandert und gründete bald ein Geschäft. Nach dem Ersten Weltkrieg akquirierte er in seiner Freizeit Gelder, um Flüchtlingen zu helfen. In seinen letzten Lebensjahren – Eiss stirbt 1943 – trägt er vor allem Namen von orthodoxen Juden zusammen und leitet sie an die polnische Botschaft in Bern weiter.

Dank Eiss überlebte zum Beispiel Aharon Rokeach, der als «Wunder-Rabbi» im damaligen Galizien nicht nur bei Juden, sondern auch bei Christen geachtet war und von ihnen verehrt wurde. Er stammte aus einer orthodoxen Rabbinerdynastie, den Belzer Chassidim, von

denen während des Zweiten Weltkriegs die meisten ermordet wurden. Aharon, der Thronfolger der Belzer Orthodoxen, war für die Nazis eine besonders wichtige Beute. Aber dank der jüdisch-polnischen Verschwörung in Bern überlebte Aharon und mit ihm die Belzer Sekte, die heute in Israel, Grossbritannien, Belgien, den USA und Kanada viele mitgliederstarke Gemeinden hat.

In Genf engagierte sich ein weiterer polnischer Jude für die Rettungsaktion: Abraham Silberschein. Er war vor dem Krieg Mitglied

des polnischen Parlaments gewesen und kam im August 1939 nach Genf, um am 21. Zionistenkongress teilzunehmen. Er hielt sich noch in der Schweiz auf, als am 1. September die deutsche Armee in Polen einfiel. Der Entscheidung, in der Schweiz zu bleiben, muss ihm leichtgefallen sein.

Auf neutralem Papier

Silberschein gründet eine Hilfsorganisation für jüdische Flüchtlinge in der Schweiz. Eines Tages im Jahr 1942 erhält er Besuch von zwei polnischen Diplomaten aus der Konsularabteilung. Sie gewinnen ihn für eine Zusammenarbeit. Bald kommt Silberschein, der auch beim jüdischen Weltkongress aktiv ist, mit Eiss in Kontakt. Trotz ihrer sehr unterschiedlichen Weltanschauungen – Eiss ist strengreligiös, Silberschein ist säkularer Zionist – kooperieren die beiden und kümmern sich gemeinsam um die Gelder, die für die Passaktion nötig ist. Denn Fürsprecher und Konsul Hügli stellt seine Dienste nicht gratis zur Verfügung. Für einen echten, aber leeren Pass verlangt er bis zu 2000 Franken. (Heute entspräche das knapp 14.000 Franken.) Das Geschäft mit den Pässen wird für Hügli zur Goldgrube.

Die polnischen Diplomaten bereichern sich an der Lebensrettung hingegen nicht, wie das aussenpolitische Departement nach Kriegsende in einem Brief an die Fremdenpolizei anerkennend schreiben wird: Sie helfen «in der patriotischen Absicht, die verfolgten Polen dem Zugriff der deutschen Besatzungsbehörden zu entziehen».

Polens Gesandter in Bern, Alexander Lados, ist bei der Rettungsaktion zwar nicht direkt involviert. Aber er überzeugt Aussenminister Marcel Pilet-Golaz, die Ausstellung der Pässe zu tolerieren. Seinem konsularischen Angestellten Kühl hält er zudem den Rücken frei, damit dieser die Pass-Aktion abwickeln kann. Der Fremdenpolizei ist Kühl nämlich schon lange aufgefallen. Er könne von der Schweiz nicht mehr als Funktionär der polnischen Gesandtschaft anerkannt werden, droht sie. Kühl werde fortan als Ausländer ohne Privilegien behandelt werden, nachdem er bisher, aufgrund seiner quasidiplomatischen Anstellung, über den Status «tolerierter Ausländer» verfügte.

Als Pilet-Golaz dem polnischen Botschafter diese Warnung im Laufe einer Unterredung mitteilt, weigert sich der Diplomat, die formlose Notiz entgegenzunehmen. Er könne sie durchaus in den Papierkorb werfen, meint



Bundesrat Pilet-Golaz, 1939.

Mindestens 800 Juden haben dank diesen Dokumenten überlebt.



Drahtzieher im Passhandel: polnischer Konsularbeamter Kühl.



Mut und eiserner Wille: polnischer Gesandter Lados, um 1942.

Pilet-Golaz schnippisch zu seinem Gast, da das Schreiben ja weder auf offiziellem Papier verfasst sei noch eine Unterschrift trage. «Aber», mahnt Pilet-Golaz, «ich sehe nicht, was Sie dabei gewinnen.» Er würde den Brief erneut aufsetzen, dieses Mal aber auf offiziellem Briefpapier und mit der Unterschrift des Chefbeamten. Lados versteht: Auf das offizielle Schreiben müsste er dann sehr wohl reagieren. Pilet-Golaz hat erreicht, was er wollte – der Botschafter nimmt die Notiz entgegen, die aber wertlos ist, weil sie auf neutralem Papier geschrieben ist.

Pilet-Golaz drückt in der Sache der illegalen Pass-Deals seitens der polnischen Botschaft beide Augen zu. So verzichtet er in einem weiteren Gespräch darauf, dem polnischen Botschafter zu widersprechen, der meint, dass die Pass-Aktivitäten die Schweiz nichts angehen würden. Involviert seien, argumentiert Lados, die Regierung Paraguays und polnische Staatsbürger, nicht aber die Schweiz.

Allerdings, sei die Schweiz zumindest indirekt tangiert, da die polnische Gesandtschaft ihre Kompetenzen überschreite, hält dem der Aussenminister laut seiner Gesprächsnotiz vom 13. Oktober 1943 entgegen: denn die Pässe würden auf widerrechtliche Weise hergestellt. Pilet-Golaz: «Sobald wir davon Kenntnis haben, müssen wir für Ordnung sorgen.» Der polnische Diplomat widerspricht. Es handle sich nicht um eine «Fälschung von Pässen», da

die paraguayischen Dokumente von der polnischen Konsularabteilung zwar ausgefüllt, nicht aber hergestellt würden. Man könne nur etwas fälschen, das zuvor hergestellt worden sei.

Mit Mut und eisernem Willen gelingt es Alexander Lados, Juden zu retten. Die Empfänger der ersten lateinamerikanischen Pässe in Polen kommen ab Juli 1942 zunächst ins Warschauer Pawiak-Gefängnis – wenige Tage bevor die Deutschen mit den Massentranspor-

Solange sich niemand über die gefälschten Papiere beklagt, funktioniert die Verschwörung.

ten vom Warschauer Getto ins KZ Treblinka beginnen. Vom Pawiak-Gefängnis werden über 200 Juden ins Internierungslager Vittel im Nordosten Frankreichs überführt. Dort halten die Deutschen auch mehrere tausend Amerikaner, Briten und Polen gefangen.

Mögliches Tauschpfand

Die Nazis merken zwar schon bald, dass die paraguayischen Papiere gefälscht sind. Dafür spricht schon die grosse Zahl der Menschen mit lateinamerikanischen Papieren, die plötzlich in Polen auftauchen. Aber die Deutschen greifen nicht ein, weil sie hoffen, die Internierten eines Tages als Tauschpfand für gefangene Deutsche in den USA einsetzen zu können.

Solange sich niemand über die gefälschten Papiere beklagt, funktioniert die Verschwörung der Berner Gruppe, und es können mehrere hundert Juden der Mordmaschine Hitlers entkommen. Aber nur vorübergehend. Denn der Pass-Handel fliegt auf, weil der paraguayische Konsul in Zürich, Hügglis Kollege, im Januar 1943 die illegalen Machenschaften der Polizei meldet. Tut er dies aus Gründen des Neids, nicht in den lukrativen Handel involviert worden zu sein, oder hat er juristische Bedenken? Wir wissen es nicht. Sicher ist nur: Mitte September 1943 wird dem Konsul Hügglis die Exequatur entzogen, also die Lizenz, Pässe auszustellen. Er wird von der Regierung in Asunción abgesetzt, weil sie gemerkt hat, dass er auffallend viele Pässe zugunsten ausländischer Juden gefälscht hatte.

Parallel dazu konfiszieren die Deutschen in Vittel alle lateinamerikanischen Pässe der jüdischen Gefangenen und senden die Dokumente zur Abklärung nach Berlin. Dort werden die Ausweise als gefälscht entlarvt, und die Schutzfunktion der Dokumente löst sich in nichts auf. Bis auf drei Juden, die sich gerade noch rechtzeitig verstecken können, kommen alle nach Auschwitz, wo sie im Gasofen enden.

* Dokumente aus dem Eiss-Archiv sind ab 20. September in der polnischen Botschaft (Elfenstrasse 20, Bern) zu sehen. Die Ausstellung zeigt sieben vom damaligen polnischen Konsul Rokicki unterschriebene paraguayische Pässe, Bilder von Menschen, für die die falschen Pässe ausgestellt wurden sowie Dokumente über die Passherstellung.



Opulente Selbstinszenierung: Wahnsinnsportlerin Serena Williams beim US-Open-Final 2018.



Ikone der Woche

Die Furiose

Von Claudia Schumacher

Knigge-konform ist Serena Williams nicht. Eine Erkenntnis, welche der besten Tennisspielerin aller Zeiten, deren schiere Präsenz selbst durch TV-Bildschirme Ehrfurcht einflösst, am Allerwertesten vorbeigehen dürfte. Tut sie aber nicht. Eines hat sie im US-Open-Final klar gezeigt: Sie verhält sich nicht falsch. Niemals. Schon deshalb, weil sie eine Tochter hat, der sie ein Beispiel sein müsse, wie sie dem Schiedsrichter wutentbrannt erklärte. «Ich habe niemals in meinem ganzen Leben betrogen» – nicht mal in der Schule geschummelt? Wow. Williams ist also nicht nur eine grandiose Wahnsinnsportlerin, sie verkörpert auch den Anstand – zumindest in ihren eigenen Augen. Ihr haarsträubendes Verhalten, die Rockstar-Anleihen (Schläger zerschmettern), die ganze durchgeknallte Hybris: irgendwie erfrischend. Wann haben Sie zuletzt jemanden so ausser Rand und Band gesehen? Trotzdem bleibt eine Entgleisung eine Entgleisung.

Ein wenig auf dem Boden bleiben

Die zwanzigjährige Japanerin Naomi Osaka hatte einen Tag, den sie selbst kaum fassen konnte. Sie scheuchte die grösste Tennis-Bestie, die es je gegeben hat, auf dem Platz herum. Später liess das Mädchen vor verheultem Glückszittern fast die Trophäe fallen. Sie ist die erste Japanerin, die einen Grand Slam gewinnt.

Und was machte Serena, die Grosse? Mutierte zum weinerlichen Mädchen im Körper einer erschreckend starken Frau. Erhält unerlaubte Anweisungen von ihrem Trainer. Wird bestraft. Geht zuerst den Schiedsrichter, dann dessen Chef an. Wird fürs Beleidigen des Schiedsrichters als «Dieb» erneut bestraft. Macht ihren Schläger kaputt. Behauptet: Männer wären mit ihrem Verhalten ungestraft davongekommen. Das Gruselige an der opulenten Selbstinszenierung: wie Williams alle Aufmerksamkeit nach Belieben auf sich ziehen kann, wie das Publikum sogar Osaka ausbuhte. Wie Williams im Angesicht ihrer totalen Macht grinste, als das Publikum sich erst dann traute, für Osaka zu jubeln, als Williams es erlaubte. Wenn Überflieger durchknallen, hängt das oft damit zusammen, dass ihnen niemand mehr Paroli bietet.

Williams als Ikone des Sports, der Frauen und der Schwarzen verändert das Tennis mit ihrer Chuzpe zum Besseren. In der Verantwortung der begeisterten Öffentlichkeit läge es, den Versuch zu wagen, dieses Wesen vom anderen Stern ab und zu ein wenig auf den Boden zu holen. Ein paar Grenzen sind heilsam. Himmeltraurig, wäre Williams in dreissig Jahren der irre Maradona des Tennis.

«Oft wird am Theater nur belehrt»

Er war Direktor des Basler Theaters und brillierte kürzlich als Hauptdarsteller im «Tatort». Regie-Legende Hans Hollmann über seine 60 Jahre am Theater, die von ihm verursachten Skandale und seine Beziehung zu Dürrenmatt, Canetti, Jelinek. *Von Rico Bandle*

Als im Vorspann des letzten Schweizer «Tatorts» der Name «Hans Hollmann» auftauchte, war die Überraschung gross. So heisst doch der legendäre Theaterregisseur, einst Direktor des Theaters Basel, verantwortlich für zahlreiche Skandale, die in Basel heute noch Gesprächsthema sind. Er war es tatsächlich. Der 85-Jährige brillierte als Hauptdarsteller im Schweizer «Tatort» unter der Regie von Dani Levy.

Grund genug, den Künstler zu treffen, der mit den Nobelpreisträgern Elfriede Jelinek und Elias Canetti eng zusammengearbeitet hat und der vor fünfzig Jahren gemeinsam mit Werner Düggelin und Friedrich Dürrenmatt das zuvor unbedeutende Basler Theater zu einem der wichtigsten Bühnen im deutschsprachigen Raum gemacht hat.

Hollmann lebt mit seiner Frau, der wunderbaren Schauspielerin und Schriftstellerin Reinhild Solf, an bester Adresse an der St.-Alban-Vorstadt, gleich beim Basler Kunstmuseum. In diesem Quartier wohnen die grossen Basler Familien, standesgemäss sind in die Messingplatten unter den Hausglocken nur die Initialen eingraviert. Das prachtvolle 500-jährige Haus, das Hollmann bewohnt, ist mit viel Kunst ausgestattet, viele Werke von seinen Bühnenbildnern hängen an den Wänden, aber auch eine Collage von Friedrich Dürrenmatt und eine Zeichnung von Egon Schiele.

Herr Hollmann, Ihr Auftritt im Schweizer «Tatort» war herausragend. Mit 85 Jahren den Durchbruch als Filmschauspieler zu erleben, muss speziell sein...

Den Durchbruch hatte ich etwas früher. 2010 spielte ich bereits in Dani Levys Kinofilm «Das Leben ist zu lang» eine Hauptrolle, als Partner von Veronica Ferres.

Wie ist es zur Zusammenarbeit mit Regisseur Dani Levy gekommen?

Ich kenne ihn seit 1975, dem Jahr, als ich als Direktor das neuerbaute Basler Theater eröffnet habe. Zuvor hatte mir Professor André Levy eine Diskushernie operiert und mich gefragt, ob nicht sein Sohn, damals Maturand, bei der Eröffnung mitmachen könnte, quasi als Vertreter der Jungen. Ich bezog alle Gesellschaftskreise ein – und so war Dani Levy als Vertreter der Jungen dabei.

Eine schöne Geschichte.

Dani Levy ist schon immer neue Wege gegangen, auch bei diesem letzten «Tatort», der ganz ohne Schnitt auskam. Das hiess, niemand durfte einen Fehler machen, Wiederholung gab es nicht. Das sorgte für ein Vibrieren bei der ganzen Truppe, das sich den Zuschauern mitteilte und den Film besonders macht.

Geht Ihre Filmkarriere weiter?

Das würde mich freuen. Ich weiss nicht, warum noch niemand diesen Stoff aufgenommen hat: den Dauerskandal des sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche. [Er zeigt auf ein Bild von Ex-Kardinal Theodore McCarrick.] Sehen Sie dieses durchgeistigte Antlitz, bei dem die böse Dramatik spürbar ist – eine solche Figur möchte ich spielen.

Sie kamen vor genau fünfzig Jahren als 35-Jähriger von Wien nach Basel, der neue Intendant Werner Düggelin hatte Sie engagiert. Können Sie sich daran erinnern?

Es war ein Donnerstag. Ich kam von Zürich und fuhr über die Brücke in Basel ein und die Zürcherstrasse hoch: wenige Menschen, kaum Verkehr, alles irgendwie feierlich und sonnig. Ich dachte: «Wie wunderbar ruhig ist doch nach Wien dieses Basel, also da wohne ich gern ein paar Wochen!» Ich bin fünfzig Jahre geblieben.

Düggelin hatte eben angefangen und auch Friedrich Dürrenmatt an das Theater geholt. Können Sie den Einfluss des Schriftstellers beschreiben?

Dürrenmatt hatte so etwas wie einen theatrale Ur-Instinkt. Ein Schlüsselmoment für mich war, als er einmal in die Probe von «Kasimir und Karoline» kam. Das Stück spielt auf dem Münchner Oktoberfest bei lautestem Rummelplatzgedröhn: Die Schauspieler müssen brüllen, um die Musik zu übertönen, dazwischen setzt der Dichter die Regieanweisung «Stille». So probten wir das auch. Dürrenmatt sagte plötzlich: «Warum machen Sie es nicht umgekehrt?» Ich verstand nicht. Er sagte: «Sie müssen den Lärm spielen. Der wirkliche Lärm unter dem Text ist gar nicht nötig, zu tun, als brülle man, genügt.» Er schlug vor, die Musik nur dort einzuspielen, wo Horváths Regieanweisungen «Stille» verlangten. Ich probierte es aus – die Wirkung war ungeheuer! Die Inszenierung wurde dann als erste Basler Produktion überhaupt zum Berliner Thea-



«Sogar der FCB war dem Theater verbunden»:

tertreffen eingeladen, so etwas wie der Oscar des deutschsprachigen Theaters. **Das war 1968, in Paris und anderswo probten Studenten den Aufstand. War das in Basel ein Thema?**

Wir standen alle auf der Seite dieser Bewegung. Und wir bewiesen das auch. So brachte ich 1969 eine eigene Fassung von Shakespeares «Titus Andronicus» auf die Bühne – mein Text würde auch heute noch Unruhe erzeugen.

Gemäss damaligen Berichten handelte es sich um eine «Gewaltorgie», das Publikum habe scharenweise den Saal verlassen. Eine Rolle spielte das Schweizer Dienstbüchlein, was als Provokation empfunden wurde.

Das war ein ziemlicher Skandal. Ich war damals noch nicht eingebürgert, und es gab



Theater-Grandseigneur Hollmann in seinem Basler Haus.

Bemühungen, mir die Aufenthaltsbewilligung zu entziehen. Damals so etwas zu machen, war ein grosses Risiko, heute ist das ja normal geworden.

Es war nicht Ihr einziger Skandal. Ihre Inszenierung von Shakespeares «Othello» – auch das eine «Gewaltorgie» – hat 1976 noch mehr Proteste hervorgerufen.

Es gab Wandschmierereien am Theater – «Hollmann raus» – und eine strafrechtliche Ermittlung gegen mich wegen «Verbreiten unzüchtiger Veröffentlichung». Der Staatsanwalt lud mich zu einer Einvernahme ein. Er war sehr freundlich. Zuerst plauderten wir über völlig andere Dinge. Plötzlich fragte er mich, es war ihm sichtlich unangenehm: «Sagen Sie bitte, wes-

halb stopft in Ihrer Inszenierung der Othello der Desdemona ein Handtüchlein in die Vagina?» Ich erklärte ihm, der betrogene Othello habe so das Tor seines Betrugs verschliessen wollen. Es sei mir einzig darum gegangen, zu zeigen, wie weit ein Mann in einer solchen Eifersuchtssituation gehen kann. «Ja, wir werden das Verfahren einstellen», meinte der Staatsanwalt darauf.

Waren die Skandale bei Ihrer Einbürgerung 1984 ein Thema?

Nein, die lagen da schon lang zurück. Nach der Einbürgerung hat uns ein Freund dieses alte Schweizer Holzgewehr geschenkt, das hier in der Ecke steht. Eine schöne Geste.

Die grossen Basler Familien, der Daig, haben Sie stets unterstützt.

Nicht immer – und nicht alle. Am Anfang waren es vor allem die grossen Mäzeninnen Maja Sacher und Vera Oeri, die Düggelin, mir und dem Ensemble nach Premieren ihr Haus öffneten. Da war Antoinette Vischer, die für das Theater bei Ligeti eine Originalkomposition bestellte und diese persönlich am Cembalo einspielte, da war Markus Kutter, ein beständiger Werber für unsere Arbeit, Gaudenz Staehelin schrieb mir nach jeder Inszenierung einen kritischen Brief, und die Freundschaft mit Vrone und Martin Burckhardt hat mich viele Jahre begleitet. Aber vor allem kamen damals neu viele junge Menschen ins Theater. Sogar der FCB war in diesen Jahren irgendwie dem Theater verbunden, FCB-Trainer Helmut Benthaus fehlte bei keiner Premiere. >>>



Wandschmiererei wegen Hollmanns «Othello», 1976.

Sie wurden dann Düggelins Nachfolger. Wie kam es dazu?

Eigentlich hätte der Wuppertaler Generalintendant Arno Wüstenhöfer den Posten übernehmen sollen. Mit ihm kam es zum Eklat: Die Stadt wollte ihn loswerden, bevor er angetreten war. Sie musste ihn schliesslich auszahlen. Die Basler Regierung hatte ja nicht immer die glücklichste Hand bei der Wahl ihrer Theaterdirektoren. Erst Frank Baumbauer und nun Andreas Beck haben fortgesetzt, was wir damals in den siebziger Jahren begonnen hatten. Und auch die Wahl von Becks Nachfolger ist, glaube ich, gelungen. Mit Benedikt von Peter wird 42 Jahre nach meiner Direktion zum ersten Mal wieder ein namhafter Regisseur Direktor des Theaters Basel sein.

Hatte es ein Theaterdirektor früher nicht einfacher? Das Unterhaltungsangebot war noch nicht so gross, und die Leute liessen sich leichter provozieren?

Zu provozieren, ist nicht primäre Aufgabe des Theaters. Im Vorspiel zu Goethes «Faust» sagt der Direktor über das Publikum: «Sie sitzen schon mit hohen Augenbrauen / Gelassen da und möchten gern erstaunen.» Theater muss erstaunen lassen.

Und das schafft Theater nicht mehr?

Manchmal schon. Wenn ich hier in Basel, in München oder Wien Inszenierungen von Ulrich Rasche, Simon Stone oder Ersan Mondtag sehe, bin ich verblüfft und begeistert.

Möchte nicht jeder Regisseur das Publikum zum Erstaunen bringen?

Nein, oft wird nur oratorisch belehrt oder schlicht nur informiert. Oder man sieht Repertoire-Vorstellungen mit echten Flüchtlingen oder anderen Laien zusammen mit Berufsschauspielern auf der Bühne. Während der letzten Direktion spielte in Basel eine schwangere Schauspielerin nackt die Rolle der Eboli. Hier stimmt etwas nicht mehr. Umberto Eco hat Theater, wie ich meine, schlüssig definiert: als Zeichensystem theatraler Signale. Alles ist Zeichen. Betrunkene kann man keinen Betrunkene spielen. Wenn Flüchtlinge auf der Bühne von ihren Erlebnissen berich-

ten, sind sie Bestandteil einer gutgemeinten sozialpädagogischen Veranstaltung, doch Theater ist das nicht.

Heute führen viele Theater auch Podiumsdiskussionen durch und veröffentlichen politische Pamphlete.

Natürlich soll das Theater Diskussionen auslösen und sie auch durchführen! Das Theater hat, seit es besteht, immer politisch Stellung bezogen, aber eben theatral, durch Produktionen. Ein weiterer Punkt meiner Kritik sind die Einführungen: Jemand erklärt den Zuschauern vor der Vorstellung, wie es diese aufnehmen soll, was die Regie für Einfälle gehabt hat, wie der Bühnenraum zu deuten ist und so weiter. Worüber soll da das Publikum noch erstaunen, wie kann es das Vergnügen haben, eine Inszenierung zu entdecken?

Die Dramaturgen müssen etwas zu tun haben...

Dramaturgen? Sie haben eine interessante Entwicklung genommen.

Dramaturgen, also Experten, die Produktionen begleiten, das ist eine deutschsprachige Eigenheit. Andernorts kennt man das gar nicht.

Richtig. Das deutsche Theater wird ja seit 300 Jahren beinahe durchgehend beaufsichtigt: Im 18., 19. Jahrhundert bis zum Ende

«Jede Inszenierung sollte so stark sein, dass sie ohne Vorkenntnisse zu einem spricht.»

des Ersten Weltkrieges entschieden die Fürstenhöfe, was auf die Bühnen kommen durfte. In den zwanziger Jahren herrschte relative Freiheit, es folgten Goebbels und sein Propagandaministerium, und schon in frühen DDR-Zeiten nahmen Vertreter des Zentralkomitees der SED jede Premiere hinsichtlich ihrer politischen Zuverlässigkeit ab. Das führte an den grossen Theatern des Landes bald zur Entwicklung von haus-eigenen Produktionsdramaturgien, die dafür sorgten, dass die Kontrollen reibungslos verliefen. Als dann ab den siebziger Jahren die DDR immer häufiger ihren Regisseurinnen und Regisseuren im Westen zu gastieren gestattete, kamen die nie ohne Produktionsdramaturgen über die Grenze.

So hat sich dies auch im Westen etabliert?

Genau. Als ich in den achtziger Jahren in Zürich am Schauspielhaus zu inszenieren begann, gab es dort zwei Dramaturgen: Peter Rüedi und Dieter Bachmann. Heute arbeiten in der Dramaturgie zwölf Personen. Ähnlich ist die Entwicklung an den Universitäten: Konnte man vor fünfzig Jahren nur in München und Wien Theaterwissenschaft studieren, kann man dies inzwischen an siebzehn Hochschulen.

In Ihrer Arbeit haben Sie sich intensiv mit Ödön von Horváth beschäftigt, einem Autor, der in seinen Stücken jeden Schritt vorgibt, aber ebenso mit Elfriede Jelinek, die bloss Textbausteine hinwirft. Die Spannweite könnte nicht grösser sein.

Ich habe mit «Clara S.» und «Krankheit oder Moderne Frauen» zwei frühe Stücke Jelineks uraufgeführt. Ihr habe ich übrigens den Zugang zum Computer zu verdanken. Anfang der achtziger Jahre habe ich sie zur Vorbereitung von «Clara S.» in Wien besucht und entdeckte dabei einen merkwürdigen Gegenstand in ihrem Bücherregal, eine schmale Plastikhülle. Ich fragte sie, was das sei. «Eine Floppy Disk», sagte sie. «Das ist mein neuer Roman.»

Elias Canetti war neben Jelinek der zweite Nobelpreisträger, zu dem Sie engen Kontakt hatten.

Die Begegnungen mit Canetti gehören zu den wichtigsten meines Lebens. Ich habe im Basler Theater, im Staatstheater Stuttgart und im Burgtheater Wien alle seine Stücke inszeniert. Wie auch bei Jelinek, Rainald Goetz, Botho Strauss und anderen Autoren habe ich vor der Inszenierung seines Stücks das Gespräch mit ihm gesucht. Bei Canetti setzte sich der Kontakt verstärkt fort. Wann immer ich in Zürich inszeniert habe, auch vor dem «Parsifal» am Opernhaus, traf ich ihn, um mit ihm über den Stoff zu diskutieren.

Was machte ihn für Sie so wichtig?

Einmal sprach ich ihn über sein Meisterwerk «Masse und Macht» an. Es enthält seine gesamte Soziologie, doch zitiert er darin keinen einzigen anderen Philosophen oder Wissenschaftler, was ungewöhnlich ist. Ich fragte ihn, warum. «Ich wollte ein Buch schreiben über die Menschen», sagte er, «und zwar auf eine Art, damit es auch Leute, die von ausserhalb auf die Erde kommen, verstehen könnten.» Diesen Grundsatz habe ich ab da versucht, auf meine eigene Arbeit zu übertragen. Jedes Kunstwerk, jede Inszenierung sollte so stark sein, dass sie ohne Vorkenntnisse zu einem spricht. Wissen Sie, was allen bedeutenden Menschen, die ich kennengelernt habe, gemeinsam ist?

Was?

Sowohl Jelinek, Dürrenmatt, Canetti, Rainald Goetz als auch Heiner Müller war der abgehobene Kultur-Sprecher, der heute so verbreitet ist, völlig fremd. Sie diskutierten einfach, unpathetisch. Während meiner Zeit als Direktor in Basel traf ich Dürrenmatt zufällig in der Zürcher «Kronenhalle». Ich fragte ihn, ob er nächste Woche nach Basel zur Premiere seines Stückes «Die Frist» kommen werde. Er verneinte: «Ich kann nicht. Ich muss dem Freunde Varlin [der Kunstmaler, Anm. d. Red.] beim Sterben helfen.» Was für ein Satz!

Kamera im Kopf

Zuerst war er Presse- und Modefotograf, danach Art Director des *Sterns*. Jetzt ist Tom Jacobi Künstler und zeigt Landschaftsfotografie in Zürich. Von Mark van Huissing und Nathan Beck (Bild)



«Ein Bild für die Ewigkeit»: Tom Jacobi, 62, im Botanischen Garten in Zürich.

Vom Fotografen zum Art Director, zum Fotokünstler – wie geht das? – «Ich hatte keinen Masterplan. Ich war orientierungslos als junger Mann. Ich hab eine Kamera geschenkt bekommen und angefangen zu fotografieren, das hat mir Spass gemacht. Als das Erste davon gedruckt wurde, ich erinnere mich genau, war das ein erhebender Moment. Davon ging ein Zauber aus, der mich bis heute nie losgelassen hat. 1977 hat mich Rolf Gillhausen, das legendäre «Oberauge» des *Sterns*, angerufen und gefragt, ob ich nicht Lust hätte, nach Hamburg zu kommen. Das war ein Traum – damals war der *Stern* ein journalistischer Leuchtturm, der Foto-Olymp. Das hab ich zehn Jahre gemacht. Danach hab ich als freier Fotograf gearbeitet, Werbung gemacht, Mode fotografiert... Mein Bankkonto ging in dieser Zeit nach oben, aber meine Leidenschaft nach unten. Dann haben mich Thomas Osterkorn und Andreas Petzold [*Stern-Co-Chefredaktoren* von 1999 bis 2013] gefragt, ob ich der neue Art Director werden möchte. Daraus wurden fast zehn tolle Jahre. Danach bin ich in die Antarktis gereist. Und war fasziniert von

dieser grauen, archaischen, reduzierten Landschaft. Ich hab zum ersten Mal seit fünfzehn Jahren wieder eine Kamera in die Hand genommen. Ich sag immer: «Man kriegt zwar die Kamera vom Fotografen weg, aber nicht aus seinem Kopf.» Ich hab gemerkt, dass ich immer noch Fotograf bin. Und dass dieser Moment, auf den Auslöser zu drücken und Bilder zu machen, wunderschön ist.»

Wo Gott wohnt

Tom Jacobi, 62, ist ein deutscher Fotograf. Er wuchs an verschiedenen Orten Deutschlands auf sowie in Washington, wo sein Vater, der Journalist, Kolumnist und Buchautor Claus Jacobi, eine Zeitlang als Korrespondent arbeitete. Dieser schrieb auch die Texte zu seiner, Toms, ersten grossen freien Fotoarbeit, für die er während dreier Jahre «mystische Stätten der Menschheit» (Eigenreklame) besuchte und fotografierte; die Bilder und der Text erschienen im Jahr 2000 in dem Buch «Wo Gott wohnt». Bilder einer späteren Antarktis-Reise veröffentlichte er im Band «Grey Matter(s)» (Hirner-Verlag, 2016). In der Zwischenzeit be-

reiste er zahlreiche weitere Länder, um deren aussergewöhnliche Natur festzuhalten; eine Auswahl der dabei entstandenen Fotos wird in den Bänden «Into the Light» sowie «The Light Within» wiedergegeben. Dieses Gespräch fand vergangene Woche in Zürich statt, wo Jacobi sich anlässlich der Eröffnung einer Einzelausstellung seiner Landschaftsfotografien in der Galerie Petra Gut Contemporary aufhielt (noch bis 2. Oktober). Er ist verheiratet und lebt in Hamburg.

«Der Kunstbetrieb ist verhältnismässig hochnäsiger...» – «Ja, sehr.» – «...wer mal «kommerziell» gearbeitet hat, also für Geld, ist suspekt. Offiziell wenigstens.» – «Ich hab alle Bereiche der Fotografie erlebt – von Krieg über Reportage, Porträts, Celebrities zu Mode und Werbung –, aber vom Kunstmarkt hatte ich keine Ahnung. Ich lerne jetzt erst den Betrieb kennen, das ist ein kleiner, in sich geschlossener Kosmos.» – «Und ganz schön teuer, nicht

«Wer mal «kommerziell» gearbeitet hat, also für Geld, ist suspekt. Offiziell wenigstens.»

wahr? Wer hat die Arbeiten, die du bis jetzt gemacht hast, bezahlt?» – «Ich wollte das machen, weil ich dran geglaubt hab. Das war schon bei «Wo Gott wohnt» [seine erste Kunstfotoarbeit] so, und das ist auch wunderbar aufgegangen. Ich hab einen grossen Vorteil: Ich hab in den zwanzig Jahren, bevor ich mit Kunst anfang, gutes Geld verdient, ich kann mir das leisten. Nicht bis zu meinem Lebensende, schon klar, aber ich finanzier' das vor, ich hab keinen Sponsor. Und ich hab, Gott sei Dank, sehr gut verkauft, seit ich das mache [seine in Zürich gezeigten Bilder kosten je nach Grösse und Auflage zwischen 8000 und 40 000 Franken].»

«Deine Stationen bis hierher waren Magazine, Immobilien (von 2008 bis 2011 war er Marketingvorstand von Engel & Völkers, einem Franchiseunternehmen im Immobilienbereich) und Kunst – bist du immer dort, wo's grad boomt?» – «Also ich höre, dass der Kunstmarkt im Moment nicht so toll läuft wie noch vor vier oder fünf Jahren... Aber ne, warum ich jetzt das mache, was ich seit vier oder fünf Jahren mache: weil es das ist, was ich von ganzem Herzen liebe. Und auch das, was ich am besten kann. Mit Bildern arbeiten kann ich sowieso, egal, ob ich Bilder aussuche oder selber mache. Aber irgendwo sitzen und auf den Augenblick warten, an dem ich auf den Auslöser drücke, um ein Bild für die Ewigkeit zu machen, ist einfach wunderschön.»

Sein Lieblingsrestaurant: «Fishing with Dynamite», 1148 Manhattan Avenue, Manhattan Beach, Telefon +1 310 893 6299

Zeitalter der Komikerinnen

Humor gehört zu einer der letzten Bastionen, die Männer lange für uneinnehmbar hielten. Ein paar der besten Komiker von heute sind allerdings Frauen. Und es werden immer mehr.
Von Claudia Schumacher

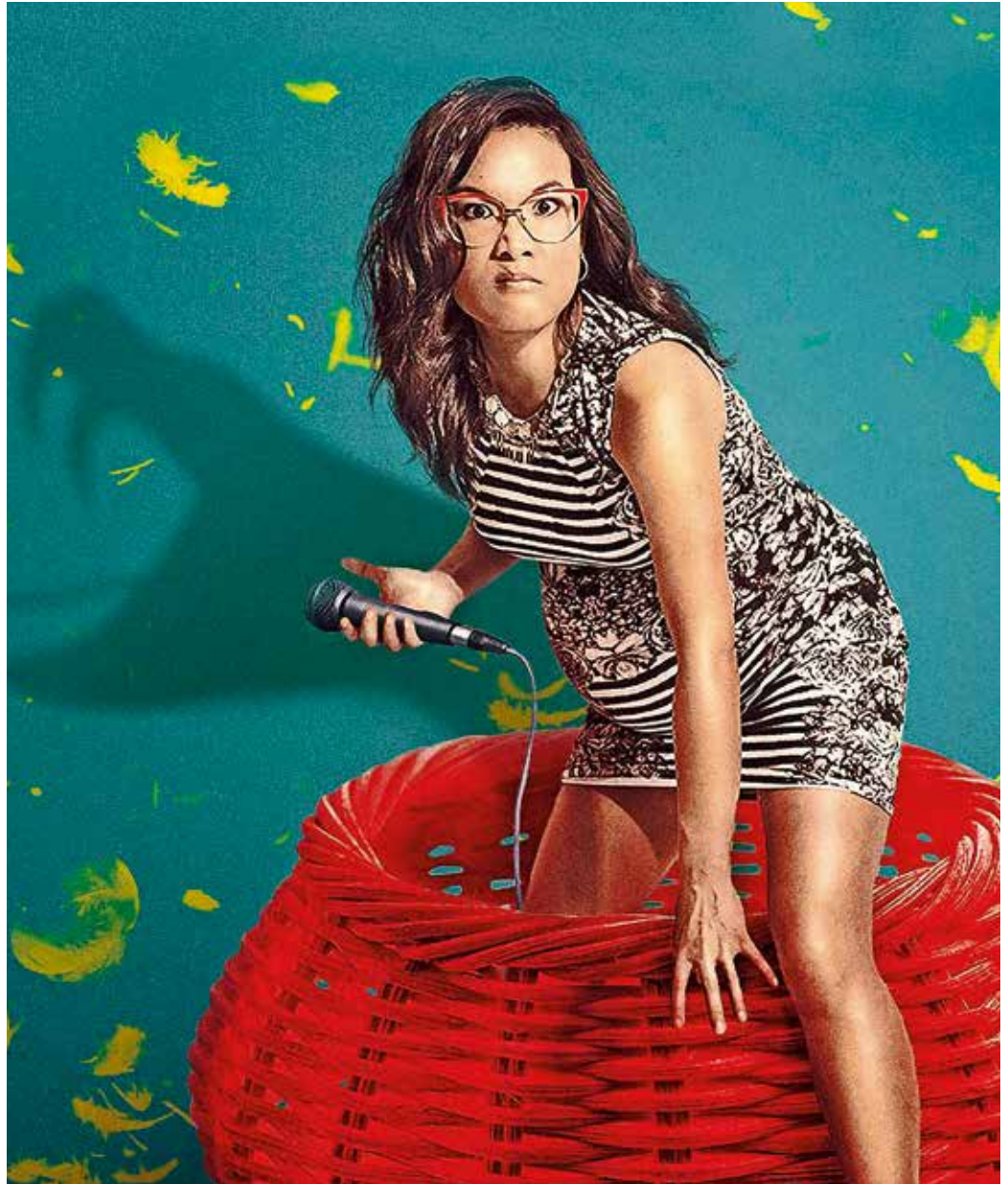
Alle unsere Vorfahren, die Humor hatten, sind nicht unsere Vorfahren», sagt Hazel Brugger, «denn die sind ungebumst gestorben.» Eine schiefe Optik und ein Penis galten lange als zwingende Voraussetzungen für Stand-up-Comedy. Je hässlicher der Mann, desto lustiger muss er sein. Frauen hingegen sind eigentlich immer schön genug, um nicht «ungebumst» zu sterben – wozu brauchen die also Humor?

Wer weiss das schon, ein Mysterium ist die Frau, Fakt aber ist: Heute gibt es so viele Komikerinnen wie Männermodels. Weil Erstere ein wenig spannender sind als Letztere, stellen wir ein paar der besten hier vor. Sie sagen Unerhörtes, sind gnadenlos unverschämt und hämmern die Pointen raus – deren Wirkung durch ihr argloses bis mädchenhaftes Auftreten noch verstärkt wird. Sie bringen eine andere Sicht ein, zeigen uns die 51 % der Humorwelt, die wir noch nicht so gut kannten – was aber nicht heisst, dass Männer sie weniger lustig finden als Frauen.

Wie ist das so, als Frau in der Comedy-Szene? «Voll okay», sagt Hazel Brugger gerne auf die häufig gestellte Frage. «Halt mühsam, dass ich einmal im Monat auf der Bühne auf meinem eigenen Menstruationsblut ausrutsche.» Dann lacht sie, sagt: «Nicht, dass Sie das jetzt glauben.» Sie rutsche nicht aus, sie skate darauf eher gelassen zum Mikrofon hin.

Krasse Mama: Ali Wong

«Wenn du schwanger bist, bist du hungrig, müde und fett», meint die US-Komikerin Ali Wong. «Dadurch hast du diese <I don't give a fuck>-Attitüde, die sich sehr für Auftritte empfiehlt. Du lässt jegliche Würde und Scham fallen, das ist schön.» Die heute 36-jährige Wong wurde 2016 zum internationalen Comedy-Star, als Netflix ihre Show «Baby Cobra» lancierte. Gefilmt wurde sie im September 2015, als Wong im siebten Monat schwanger war mit dem ersten Kind. Eine absurde Erscheinung gab sie ab: zierlich und klein, mit einem riesigen Bauch, den sie beim Zotenreissen vor sich her trug wie eine hart erarbeitete Bierwampe. Scherze an der Schmerzgrenze, die bei den Zuschauern eruptives Lachen hervorrufen. Wong über Heiratsanträge: «Mein Freund und ich waren vier Jahre zusammen, da hatte ich diesen leisen Verdacht ... weibliche Intuition wahrscheinlich ... dass er mir einen Antrag machen würde, weil ...» – Denkpause, in der sie ein romantisch verklärtes Gesicht aufsetzt – «... ich ihn dazu gezwungen habe.» Denn so funktionierten Heiratsanträge: «Eine



«Es kam aus dem Nichts!»: amerikanische Komödiantin Wong.

Frau muss die Idee in den Kopf des Mannes pflanzen.» Erst zurückhaltend, aber wenn die Botschaft nicht ankomme: «äusserst aggressiv». Als Frau müsse man dann mit Trennung drohen, ohne je wirklich zu gehen, «denn du weisst, dass du zu alt bist und es zu spät für dich ist, dir da draussen einen neuen Mann zu holen und mit dem Manipulationszyklus von vorne zu beginnen». Also fokussiere man sich aufs Einfangen dieses einen Typen und nörge so lange an ihm herum, bis er, völlig fertig, die Frage stelle, ob man ihn heiraten wolle – nur, um endlich Ruhe zu haben. Danach zeigten Frauen grazil den Klunker herum und be-

haupteten: «Oh, mein Gott! Er hat mir einen Antrag gemacht! Es kam aus dem Nichts!»

Mit derselben brachialen Ehrlichkeit und Selbstironie redet Wong über Pornokonsum, auch ihren eigenen, über Rassismus, die Hipsterkultur, in der sie lebt, ihr zwiespältiges Verhältnis zum Feminismus oder über Analsex. Ihr neuestes Programm, «Hard Knock Wife», kann man seit 13. Mai 2018 ebenfalls auf Netflix sehen. Und natürlich ist sie dabei wieder: hochschwanger.

Ernsthaft komisch: Hazel Brugger

Es ist ein wenig schade, dass Hazel Brugger auf Deutsch auftritt. Auf Englisch könnte sie bei

ihrem Ausnahmetalent die ganze Welt einnehmen. Komisch, dass es erst eine Frau in Europa gibt, die ein Netflix-Special bekam, und dass diese Frau nicht Hazel Brugger heisst, sondern Enisa Amani (die ist auch witzig: ansehen!). Aber was soll's: Die schweizerisch-amerikanische Brugger wirkt zwar wie eine Comedy-Veteranin, ist aber erst ein Küken von zarten 24 Jahren – da kann noch alles kommen. Durch ihre Auftritte in der «Heute-Show», in der sie etwa AfD-Frau Beatrix von Storch einen Witz erzählen liess oder mit Grünen-Politikerin Claudia Roth vegane Mettigel herstellte, ist die frühere Slam-Poetin schon im ganzen



Schweizer Star Hazel Brugger.

Auf Englisch könnte sie bei ihrem Ausnahmetalent die ganze Welt einnehmen.

deutschsprachigen Raum zum Star avanciert. Und sie würde ja auch noch gerne einen Roman schreiben ... was auch immer: Es kann eigentlich nur grandios werden. Denn Brugger hat wahnsinnig viel Selbstbewusstsein, aber noch mehr Talent.

Sollte es hierzulande einen Menschen geben, der noch nicht von ihr überzeugt ist, sehe dieser sich ihre Auslassungen über unerigierte Penisse an. «Ein unerigierter Männerpenis sieht ein bisschen so aus wie ein kleiner, kleiner Mann, der eine Geschichte erzählt, und diese Geschichte ist nicht gut», sagt sie gewohnt unmimisch und trocken. «Er steht in einer ganz tristen Umgebung, man weiss nicht genau wo, vielleicht Bahnhofsregion Pforzheim. Ist er zu klein? Sind seine Kleider zu gross? Jemand hat ihm die Wirbelsäule gestohlen.» Und das geht eine Weile so weiter und wird dadurch noch witziger, dass Brugger es vorträgt mit dieser staunenden Stimme und ihrer Körperkomik. Bruggers grösste Leistung ist, dass sie es in aller Regel schafft, als Einzige nicht über ihre Scherze zu lachen.

Ehrlichkeitsbombe: Amy Schumer

Gute Unterhaltung ist immer auch intelligent. Und wie kann etwas intelligent sein, das ganz ohne Ethik auskommt? Die bisher genannten Komikerinnen sind bei allem Geblödel auch politisch, haben einen eigenen moralischen Kompass und feministische Überzeugungen. Auch ein wunderbares Beispiel dafür, dass Moral nicht die Feindin der guten Unterhaltung ist: Amy Schumer. Den weltweiten Mainstream-Erfolg erreichte die blonde Frohnatur mit den etwas plump geratenen Kinokomödien «Trainwreck» (2015) und «I Feel Pretty» (2018). Angefangen hat sie aber mit Stand-up-Shows und den scharfsinnigen Sketchen in ihrer TV-Show «Inside Amy Schumer». Legen-

däre Szenen, die teils Gesellschaftsdebatten ansties. Etwa über die weibliche Neigung zum Schuldgefühl als Karrierehindernis. Im Sketch «I'm Sorry» (2015) ist ein Gesprächspanel mit weiblichen Expertinnen und einem männlichen Moderator zu sehen, der deren Namen falsch ausspricht und sie nicht zu Wort kommen lässt – aber die Damen entschuldigen sich in der Dauerschleife, bis es hysterisch und irre wird und eine sogar das letzte Blutopfer bringt und stirbt – nicht, ohne sich gleichzeitig winselnd dafür zu entschuldigen, mit ihrem Dahinscheiden das Panel zu ruinieren.

Das Abdrehen ins Absurde ist ein schumersches Marken-

zeichen, auch in dem Sketch «Last Fuckable Day» (2015), in dem Schumer beim Joggen auf eine Gruppe ihrer Showbiz-Heldinnen trifft. Schumer, die von diesen als «das Mädchen, das im Fernsehen immer über ihre Vagina redet» erkannt wird, darf sich dazusetzen. Und wird Zeugin eines grausamen, festlichen Rituals, das die Gruppe für eine von den Frauen abhält, die zwar noch sehr attraktiv ist, vom Alter her aber angeblich ihren Zenit überschritten hat und daher keinen Platz mehr in der Öffentlichkeit findet.

«Die beste Zeit zum Kinderkriegen...»

Nachdem in Louisiana 2015 ein Geisteskranker zwei Frauen während einer Vorstellung des Schumer-Films «Trainwreck» erschossen hatte, engagierte sie sich für eine Verschärfung der US-Waffengesetze. Als Schumer vom *Time Magazine* zu den hundert einflussreichsten Persönlichkeiten gezählt wurde, schrieb die Schauspielerinnen Tilda Swinton über sie: «Amy's got your back. She's in your corner. She's an honesty bomb. And she's coming for you.»

Hui, ist der Platz schon alle? Aber es gibt noch so viele lustige Frauen! Lassen Sie sich kurz noch ein paar vorstellen! Etwa die Amerikanerin Sarah Silverman, die sich gerne mit Tabus und Vorurteilen befasst: «Mir ist das egal, ob du denkst, dass ich Rassistin bin. Ich möchte nur, dass du denkst, ich bin dünn.» «Die beste Zeit zum Kinderkriegen ist, wenn du ein schwarzer Teenager bist...» Die Australierin Hannah Gadsby, die uns in «Nanette», ihrer Show übers Anderssein und über Traumata, nicht nur zum Lachen bringt, sondern auch ein bisschen zum Weinen. Iliza Shlesinger, die in «Elder Millennial» ihre eigene Generation und deren Paarungsverhalten durch den Kakao zieht. Katherine Ryan, Chelsea Handler ... es werden immer mehr.

Literatur

Unter Freunden

Sind alle Schriftsteller gegen Trump? Nicht Martin Walser, wie er in Zürich offenbarte.



Positiver Blick: Walser (l.) und Ackeret in Zürich.

Er muss gestützt werden, um auf die Bühne zu gelangen. Martin Walser, der Grandseigneur der deutschsprachigen Literatur, war am Wochenende in Zürich. Weshalb tut sich der 91-Jährige noch eine Veranstaltung vor einigen Dutzend Zuschauern an? Die Antwort trägt einen Namen: Matthias Ackeret, Journalist, Verleger und seit zwanzig Jahren mit Walser befreundet.

Wie wichtig Walser diese Beziehung ist, betonte er gleich zu Beginn: «Ich bin nicht mit Freundschaften übervölkert. Freunde sterben weg, und die, die überleben, bleiben nicht alle Freunde.» Ein Grund, weshalb sich möglicherweise einige von ihm abgewendet haben, lieferte er gleich nach: Walser gehört zu den wenigen Intellektuellen, die Donald Trump nicht verdammen. Schon während des Wahlkampfes sei er beeindruckt gewesen von dem aussergewöhnlichen Kandidaten: «Trump hat mir imponiert, weil er glaubwürdiger war als seine Gegnerin, weil er alles preisgab und trotzdem gewählt wurde.» Die totale Offenheit in einer Zeit, da andere Politiker jedes Wort von Kommunikationsberatern nach Risiken abwägen lassen, fasziniert ihn immer noch: «Ich bin kein Trump-Verehrer, aber beeindruckt von der Art, wie er Politik macht.»

Im Zentrum des Anlasses stand jedoch die dreiwöchige Reise um die Welt, die Ackeret vor zwanzig Jahren mit Manfred Klemann unternommen hatte. Von jeder Etappe aus schickten die beiden ihrem Schriftsteller-Idol eine Postkarte, woraus sich nach der Rückkehr die Freundschaft entwickelte. Walser, das kam deutlich zum Ausdruck, ist für jeden Schabernack zu haben. Genau das unterscheidet ihn mittlerweile von den meisten seiner Berufskollegen, die mit finsterner Miene Untergangsstimmung verbreiten: sein positiver Blick auf die Welt. *Rico Bandle*



Die Bibel

Aus Glauben gerecht

Von Peter Ruch

Sind wir nun aus Glauben gerecht gesprochen, so haben wir Frieden mit Gott durch unseren Herrn Jesus Christus (Römer 5, 1). Es gibt mehrere Bibelverse, welche die Botschaft des Evangeliums auf eine kurze Formel bringen. Einer davon ist der obige. Dass er gerecht gesprochen sei, berührt den heutigen Menschen allerdings nicht mehr. Zumindest nicht auf Anhieb. Als Türöffner kann die Rückblende auf den griechischen Gebrauch der Gerechtigkeit dienen: Platon bezeichnet damit sowohl die Grundstruktur des Gemeinwesens als auch der menschlichen Seele. Aristoteles widmet der Gerechtigkeit ein ganzes Buch und versteht sie als Anwendung der Tugenden gegenüber der menschlichen Gemeinschaft sowie als Ausgangspunkt aller ethischen und politischen Normen. Im Alten Testament war die Gemeinschaft zwischen Mensch und Gott und zwischen den Menschen entscheidend vom Rechtsgedanken bestimmt. Alle diese Auffassungen gehen davon aus, dass der Mensch auf Gemeinschaft angewiesen ist und Wertschätzung braucht. Zu den quälendsten Erfahrungen gehört die Enttäuschung dieses Bedürfnisses, sei es durch böswillige Verachtung oder durch eigenes Versagen. Deshalb lassen sich Menschen relativ leicht in Normen und Moralnetze einspannen. Sie verschaffen einem das Gefühl zu genügen, das Gefühl von Zugehörigkeit – und somit die Vorstellung, ein Gerechter zu sein.

Das Evangelium zieht die Notwendigkeit von Gesetz und Ethik nicht in Zweifel. Es bestreitet jedoch, dass von dort die Erfüllung kommt. Stets widerspricht Jesus dem Zwang, der von Vorschriften und ihren Kontrolleuren ausgeht. Denn durch sie werden Beziehungen nicht belebt, sondern erstickt. Und hier wird das Neue Testament aktuell: Wir erleben die Erosion von Sitten und zugleich die Verdichtung von Vorschriften. Die beiden Phänomene treiben sich gegenseitig an. In dieser Spirale lauert Unfrieden. Frieden stiftet das Vertrauen, dass ich gerecht bin, weil Christus es mir bescheinigt. Das macht mich wertvoll, gemeinschaftsfähig und dienstbereit.

Peter Ruch war Pfarrer in drei Gemeinden.



«Ein Morgen gibt es nicht»: Alexander Scheer und Anna Unterberger in «Gundermann».

Kino

Singender Baggerfahrer

«Gundermann» von Andreas Dresen stellt die Lebenswidersprüche in der DDR ohne jede Verklärung, glaubhaft und menschlich dar.

Von Wolfram Knorr

Das Leben geht weiter, das ist das Dumme daran. Besonders für Gerhard Gundermann, genannt «Gundi», der nach dem Ende der DDR, seines geschätzten Sozialismus, auf einmal im vereinten Staat mit der bitteren Wahrheit konfrontiert wird, ein Spitzel gewesen zu sein, ein inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Stasi. Mit dem Fall der Mauer zerbricht der ideologische Schutz wie eine Käseglocke und setzt «Gundi» frischer Luft aus. Er weiss nicht, wie er auf Fragen der Weggefährten, auf die Gauck-Behörde reagieren soll. Erfundene Geschichten haben ein Ende und damit einen Sinn. Die DDR war für ihn keine erfundene Geschichte, ihr Sinn war die Hoffnung auf ein schönes Ende, jedenfalls für ihn – auch als IM.

Gerhard Gundermann (1955–1998), ein Lulatsch mit blonder langer Mähne, Riesenbrille, Hosenträgern und Schlabber-Jeans, ein Werk­tätiger und Liedermacher, war der «singende Baggerfahrer» aus Hoyerswerda. Er flog von der Offiziersschule der Nationalen Volksarmee, weil er nicht bereit war, seinem General ein Loblied zu widmen, meckerte gegen die Betriebschefs der Braunkohle-Unternehmen, flog zweimal aus der Partei und unterschrieb 1976 als IM «Grigori» bei der Staatssicherheit.

Er glaubte an den Sozialismus, war Idealist und ein Meckerer, weil die Wirklichkeit nicht dem Ideal nahekam. Vielleicht hat er auch deshalb gespitzelt. In den 1990ern, wo auf einmal alles offen war, reagierte er ratlos. Als seine Frau mit ihm darüber diskutieren möchte, antwortet er: «Ich kann mir doch nicht selbst die Schuld geben!»

«Gundermann» von Andreas Dresen («Halbe Treppe») ist der erste wahrhaftige Film über die DDR am Beispiel eines im Westen un-



IM «Grigori»: Musiker Gundermann.

bekannten und selbst damals im Osten lange nur regional bekannten Troubadours, der sich gerne mit Bruce Springsteen verglich und keineswegs parteitreue Texte schrieb: «Hier sind wir alle Brüder und Schwestern/Hier sind die Nullen ganz unter sich/Hier ist es heute nicht besser als gestern/Und ein Morgen gibt es nicht.» Dresen porträtiert mit seiner Autorin Laila Stieler einen «typischen» DDRler, einen netten Kerl, der keiner Fliege was zuleide tut: idealistisch, aufsässig, angepasst, spiessig und immer quengelig. Und er verzichtet in der Optik (Kamera: Andreas Höfer) auf Ostalgie-Ästhetik wie bei «Good Bye, Lenin!», was die Figur und sein Umfeld authentisch macht: ein Baggerfahrer in der Braunkohle-Ödnis, in der Boheme-Szene, auf der Bühne, bei Partei-Sitzungen und in Plattenbau-Wohnungen. Alexander Scheer von der Berliner Volksbühne spielt ihn wunderbar fahrig, ständig seine Brille hochschiebend.

Dresen und Stieler, beide aus Gera, erzählen im Wechsel der Zeiten – mal in den 1990ern, mal in den 1970ern und 80ern – und erklären ganz bewusst das Verhalten ihres Helden nicht. Dadurch bleibt Gundermann sehr menschlich und ein emotionales Kraftwerk. Selbst als er mit seiner Musik Erfolg hatte, gab er seinen Job als Baggerfahrer nicht auf. Dass er 1998 an einem Gehirnschlag starb, schreiben viele Freunde seiner Rastlosigkeit zu. Einmal soll er einen Fluchthelfer in den Osten locken und versagt dabei: Der DDR-Hass des Gegners macht ihn so wütend, dass er brüllt: «Das ist 'n schönes Land!» Überhaupt ist er als IM «Grigori» nicht viel wert. Als er einen Freund flehend um Verständnis bittet, er habe ihm doch gar nicht geschadet, antwortet dieser: «Hast du das damals schon gewusst?» ★★★★★

Weitere Premiere

Utøya July 22 — Dieser Film ist eine Zumutung. Neunzig Minuten gibt er keine Ruhe. Keine einzige Sequenz, in der man mal aufatmen könnte. Er schildert pseudodokumentarisch den fassungslosen Terrorakt des Rechts-extremisten Anders Breivik, der am 22. Juli 2011 auf der norwegischen Insel Utøya 69 Menschen erschoss, Teilnehmer eines Ferienlagers der Jugendorganisation Arbeiterjugend – ein Trauma, das das Land bis heute tief erschüttert. Darf man so etwas in der dramatischen Form eines Horrorfilms erzählen?

Kein Film in jüngster Zeit hat die Meinungen derart radikal gespalten wie Erik Poppes («The King's Choice») Werk und sein verwegener Umgang mit dem blutigen Terroranschlag. Er bedient sich der semi-authentischen Ästhetik à la «Blair Witch», folgt mit der Handkamera in einer einzigen Einstellung der achtzehnjährigen Kaja (Andrea Berntzen), die im Ferienlager sich erst mit ihrer jüngeren Schwester kabbelt und diese dann, als immer mehr Jugendliche panisch und zunehmend in Todesangst vom



Hilflosigkeit und Panik: «Utøya July 22».

Zeltplatz fliehen, zu suchen beginnt: Die Schwester war im Zelt zurückgeblieben und ist nun im beginnenden Chaos nicht mehr aufzufinden. Der Attentäter bleibt ein Phantom, man hört nur Schüsse, die angesichts fliehender und Deckung suchender Jugendlicher extrem horrorhaft klingen. Es gibt keinen Perspektivenwechsel, keine Abweichung, die Kamera bleibt auf Kaja – auf ihrem Gesicht, an ihrem Körper –, die auf der Suche nach der Schwester und nach Sicherheit ist und immer wieder mal Trost und Schutz bei kleinen Gruppen findet.

Poppe gelingt es sehr wohl, die Atmosphäre der totalen Hilflosigkeit und Panik einzufangen, einen Eindruck davon herzustellen, was damals auf der Insel die Jugendlichen in Angst und Schrecken versetzte. Seinen Kritikern entgegen er, dass er Gespräche mit Überlebenden und ihren Angehörigen geführt und ihnen den Film vorgeführt habe. So eindrucksvoll und beklemmend «Utøya July 22» auch gemacht ist: Der Film bleibt ein gefährlicher Balanceakt. Den nächsten liefert die Netflix-Produktion «22 July» von Paul Greengrass («Bloody Sunday»). In seiner Version steht Breivik (Anders Danielsen Lie) im Zentrum. ★★★★★

Knorrs Liste

1	The Children Act Regie: Richard Eyre	★★★★★
2	Das schönste Mädchen der Welt Regie: Aron Lehmann	★★★★☆
3	Jusqu'à la garde Regie: Xavier Legrand	★★★★☆
4	McQueen Regie: Ian Bonhôte	★★★★☆
5	Mission: Impossible – Fallout Regie: Christopher McQuarrie	★★★★☆
6	BlacKkKlansman Regie: Spike Lee	★★★★☆
7	Christopher Robin Regie: Marc Forster	★★★★☆
8	Asphaltgorillas Regie: Detlev Buck	★★★★☆
9	The Equalizer 2 Regie: Antoine Fuqua	★★★★☆
10	Hotel Artemis Regie: Drew Pearce	★★★★☆

Jazz

Zentrum des Jazz

Von Peter Rüedi

Im Jazz, dieser Kunst, in der sich das Individuum schlackenloser realisiert als sonst wo, wimmelt es von originellen Musikern. Improvisatoren, die ihre Einzigartigkeit zuspitzen bis zur spinnigen Marotte. Dexter Gordon war ein im doppelten Sinn grosser Tenorist. Sie nannten ihn mit seinen 1,98 Metern Körperlänge «Long Tall Dexter», und entsprechend war sein Saxofon-Sound: mächtig, aber oft in weit gezogenen Linien eine Spur hinter dem Beat herphrasiert, eine Verbindung von Power und melodischer Logik, von Dringlichkeit und lyrischer Fragilität. Gordon, diese einmalige Verbindung von Leidenschaft und Hinfälligkeit, war kein origineller Musiker, sondern ein originärer: authentisch, genuin, spontan, unmittelbar.

Das Zentrum des Jazz, nicht nur in Verbindung mit den beiden Tenor-Vätern Coleman Hawkins und Lester Young: der Kern der Sache und nicht der ornamentale Firlefanz. Wie ein Freund und Musiker einmal sagte: «Wie ein Jumbo. Dreihundert Tonnen, und doch fliegt das Ding.» Seine Saxofon-Sprache fand Gordon in den vierziger Jahren, als der Bebop eben den Jazz neu erfunden hatte. Für den Rest seines bewegten Lebens erzählte er in dieser Sprache, in einem unvergleichlich trockenen, lapidaren Ton immer neu einleuchtende, vibrierende Geschichten. Von 1962 bis zu seiner triumphalen Rückkehr in die USA 1976 lebte Dexter Gordon in Kopenhagen, in jenen Jahren neben Paris die Kapitale der US-Jazz-Expats in Europa. Dort fand er mit dem Pianisten Kenny Drew, dem Drummer Albert «Tootie» Heath und dem dänischen Meisterbassisten Niels-Henning Ørsted Pedersen eine Rhythmusgruppe von seinem Format. Mit der besuchte er 1975 Tokio, wo nun die Aufnahmen eines Konzerts in der damaligen Yubin Chokin Hall entdeckt wurden: Dexter Gordons Repertoire zu jener Zeit, ein makellores Rezital. Auch in der Wahl seiner Stücke war er nicht auf Originalität aus. Noch in der zwanzigsten Interpretation klingen sie bei ihm wie frisch erfunden. Zwei Bonus-Tracks, ein früherer aus den Niederlanden von 1973, ein späterer aus New Haven von 1977, sind auf dem Niveau der japanischen Trouvaille, also weit mehr als Garnitur.



Dexter Gordon Quartet:
Tokyo 1975. Elementar Records
5990428

Der afrikanische Kannibale

1986 sass mit Jean-Bédél Bokassa Afrikas berüchtigtstes Staatsoberhaupt auf der Anklagebank. Ein Zeuge erinnerte sich an ein Festessen, dessen Hauptgang aus einer Menschenleiche bestanden hatte. Der Prozess nahm sich aus wie ein Kabinett des Schreckens. Von Giles Milton

Man beschuldigte ihn abscheulichster Verbrechen: Kannibalismus, Verstümmelung, Sadismus, Unterschlagung und 38 Morde. Der ehemalige Kaiser der Zentralafrikanischen Republik, Jean-Bédél Bokassa, sass im Dezember 1986, zwei Monate nach seiner Rückkehr aus dem Exil, auf der Anklagebank.

Jetzt wurde abgerechnet. Bokassa sollte jenen gegenüberstehen, die er während seiner Zeit als Diktator eines der ärmsten Länder Afrikas gepeinigt hatte.

Er war 1966 mit einem Putsch an die Macht gekommen und hatte für sein Binnenland im Zentrum Afrikas «ein neues Zeitalter der Gleichberechtigung» angekündigt. Gleichberechtigung gab es dann auch – für einen Einzigen: Bokassa selbst. Mit der Unterstützung von Libyen und Frankreich entfesselte er eine dreizehn Jahre währende Orgie des Exzesses.

Eröffnet wurde der Prozess gegen ihn am 15. Dezember 1986 in den drückend heißen Amtszimmern des Palais de Justice in Bangui, der Hauptstadt von Bokassas einstigem Machtbereich. Medienvertreter aus aller Welt erschienen in Massen, begierig darauf, über jedes schaurige Detail seiner grotesken Herrschaft als Kaiser zu berichten.

Bokassa nahm sich zwei französische Spitzenanwälte, denn ihm war klar, dass er die bestmöglichen Rechtsvertreter brauchen würde, um der Todesstrafe zu entgehen.

Der 65-jährige Ex-Kaiser gab vor Gericht eine sonderbare Figur ab. Er trug einen eleganten Doppelreihler, doch sein gichtkranker rechter Fuss steckte in einem Pantoffel. Er verfolgte das Geschehen aufmerksam, wobei er gelegentlich die Fassung verlor und seltsame Kommentare und Entschuldigungen von sich gab.

Die Zeugen der Anklage machten deutlich, wie monströs grausam sein Regime gewesen war. Einer seiner ehemaligen Köche, Philippe Linguissa, erinnerte sich an ein Festessen, das er für Bokassa hatte zubereiten müssen. Der Hauptgang bestand aus der Leiche eines Menschen, die der Kaiser in seinem Kühlraum gelagert hatte.

Andere Zeugen berichteten davon, wie sie kurz nach Bokassas Entthronung in seinen Palast eingedrungen waren. Sie suchten nach Verwandten, die seit Jahren verschwunden waren, und entdeckten zu ihrem Entsetzen Leichen und Stapel von menschlichen



«Ich bin kein Heiliger»: Schreckensherrscher Bokassa.

Gliedern in den Kühlräumen des Palastes. Eine Zeugin gab zu Protokoll, dass Bokassa ihren Mann, General M'bongo, hingerichtet habe, nachdem dieser sich geweigert hatte, seine Frau Bokassa für Geschlechtsverkehr zu überlassen. Als Bokassa sie vor Gericht sprechen hörte, gab er sich plötzlich reuevoll. «Ich übernehme die moralische Verantwortung für den Tod dieses Generals», sagte er und bat die Frau um Vergebung.

Eine der vernichtendsten Aussagen kam von einer Gruppe von 27 jungen Menschen, den einzigen Überlebenden von 180 Kindern, die im April 1979 gefangen genommen worden waren, weil sie Bokassas vorbeifahrenden Rolls-Royce mit Steinen beworfen

hatten. Sie hatten dagegen protestiert, teure Schuluniformen tragen zu müssen, die sie in einer Fabrik kaufen mussten, die einer von Bokassas Frauen gehörte.

Mehrere Kinder enthüllten, dass Bokassa in ihrer ersten Nacht im Gefängnis vorbeigekommen war und den Wärtern befohlen hatte, sie mit Knüppeln zu erschlagen. Sie berichteten auch, dass er mit seinem Spazierstock aus Ebenholz persönlich die Schädel von fünf Kindern zerschmetterte habe.

Bei dem Prozess erfuhr man auch Grausiges über das Leben im berüchtigten Ngaragba-Gefängnis, dessen Insassen routinemässig an Händen und Füßen an den Boden gekettet worden waren. Unter dem Gefängnisdirektor

Joseph Mokoia verhungerten die Gefangenen oder wurden erdrosselt. Manche wurden mit Hämmern erschlagen.

Während der Gerichtsverhandlung redete Bokassa immer wieder dazwischen. Er gab sich entsetzt darüber, welch schrecklicher Verbrechen man ihn beschuldige. Er bestritt auch, je persönlich befohlen zu haben, dass einer seiner Untertanen gefoltert werden solle. Ebenso wenig gab er zu, in seinem Palast Leichen gelagert zu haben.

Als die Beweislast immer erdrückender wurde, versuchte er, die Schuld von sich weg auf verschiedene Minister seines ehemaligen Kabinetts zu schieben. Als er sich verteidigen durfte, erklärte er zur allgemeinen Bestürzung: «Ich bin kein Heiliger. Ich bin bloss ein Mann wie jeder andere.»

Je mehr Verbrechen ihm vorgeworfen wurden, desto wütender wurde er. Einmal sprang er auf und beschimpfte den Generalstaatsanwalt. «Das Ärgerlichste bei alledem ist, dass es die ganze Zeit um Bokassa, Bokassa, Bokassa geht! Mir wurden schon genug Verbrechen vorgeworfen, ohne dass Sie mir auch noch sämtliche Morde der letzten 21 Jahre in die Schuhe schieben!»

Am 21. Juni 1987 wurde Bokassa aller Anklagen für schuldig befunden ausser derjenigen wegen Kannibalismus. Es gab zu wenig Beweise, um ihn dafür zu verurteilen, dass er seine Untertanen gefressen habe. Es wurde auch nie festgestellt, ob er bei einem Bankett zu Ehren des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing tatsächlich Menschenfleisch hatte servieren lassen. Als Richter Franck ihn zum Tod verurteilte, weinte der ehemalige Kaiser still.

Doch er entging dem Galgen: Seine Strafe wurde in lebenslange Einzelhaft umgewandelt. 1989 wurde sie auf zwanzig Jahre reduziert, und 1993 wurde Afrikas berüchtigtstes Staatsoberhaupt im Rahmen einer allgemeinen Amnestie sogar auf freien Fuss gesetzt.

Nachdem er sich zum dreizehnten Apostel erklärt hatte, starb der ehemalige Kaiser 1996 an einem Herzinfarkt. Er hinterliess siebzehn Frauen und über fünfzig Kinder.

Giles Milton, 52, ist Historiker und Bestsellerautor. Seine Werke wurden in über zwanzig Sprachen übersetzt. Er schreibt an dieser Stelle wöchentlich über «Mysterien der Weltgeschichte». Der «Meister der Geschichtserzählung» (*Sunday Times*) lebt in London und im Burgund. www.gilesmilton.com

Aus dem Englischen von **Thomas Bodmer**

Lesen Sie nächste Woche:

Der wahnsinnige Baron in der Mongolei



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Eine der Hauptstreitigkeiten in unserer Ehe dreht sich um das Geld. Wir beide haben in unserem Budget einen festgesetzten Betrag für persönliche Auslagen wie Kleider, Ausgang et cetera. Meine Frau findet das kleinlich: Wir seien erwachsene Menschen, sie wolle nicht wie ein Kind «Sackgeld» erhalten. *Werner G., Winterthur*

Geld – so sagen mir Eheberater – ist einer der häufigsten Streitpunkte bei Ehepaaren. Wie er zu vermeiden ist, kann man nicht allgemein sagen: Menschen, Ehen, Lebensumstände sind zu verschieden. Aber mit Sicherheit lohnt es sich, sich einzugestehen, dass eine im Einvernehmen getroffene Regelung förderlich ist. Mit Kleinlichkeit hat dies nichts zu tun.

Kürzlich hat mir ein Ehemann erklärt, wie seine Familie seit Jahren die Sache zur Zufriedenheit aller gelöst habe: Anfang Jahr, wenn die Einnahmen und die grossen Ausgabenverpflichtungen bekannt sind, erfolgt eine «Budgetsitzung» des Ehepaares. In diesem Fall ist der Mann der Berufs-

tätige, die Frau führt den Haushalt und übernimmt die Kinderbetreuung. Nun werden die voraussichtlichen Einnahmen auf den Tisch gelegt. Dann die voraussichtlich wiederkehrenden Familien-Ausgaben. Dann erfolgt: Summe der Einnahmen (in der Regel Arbeitseinkommen, eventuell weitere Einkommen) abzüglich aller festen Ausgabenverpflichtungen. Das ergibt dann (hoffentlich!) einen Einnahmenüberschuss. Dann kommt die Frage: «Machen wir gemeinsam Ferien? Wenn ja, wie viel legen wir dafür monatlich auf die Seite?» Der Mann sagte mir, auch über die Feriendestination gebe es kaum Streit: Man nehme kurz vor den Ferien einen Ferienkatalog und schau: Welche Ferien sind für 6000 Franken möglich?

Dann würden weitere Fragen beantwortet: «Haben wir weitere gemeinsame Verpflichtungen (z. B. Unterstützungsverpflichtungen, andere Ausgaben in der Familie etc.)? Und der Rest ist zur freien Verfügung. Jetzt muss man sich nur noch über die Verteilung des Überschusses zur freien Verfügung einig werden. Zum Beispiel: Wie viel legen wir zur Altersvorsorge (dritte Säule!) auf die Bank, oder teilen wir den Betrag auf, so dass jeder weiss, wie viel er zur freien Verfügung hat?» Dieses Ehepaar hat in all den Jahren nie mehr Geldstreitereien in der Ehe gehabt.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch.

Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Gewinner der Woche

Volle Flasche

2,61 Milliarden Flaschen und Gläser: Dies ist die Produktionsleistung von Vetropack in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres. Mit gläsernen Behältnissen erwirtschaftete das Unternehmen in diesem Zeitraum einen Rekordumsatz von 350 Millionen Franken und einen Vorsteuergewinn von 40 Millionen Franken. Diese Zahlen, die Vetropack Ende August bekanntgab, beleben den Aktienkurs nachhaltig. Bis 2002 betrieb die Firma in der Schweiz die Glashütte Bülach. Seit deren Schliessung setzt sie voll auf die Produktion im Ausland, vor allem in Osteuropa. Die erfolgreiche Expansion im Ausland zeigt sich auch am Börsenwert. Unter der Ägide des langjährigen Firmenchefs Claude R. Cornaz ab dem Jahr 2000 hat sich der Aktienkurs mehr als verzehnfacht. Erst diesen

Aktienkurs von Vetropack SA

Vom 3. bis 11. September 2018, in Franken



Frühling wechselte Cornaz an die Spitze des Verwaltungsrates. Im Streubesitz befinden sich weniger als 30 Prozent der Aktien. Der Rest des Unternehmens wird durch die Familie Cornaz kontrolliert. *Florian Schwab*



Thiel

Einwanderung

Von Andreas Thiel

Immigrant: Ich möchte eine Arbeitsbewilligung beantragen.

Immigrationsbeamter: Wozu?

Immigrant: Ich habe hier Arbeit gefunden, mit der ich meine Familie ernähren kann.

Immigrationsbeamter: Ihren Papieren entnehme ich, dass Sie nicht aus der EU kommen.

Immigrant: Nein, aber ich spreche Französisch und Deutsch.

Immigrationsbeamter: Das ist unerheblich. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit muss Ihr Arbeitgeber nachweisen, dass er keinen EU-Bürger findet, der für diese Arbeit in Frage käme. Und das wird ihm nicht gelingen. Denn ein EU-Bürger braucht nicht einmal eine Landessprache zu beherrschen. Wären Sie vor Einführung der Personenfreizügigkeit gekommen, wäre es kein Problem gewesen. Damals hätte Ihr Arbeitgeber bloss nachweisen müssen, dass er keinen Schweizer findet für diese Stelle. Aber heute erhalten Sie von ausserhalb der EU kaum noch eine Arbeitsbewilligung.

Immigrant: Was soll ich tun?

Immigrationsbeamter: Verbrennen Sie Ihre Papiere und beantragen Sie Asyl. Damit erhalten Sie zwar auch keine Arbeitsbewilligung, aber dafür eine unbefristete Aufenthaltsbewilligung mit Anspruch auf eine vom Staat bezahlte Wohnung, Familiennachzug, unentgeltliche medizinische Versorgung, Gratis Sprach- und -integrationskurse, Taschengeld, Essensgeld, Feriengeld, und die Gewerkschaft Unia schenkt Ihnen sogar noch eine Gratismitgliedschaft, damit Sie nächstes Mal nicht wieder so einfach auf ein Stellenangebot in der Schweiz hereinfliegen. **Immigrant:** Hilft mir die Gewerkschaft denn, eine Arbeitsbewilligung zu erhalten?

Immigrationsbeamter: Nein. Aber sollten Sie irgendwann mal eine Arbeitsbewilligung erlangen und Arbeit finden, dann gehen Sie sofort zur Gewerkschaft. Wenn Sie Glück haben, kann Sie die Gewerkschaft dann noch rechtzeitig vor der Arbeit retten.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Nur ein Fetzen Papier

Bewegung auf dem Luzerner Intendantenkarussell; Premiere des Cirque du Soleil in Zürich. Von Hildegard Schwaninger

Die Luzerner sind am Boden zerstört, dass **Benedikt von Peter**, seit 2016 Intendant ihres Theaters, sie in Richtung Basel verlässt. Nach dem fulminanten, aufsehenerregenden Saisonstart, den der Musiktheater-affine Regisseur und Theaterdirektor am letzten Wochenende – in Zusammenarbeit mit dem Lucerne Festival und dem Theater Winterthur – hinlegte, tut es noch mehr weh.

Und man stellt sich natürlich die Frage: «Was ist ein Vertrag wert?» Nichts – sofern er in der Schweizer Kulturszene abgeschlossen wird. **Andreas Beck**, Intendant am Theater Basel, modifiziert vorzeitig seinen Vertrag. Er unterschrieb einen Vertrag als neuer Intendant des Residenztheaters München mit Arbeitsbeginn 2019, ein Jahr bevor sein Vertrag mit Basel endet. 2019/20 wird er beide Häuser, jenes an der Isar, jenes am Rhein, gleichzeitig führen. Der Verwaltungsratspräsident des Theaters Basel, **Samuel Holzach**, hat das – *nolens volens* – akzeptieren müssen.

Nun hat Holzach seinerseits, auf der Suche nach Ersatz, den Intendanten Benedikt von Peter vom Theater Luzern abgeworben, ihm einen Arbeitsvertrag vorgelegt, ebenfalls mit Arbeitsbeginn ein Jahr vor dem Ende von dessen Vertrag in Luzern. Benedikt von Peter hat unterschrieben – und den Stiftungsrat des Luzerner Theaters vor vollendete Tatsachen gestellt. In der Not bleibt dem Stiftungsrat Luzern nichts anderes übrig, als mit Basel für die Übergangszeit einen neuen Vertrag aus-

zuhandeln, das heisst: Im letzten Jahr (2020) leitet Benedikt von Peter beide Theater parallel. Klar, dass Theaterleute vorwärtskommen wollen. Dass ein Intendant bereits in seiner zweiten Spielzeit wegengagiert wird, sei *courant normal*, sagen die Theaterleute. Es sind ja auch die guten Leute, die abgeworben werden. Andreas Beck hat es geschafft, das Theater Basel 2018 zum «Theater des Jahres» zu machen, und Benedikt von Peter hat grosse Verdienste um das Theater Luzern, dem er gleich bei seinem Einzug 2016 mit einem spektakulären «Rigoletto» und einem Luigi-Nono-Abend ganz neuen Schwung verlieh, der bisher nicht abgeebbt ist.

Luzern hat keine andere Wahl, als die bittere Pille zu schlucken. Wenn es um Verträge geht, wird mit zwei Ellen gemessen. Wenn einem Intendanten, aus welchem Grund auch immer, vorzeitig gekündigt wird, dann kann ein Vertrag viel wert sein. Der Gekündigte wird dann in der Regel, auf Kosten des Steuerzahlers, ausbezahlt. Wenn ein Intendant kündigt, ist der Vertrag wertlos, nicht mehr als ein Fetzen Papier.

Die Situation ist schwierig. Am Theater werden üblicherweise mindestens Fünfjahresverträge gemacht, weil die Planung an den Theatern langfristig ist. Umgekehrt ist das Intendantenkarussell immer in Bewegung, gute Intendanten sind gesucht, so kann es schnell zu Abwerbungen und Vertragsmutationen kommen. Ein Teufelskreis, für den bis-



Fast verliebt

In der Blick-Falle

Von Claudia Schumacher

Schlimm sind Männer, die mehr als einmal in ihrem Leben Sätze wie diesen sagen, wenn ihre Liebste im Bad ist: «Kannst du vorwärtsmachen? Ich bin schon seit einer Ewigkeit fertig.» Warte doch einfach! Ers-

tens: sollte ein interessanter Mann immer was zu lesen haben. Zweitens: Wer von uns beiden will sich mit einer optisch verstärkten Freundin schmücken?

Es gibt Menschen, die behaupten, Frauen würden sich wegen der anderen Frauen auf-rüschern. Das ist korrekt. Allerdings gilt das nur, wenn auch Männer zugegen sind. Denn keine Frau will auf einer Party ganz unten in der Nahrungskette stehen, und ausgerechnet den Mann an ihrer Seite haben, der alle anderen ansieht – nur sie nicht. Am Ende des Tages machen wir uns für euch hübsch, Herrschaften. Glaubt ihr nicht?

Gerade war ich auf einem Yoga-Wochenende, nur mit Frauen. Urbane, hübsche, gepflegte Frauen. Hat sich auch nur eine von uns geschminkt? Die meiste Zeit: nein. Frauen sind in der Gruppe nicht so anders als Männer. Statt Bier und Fussball gibt's vielleicht öfter Gemüse und Yoga, aber wir wollen auch nur chillen,



Vorwärts: Intendant von Peter.



Echte VIPs: Bundesrätin Leuthard, Burger.



Im Cirque du Soleil: Ehepaar Infantino.

her keine salomonische Lösung gefunden worden ist.

Enttäuscht über den überraschenden Weggang von Benedikt von Peter ist auch **Michael Haefliger**, der Intendant des Lucerne Festival. Die beiden haben sich gut verstanden – hatten noch weitere Pläne. Grosse Pläne etwa für das Richard-Wagner-Museum in Tribschen. Das Projekt, für das das Architekturbüro Herzog & de Meuron die Bühne gestalten sollte, ist damit in weite Ferne gerückt.

Veranstalter **Freddy Burger** ist es gelungen, zur Premiere des Cirque du Soleil auf dem Zürcher Hardturmareal – wo, artistisch hochwertig, nichts Geringeres als die Erschaffung der Welt thematisiert wird – neben den üblichen C-Promis zwei echte VIPs aufzubieten: Bundesrätin **Doris Leuthard**, die Freddy Burger wie eine Trophäe durch die Zeltanlage führte. Und **Gianni Infantino**, Fifa-Boss, mit seiner Frau, der Libanesin **Leena al-Ashqar**, Mutter seiner vier Töchter. Gelegenheit für die Fotografen, ein Foto des Paares zu schiessen. Hat Seltenheitswert.

Der neue Preisträger des von der Werner-Dessauer-Stiftung initiierten Jonathan-Swift-Preises steht fest: der Schauspieler **Joachim Meyerhoff**, der auch als Schriftsteller ziemlich erfolgreich ist (2017 bekam er den Carl-Zuckmayer-Preis). Der mit 20 000 Franken dotierte Preis wurde bisher an die Schriftsteller **Eva Menasse**, **Wolf Haas** und **T.C. Boyle** vergeben – jeweils mit einer kleinen Feier im Zürcher Literaturhaus, zu dem Stiftungspräsidentin **Lotti Höner-Dessauer** einlud. Präsident der Jury ist **Charles Lewinsky**.

Im Internet

www.schwanagerpost.com

wenn ihr weg seid. Dann wachsen die Haare an unseren Beinen und wir zünden Duftkerzen an, statt uns zu parfümieren. Es wird einen Ticken seltener geduscht.

Aber es gibt Ausnahmen. Frauen, die nicht interessiert sind an Freundschaften mit Frauen. Umgangssprachlich heissen sie Tussis. Es sind Frauen, die sich vom männlichen Blick ernähren, er bedeutet ihnen: alles. Sie verbringen den Abend nicht damit, runterzukommen, sondern kauen eine Stange Sellerie und machen sich die Nägel neu. Mit anderen Frauen gehen sie höchstens Zweckgemeinschaften ein, um sich in halb lesbischen Posen auf Instagram zu zeigen – und Männer anzuturnen, versteht sich. Tussis sind Meisterinnen des Blick-Spiels.

Diese volle Hingabe ans Psychospiel: Ich bewundere das. Jedes Mal, wenn ich mit einem Mann an der Seite einen abendlichen Spaziergang durch eine schöne Stadt mache und so

einer Frau begegne, respektiere ich sie für die leise Angst, die sie mir macht. Dominatorinnen des Blick-Spiels: Sie sehen, dass ein Paar auf sie zukommt, fokussieren sofort auf ihr Ziel, nämlich die Aufmerksamkeit des Mannes. Er interessiert sie nicht, sie wollen mit seiner Aufmerksamkeit aber: sich selbst aufwerten – und die andere Frau abwerten, was sie erneut aufwertet.

Grosse Könnnerinnen müssen den Mann dafür nicht mal ansehen. Sie fangen einfach an, sich lasziv durch die Haare zu fahren, langsamer zu gehen, ihre Reize auszuspielen. Dann schauen sie seine Begleitung an, und erkennen in ihrem plötzlich verunsicherten Blick, dass deren Freund durchaus in die Blick-Falle gegangen ist, sabbernd.

Und solange das Spiel für Tussis funktioniert, schlage ich vor: Gute Männer warten wortlos, während ihre Frauen im Bad sind.



Unten durch Entzug

Von **Linus Reichlin**

Nehmen wir mal an, du bist todmüde, denn deine Frau liegt seit einer Woche im Krankenhaus. Sie hasst Autofahren, und deshalb drückt sie immer das Gaspedal runter, um die Fahrt möglichst schnell hinter sich zu bringen. Seit einer Woche stehst du um halb sechs Uhr auf, bringst deine Söhne ins Bett, die die ganze Nacht vor dem Computer sassen, und weckst deine Tochter, die die Einzige ist, die regelmässig zur Schule geht. Deine Frau sagt immer: «Aus den Buben wird nie was. Aber das macht nichts, wenn Mia Rechtsanwältin wird, kann sie sie später aus dem Knast holen.» Mia ist erst zwölf, aber sie weiss schon, dass sie in einer grossen Anwaltskanzlei arbeiten und ihren Chef heiraten will, sofern er keine Milch trinkt. Um sechs machst du Mia ein Frühstück aus Sojamilch und gehacktem Tofu, genau nach dem Rezept, das deine Frau dir nach ihrer Entlassung aus der Intensivstation in die Hand gedrückt hat, sie hat es im Koma geschrieben, denn Mias Karriere liegt ihr sehr am Herzen.

Du setzt dich zu Mia an den Küchentisch, denn sie findet es asozial, wenn sie allein frühstücken muss, und droht dir mit einer Klage beim Jugendamt. Sie möchte aber auch nicht, dass du während ihres Frühstücks Fleisch isst, also isst du nichts, und um halb sieben fährst du sie mit leerem Magen zum Frühenglisch in eine Privatschule, in der alle Mädchen Pferde besitzen. Auf dem Weg von der Schule zu deinem Büro kaufst du hundert Gramm getrocknetes Pferdefleisch und eine Essiggurke, du schlingst es während der Fahrt runter und rufst gleichzeitig deine Söhne an, die ihr Handy auch in der kurzen Schlafphase zwischen Computerspiel und Schulbeginn anlassen, sie behaupten, dass sie sterben, wenn sie es ausschalten müssen. «Steht endlich auf, ihr zukünftigen Verbrecher», sagst du, «ich will, dass ihr heute mindestens bis elf Uhr zur Schule geht, na gut, bis zehn, aber weiter lasse ich mich nicht runterhandeln!» In diesem Moment winkt dich eine Polizistin bei einer Verkehrskontrolle raus, sie sagt, es sei verboten, während der Fahrt beim Essen zu telefonieren. Du erzählst ihr, dass deine Frau praktisch tot ist und du die Kinder jetzt

>>> Fortsetzung auf Seite 68

allein erziehen musst. «Sie verstehen das doch sicher», sagst du, «Sie sind doch bestimmt eine alleinerziehende Mutter, man sieht's an den Schatten unter Ihren Augen und am Übergewicht.» Jetzt will sie, dass du in den Alkoholtester bläst und fünfzig Liegestütze machst. Der Tester zeigt zu deinem grossen Erstaunen 1,8 Promille an – du bist in letzter Zeit so gestresst, dass du nicht mal mehr merkst, dass du trinkst. Du fährst mit dem Taxi ins Büro, arbeitest neun Stunden ohne Pause, im Kopierraum greift dir deine Chefin wieder mal an die Eier und sagt: «Jetzt wissen Sie, wie demütigend das ist!» Dann fährst du illegal mit dem Wagen eines Freundes in die Schule, holst die Tochter ab, die jetzt nicht mehr Rechtsanwältin, sondern Staatspräsidentin werden will, und weiter geht's zum Bahnhofvorplatz, wo du deine Buben aus einem Drogendeal rausholst. Sie bieten dir 50 Prozent des Gewinns an, den sie gerade mit Crystal Meth gemacht haben, wenn sie morgen nicht zur Schule müssen. Du verlangst 80, denn du möchtest deiner Frau einen riesigen, teuren Blumenstraus ins Krankenhaus bringen, damit sie verdammt noch mal endlich gesund wird, anstatt den ganzen Tag lethargisch an den Schläuchen zu hängen.

Beim Abendessen telefoniert deine Tochter mit dem Justizminister, den sie während eines Hochbegabenseminars kennengelernt hat. Er verspricht ihr, bezüglich deines Führerscheinentzugs zu intervenieren. Völlig erschöpft sinkst du um halb elf ins Bett, aber du kannst nicht schlafen, wie sollst du so den nächsten anstrengenden Tag überstehen? Du klopfst bei deinen Buben und fragst: «Habt ihr noch was von dem Teufelszeug?»

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Sanftes Walten der Schwerkraft

Von Peter Rüedi

Noch eine Fanfare auf den neuen Rioja! Wie die Weine der jungen Produzenten des Betriebs Altos R (*Weltwoche* Nr. 33/18) stammen die der 2002 gegründeten, rasch in die Topliga aufgestiegenen Kellerei Baigorri aus dem Teil der Appellation, der zur nördlich (und höher) gelegenen baskischen Provinz Álava gehört. Mit den fetten Banalo-Riojas aus dem Süden, der Rioja Baja, haben die von den kalkhaltigen Lehmböden am Fuss der Sierra Cantabria auf 600 Metern über Meer stammenden wenig zu schaffen. Sie haben mit dem angestaubten Image der traditionellen Riojas nichts gemein, auch wenn Besitzer Pedro Martínez Hernández und Kellermeister Simón Arina Robles zum Teil noch am alten System der Dreiteilung in Crianzas, Reservas und Gran Reservas festhalten. Das hat ja auch seine Berechtigung, ja in Zeiten der schwindenden Lagermöglichkeiten der Privatkundschaft seine neue Aktualität. Der nimmt es nämlich die fachgerechte Reifung der anspruchsvolleren Weine ab: Reservas müssen

mindestens drei, Gran Reservas gar fünf Jahre im Holz und anschliessend auf der Flasche gelagert haben. Sie garantieren so dem auf eine Holzburde im Luftschutzkeller beschränkten Zeitgenossen ab und zu die Erfahrung eines ausgereiften Weins. Allerdings: Die Vorstellung einer spinnwebenverhangenen Kellerei traditionellen Zuschnitts muss vergessen, wer sich dem Gut Baigorri nähert. Auf einem Hügel beim Dorf Samaniego sieht er zuerst den futuristischen Glaskubus des baskischen Architekten Iñaki Aspiazu, und der ist nur die Spitze eines in die Tiefe gebauten Systems von nicht weniger als acht Etagen, auf denen der Wein allein mit Hilfe der Schwerkraft von der Traubenselektion über die Gärtanks (im fünften Untergeschoss) bis zu den Barriques aus französischer Eiche und der Flaschenabfüllung schonungsvollst fortbewegt wird: sozusagen von der Gravitation auf Händen getragen.

Nicht nur so gesehen gehören die Weine von Baigorri zum «neuen Rioja», und zwar auf allen Anspruchsniveaus und Preisklassen von 15 Euro bis weit über 100 Euro. Hier sei ein fast reiner Tempranillo (90 Prozent) aus jenem Segment ausgewählt, für das die Weinmacher aus dem Rioja Weltmeister sind: dem eines kaum zu übertreffenden Preis-Genuss-Verhältnisses. Der Crianza 2014 ist ein schwarzfruchtiges Schwerkgewicht (Brombeeren, Kirschen, Pflaumen), aber dank ihrer guten Säure eines von der tänzerischen Art. Die Holznoten werden weder versteckt, noch dominieren sie, sie halten ein schönes Gleichgewicht mit der Tempranillo-Süsse und der Frucht-Opulenz. Ich bin ein Skeptiker von Punktebewertungen. Aber die 95/100, mit denen das Fachblatt *Decanter* diesen Wein gekrönt hat, kann ich nachvollziehen.

Baigorri: Rioja Alavesa Crianza 2014. 14,5%. Mövenpick. Fr. 22.–. www.moevenpick-wein.com



Salz & Pfeffer

Heimat des Soul Food

Von David Schnapp

Ein wichtiger Begriff, den man sich für jede Diskussion, bei der über Essen gesprochen wird, merken muss, ist «Soul Food». Er bezeichnet Essen, das Erinnerun-

gen auslöst oder das einen sofort in einen Zustand wohliger Zufriedenheit versetzt. Gerichte, die das können, werden seit einiger Zeit in der Zürcher «Bauernschänke» serviert. Das Traditionslokal ist seit Frühling unter neuer Führung: Die kulinarische Verantwortung haben Nenad Mlinarevic, «Koch des Jahres 2016», und sein Küchenchef Thomas Brandner übernommen. Beide waren zuvor im «Focus» in Vitznau. Es gibt nicht viele Köche, die in der Lage sind, ihre Erfahrungen aus Restaurants mit Punkten und Sternen auf das Niveau von leicht zugänglichem Soul Food herunterzubrechen. Hier gelingt es scheinbar mühelos.

Um das gleich offenzulegen: Ich bin mit Nenad Mlinarevic freundschaftlich verbunden, bin aber unabhängig davon überzeugt, dass ein Gericht wie gehackte Scampi mit Bohnen und Kefen an einer Krustentiersauce, objektiv gesehen, grossartig schmeckt. Es hat Tiefe und Frische gleichzeitig, versetzt einen mental

unverzüglich ans Meer und ist gerade deshalb Nahrung für die Seele. Oder das sanft gegarte Pata-negra-Schweinekinn – ein zartes, hocharomatisches, leicht fettiges Stück Fleisch, das mit einer Harissa-Creme eine süss-scharfe Einbettung erhält – perfekt in Zubereitung und Kombination.

Restaurants wie die «Bauernschänke» geben eine Richtung vor, in die sich die moderne Gastronomie entwickelt. Man serviert Essen wie am Familientisch, das aber mit einem hohen Mass an unaufdringlichem Raffinement zubereitet wurde, wodurch es dann eben doch besser schmeckt als zu Hause. Das ist ja letztlich auch der Grund, weshalb man ins Restaurant geht.

Bauernschänke, Rindermarkt 24, 8001 Zürich. Telefon 044 262 41 30. Sonntags geschlossen

David Schnapp ist Autor beim «Gault & Millau Channel».



Auto

Offene Perfektion

Ein grosses Cabrio, luxuriös wie eine Jacht: Die S-Klasse von Mercedes ist einzigartig in ihrer Liga. *Von David Schnapp*

Cabrios sind ja ohnehin besondere Fahrzeuge, und sie sind ziemlich häufig kompakt und wendig. Nicht nur in seinen Dimensionen ist das S-Klasse-Cabrio von Mercedes-Benz hier eine buchstäblich grosse Ausnahme. Das Auto kommt zudem auf einem Niveau von Perfektion daher, das selbst für verwöhnte Fahrer noch überraschend ist.

Ganz in strahlendem Weiss mit schwarzem Leder und schwarzem Stoffverdeck präsentiert sich mir mein Testwagen, eine gute gestalterische Mischung aus eleganter Präsenz und gleichzeitig vornehmer Zurückhaltung. Von weitem sieht das Auto geradezu unaufdringlich aus, aber wenn man drinsitzt, entdeckt man bald den überbordenden Luxus des jachtähnlichen Fahrzeugs.

An einem schönen Sommertag fuhr ich über den Gotthard und öffnete das Dach, sobald ich die Autobahn verlassen hatte. In zwanzig Sekunden entfernt sich die gut isolierende Stoffhaube selbst, während man mit bis zu fünfzig Kilometern pro Stunde fahren kann. Und

dann zeigt sich erst recht, was den Luxusliner einzigartig macht. Zu viel Wind? Das elektrische Windschott sowie ein kleines Netz oberhalb der Frontscheibe leiten sämtliche Luftströme effektiv über die Köpfe der Insassen hinweg, so dass man bloss noch in den Genuss einer sanften Brise kommt.

Das merke ich deshalb, weil ich beim Wiedereintritt auf die Autobahn bei Airolo vergessen habe, rechtzeitig das Dach zu schliessen. Aber selbst bei zügigem Tempo kommen im Inneren des Mercedes-AMG keine unangenehmen Stürme auf. Und falls es mir jetzt kalt würde, könnte ich einen wärmenden Luftschal um meinen Hals legen, die Armauflagen liessen sich ebenso heizen, wie natürlich die Sitze heiz- oder kühlbar sind.

Irgendwann auf der Rückfahrt aus dem Tessin stehe ich ein paar Minuten im Stau. Zeit für weitere Wellness-Anwendungen in diesem Wagen, der das Wohlergehen seiner Passagiere über alles stellt. Die Massagesitze lassen sich als eine Art Fitnessanlage nutzen, ein

spezielles Programm leitet einen durch die Ertüchtigungsübungen. Noch ausgefeilter ist der «Energizing Comfort», bei dem eine Kombination aus Licht, Duft, Luft und Klang einen in verschiedene Stimmungen zu versetzen hilft: Zur Wahl stehen «Vitalität», «Wärme» oder «Frische», Letztgenanntes scheint mir ideal nach einem langen Tag und einer spätnächtlichen Autofahrt, bei der die Konzentration nicht abfallen soll.

Aber nur keine Missverständnisse: Der Mercedes fährt sich auch wunderbar. Auf den mehrheitlich grossen Bögen der Gotthardpassstrasse macht das massige Cabrio auch bei dynamischer Fahrweise einen souveränen Eindruck. 612 PS drücken die Turbolader aus dem 4-Liter-V8-Aggregat, und schon bei 2750 Umdrehungen steht ein Drehmoment von 900 Newtonmetern an. Enge Kurven sind trotz dieser Leistung zwar naturgemäss nicht das Wunschprogramm für die S-Klasse. Aber das entspannte bis dynamische Gleiten ist ohnehin die ideale Fortbewegungsart für ein Auto, das Vollendung in jedem Detail anstrebt.

Mercedes-AMG S 63 Cabriolet
Leistung: 612 PS / 450 kW; Hubraum: 3982 ccm;
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h;
Beschleunigung 0–100 km/h: 3,5 sec;
Verbrauch (EU-Norm): 10,1 l / 100 km;
Preis: Fr. 240 000.–, Testwagen Fr. 274 189.–

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man die Nachbarin durchs Fenster im Badezimmer beobachten? Die meisten Mieter verwenden zusätzliche Vorhänge, nicht jedoch die attraktive Frau im Haus vis-à-vis, die nach dem Duschen über lange Zeit nackt vor dem Spiegel erkennbar ist. Bin ich ein Voyeur, wenn ich durch die schräggestellten Jalousien dieses Schauspiel genieße? *Jürg Streuli, Wetzikon*

Natürlich sind Sie ein Voyeur – warum sollten Sie keiner sein? Und geben Sie zu: Das war doch die heimlich erhoffte Antwort, die Sie ab jetzt während Ihrer Beobachtungen in Ihrem Kopf tragen können und die Sie noch mehr erregt. Ich habe auch so ein Problem: Am Fenster gegenüber sitzt immer ein Mann an seinem Schreibtisch. Ich laufe gerne nach dem Duschen in Unterwäsche herum, bevor ich mich ankleide, und es nervt mich, dass ich weiss, er beobachtet mich dabei und denkt, ich mache es extra für ihn. Natürlich weiss auch Ihre Nachbarin, dass Sie sie beobachten, und vielleicht hat sie Spass daran, einem einsamen Mann eine kleine Freude zu bereiten. *Wäis Kiani*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Grüezi in die Schweiz! Eure Medien sind jetzt das, was für die ehemaligen DDR-Bürger die *Westpresse* war.» *Marko Michels*

Alle Stimmen

Nr. 36 – «Verleumdung erster Güte»; Roger Köppel über die Ereignisse in Chemnitz

Ihre Ausführungen decken sich stark mit dem, was mein Bekanntenkreis aus Chemnitz berichtet – offensichtlich haben Sie zutreffend recherchiert. Augenscheinlich sind deutsche Medien dazu nicht mehr in der Lage, selbst diejenigen nicht, die sich daran wohlwollend versuchen. *Andreas Huber, München (D)*

Man muss kein AfD-Sympathisant sein, um offizielle Lügen zu erkennen. Und solche verabscheue ich aufs schärfste. Eine demokratische Regierung müsste sich auch zu ihren Fehlern bekennen, aber das tut Merkels Regierung nicht. Viele Ereignisse erinnern mich an das Ende der DDR. Mir – als ehemaliger DDR-Bürgerrechtlerin – kommt es auf eine öffentliche Diskussion an, die nicht einseitig geführt werden darf und alle Stimmen zu Wort kommen lässt. *Angelika Barbe, Berlin (D)*

Wenn es jemand wagt, sich dem linken Mainstream entgegenzustellen, sich kritisch zu Tabuthemen wie Migration, Asylmissbrauch, Integrationsprobleme oder Islamismus zu äussern, dann gibt es hierfür nur drei mögliche Erklärungen: Der Betreffende ist dumm, leidet an irrationalen Zukunftsängsten oder ist ein Rassist. Beziehungsweise alles zusammen. Dass es sachlich begründete Einwände gegen die gescheiterte Integrationspolitik geben könnte, dass es auch ehrbare Motive gibt, dagegen zu protestieren, ist für linksstehende Medienschaffende schlicht unvorstellbar. Mit der kollektiven Diffamierung ganzer Bevölkerungsgruppen lassen sich die Probleme allerdings nicht lösen. Dies führt höchstens zu einer weiteren Radikalisierung derjenigen, die man mundtot machen will.

Peter Baumann, Möriken

Die Mehrzahl der heutigen Medienleute schreibt meiner Meinung nach schon lange ähnlich wie jene im unseligen kommunistischen Machtbereich, und dies vornehmlich in Westeuropa: Speichellecker der regierenden links-grünen Politikaste – darum eben in Presse und TV nur einseitige, viel zu selten der Wahrheit entsprechende, eben nicht objektive Berichterstattung durch getrimmte sogenannte Gutmenschen. Roger Köppel hat mit seinem vor Ort persönlich recherchierten objektiven Bericht über die wirklichen Zusammenhänge dies jetzt eindrücklich korrigiert. Er hat eindringlich bestätigt, dass die Mehrzahl der links-grün indoktrinierten Medienleute tat-

sächlich nicht mehr objektiv berichten kann. Er hat damit allen Menschen, gerade auch denen, die sich weiterhin für Wahrhaftigkeit einsetzen, einen grossen Dienst erwiesen, wofür ihm unser aller Dank gebührt.

Gilbert Hottinger, Rheinfelden

Grüezi in die Schweiz! Eure Medien sind jetzt das, was für die ehemaligen DDR-Bürger die *Westpresse* war. Den Meinungsmachern der deutschen Massenmedien sind die Ereignisse längst klar: Die Sachsen und die Ostdeutschen sind alle verkappte Nazis! Wer nicht für Merkels Migrationspolitik ist, macht sich verdächtig, ein Extremist oder Staatsfeind zu sein. Es werden wieder einmal Emotionen geschürt, wo doch Verstand, Charakter und Sachlichkeit dominieren sollten.

Marko Michels, Schwerin/Mecklenburg (D)

Richtige Fans

Nr. 36 – «Mit dem Messer im Rücken fragte er sie nach ihrer Handynummer»; Philipp Gut über eine Messerstecherei in Zürich

Dass Bashar sich äussern durfte, ist wichtig und richtig. Aber Sie schreiben von einem «Mob von Dutzenden von Krawallanten, vorwiegend Fans des FC Zürich». Diese Aussage ist undifferenziert; ich möchte mich – stellvertretend für die vielen tausend anständigen, richtigen Fans des FC Zürich – klar von ihr distanzieren, weil wir uns nicht mit solchen Volleppen auf eine Ebene stellen lassen möchten. Bitte sprechen Sie in den Medien dann nicht mehr von Fans, sondern klar von sozialem Abschaum.

Marco Gröbli, Zürich

Korrigenda

Im Artikel «Der Wind hat gedreht» (*Weltwoche* Nr. 36/18) bezieht Weihbischof Marian Eleganti seine Zahlen aus dem «John Jay Report» von 2004 und nicht, wie angegeben, aus dem zweiten Bericht von 2011. Wir bitten um Entschuldigung. *Die Redaktion*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
11			12									13
14								15			16	
17			18									
		19	20						21			
22	23				24	25		26				
27				28					29	30		31
			32	33				34	35			
36		37				38	39					40
41								42				
43						44				45		
46								47				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Sie ist ganz auf Einsicht gegründet

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Zwar in einer Grenzstellung befindlich, doch nicht so wichtig. 8 Vom Bauernbruder erschlagen, dieser einstige Schäfer. 11 Was in englischen Wäldern aus dem deutschen Nationalbaum wurde. 12 Schweizerdeutsch – ihnen sei dank. 14 Die List ist ihr Verbündeter. 15 Tatsächlich ein Wassertier, der Hundartige. 17 Womit solche Feiern von Tradition zeugen. 18 Ob gut oder schlecht: durchschaubar. 19 Weitläufig und damit langatmig. 21 Deren Gemeinsamkeit: Sie haben keinen Anfang. 22 Westgermanen, die mit Bier nichts zu tun haben. 24 Sie ist laut Goethe „das Körnchen Salz, das das Aufgetischte überhaupt erst geniessbar macht“. 27 Wenn Amis sich treffen. 28 Ganz schön durcheinander, dieser Star. 29 Bei den einen sorgt sie für Entspannung, bei andern für Empörung. 32 Nigeria: ein Ort und Handelsplatz. 34 ISBN's Entsprechung. 36 Kronos' römische Entsprechung. 38 In der Romandie bekannter Berg. 41 Sicht verdorben aus. 42 An solche Post haben wir uns längst gewöhnt. 43 Persönlichkeit in ihrer Unverwechselbarkeit. 44 Im diplomatischen Verkehr gibt sie was her. 45 Fledermaus aus England. 46 Worauf Griechen und Türken gemeinsam blicken. 47 Fast geräuschlos und damit schwer verständlich.

Senkrecht — 1 Ziemlich haarig, wie sie geheimnisvoll zwischen den Fronten tanzte. 2 Im Detail steckt oft der Teufel, deshalb ist sie vonnöten. 3 Solch ein Zaun mit Zwischenraum hindurchzuschau'n. 4 Engagiert, der Mitbegründer der Patientenstelle Zürich. 5 Bildungssprachlich formuliertes 26 senkrecht. 6 Es reagiert basisch, wissen nicht nur Chemiker. 7 Tönt kompliziert, ist im Grunde aber schlicht eine Wunde. 8 Rindvieh aus Indonesien, richtig wild. 9 Firma, eng mit amerikanischem Onkel verbandelt. 10 Eine grosse Familie, diese Vögel. 11 Erhöht in Platin-Legierungen die Härte. 13 Tore, leicht versetzt, ergeben solche Stellen. 16 In ihnen wird Raum ganz schön knapp. 20 Zurück in der Schweiz. 23 Die verschiedenen machen Brötchen schmackhafter. 25 Band der völlig unmusikalischen Art. 26 Fraglos eine Missbilligung. 28 Da geht's in den Tunnel und auf den Kontinent. 30 Schon auch eine Information. 31 Der Spion kam bei Le Carré von dort. 33 Gemeinsamkeit von Hirschgeweih und Baum. 35 Stainless soll er sein. 36 Für jeden Schweden eine Mutter, wenn auch fiktiv. 37 Den Säuen gemässes Gefäss. 39 Unverfälscht, dieser Klang. 40 „Insel der Götzen“ nannte Ethnologe Wirz die indonesische Insel.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 583

Z	E	H	N	T	E	A	L	E	M	A	N	I	A
F	U	A	G	I	L	E	R	F	E	R	H		
U	M	H	A	K	G	I	N	F	I	R	M	I	S
G	E	N	U	G	A	B	G	E	N	E	I	G	T
U	G	A	R	N	I	H	I	S	A	R			
S	T	A	U	S	G	S	E	I	Z	E	U		
W	E	L	S	F	E	D	E	R	B	E	S	S	
F	R	D	T	F	I	L	O	S	S	A	T		
B	E	A	K	R	A	E	U	T	E	R	T	E	E
E	R	B	S	E	N	B	L	E	U	E	I	D	
N	R	I	L	V	F	I	S	L	A	N	D		
R	A	J	N	S	N	J	N	E	K	E	Y		

Waagrecht — 1 ZEHNTE 5 ALEMANIA (span. f. Deutschland) 11 AGILE (Satellit und it. f. flink) 12 ERB (-schaft) 13 UMHANG 16 INFIRMIS 19 GENUG 20 ABGENEIGT 21 GARNI 22 ISAR 23 STAUS 25 SEIZE (franz. f. sechzehn, XVI.) 26 WELS 27 FEDER (-er) 28 BESS 30 ERDTEIL 32 OSSA 34 BEA 35 KRAEUTERTEE 39 ERBSEN 40 BLEU (franz. f. blau, salopp f. betrunken) 41 EID 42 LIVE (engl. f. lebendig, auch 1:1-Veranstaltung) 43 ISLAND (is heisst auf isländ. Eis) 44 RAINS (engl. f. trop. Regenzeit) 45 NINE (engl. f. neun und den Namen eines Rappers) 46 KEY (engl. f. Schlüssel)

Senkrecht — 1 ZEUG 2 HUHN 3 TANGAS 4 EGG 5 ALIBI (lat. f. anderswo) 6 LENG 7 MEIN 8 NEMISEE 9 IRIGA 10 ABSTRUS 14 MEUTERER 15 AUGUST 17 FEUERSTEIN 18 REIZBAR 20 ANGELA (weibl. Entsprechung von lat. angelus f. Engel: Merkel) 23 SWEBEN 24 ALDABRA 25 SEOUL 27 FIRNIS (Patina: it. f. dünne Schicht bzw. Firnis) 29 STEINE 31 EKELN 33 SEUSE 36 EBEN 37 TEAK 38 EDDY

Lösungswort — **NATURWUNDER**



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien



ROLEX

DIE MILGAUSS

Eine bahnbrechende Armbanduhr mit amagnetischen Eigenschaften, speziell für Wissenschaftler und Ingenieure entwickelt, die es versteht, raffinierte Technik mit unwiderstehlicher Eleganz zu verbinden. Rolex. Sie zählt nicht nur die Zeit. Sie erzählt Zeitgeschichte.



OYSTER PERPETUAL MILGAUSS

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel +41 (0)43 344 63 63
beyer-ch.com